

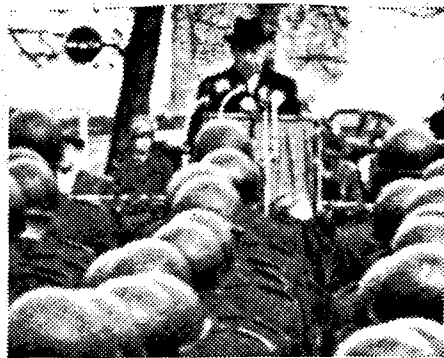
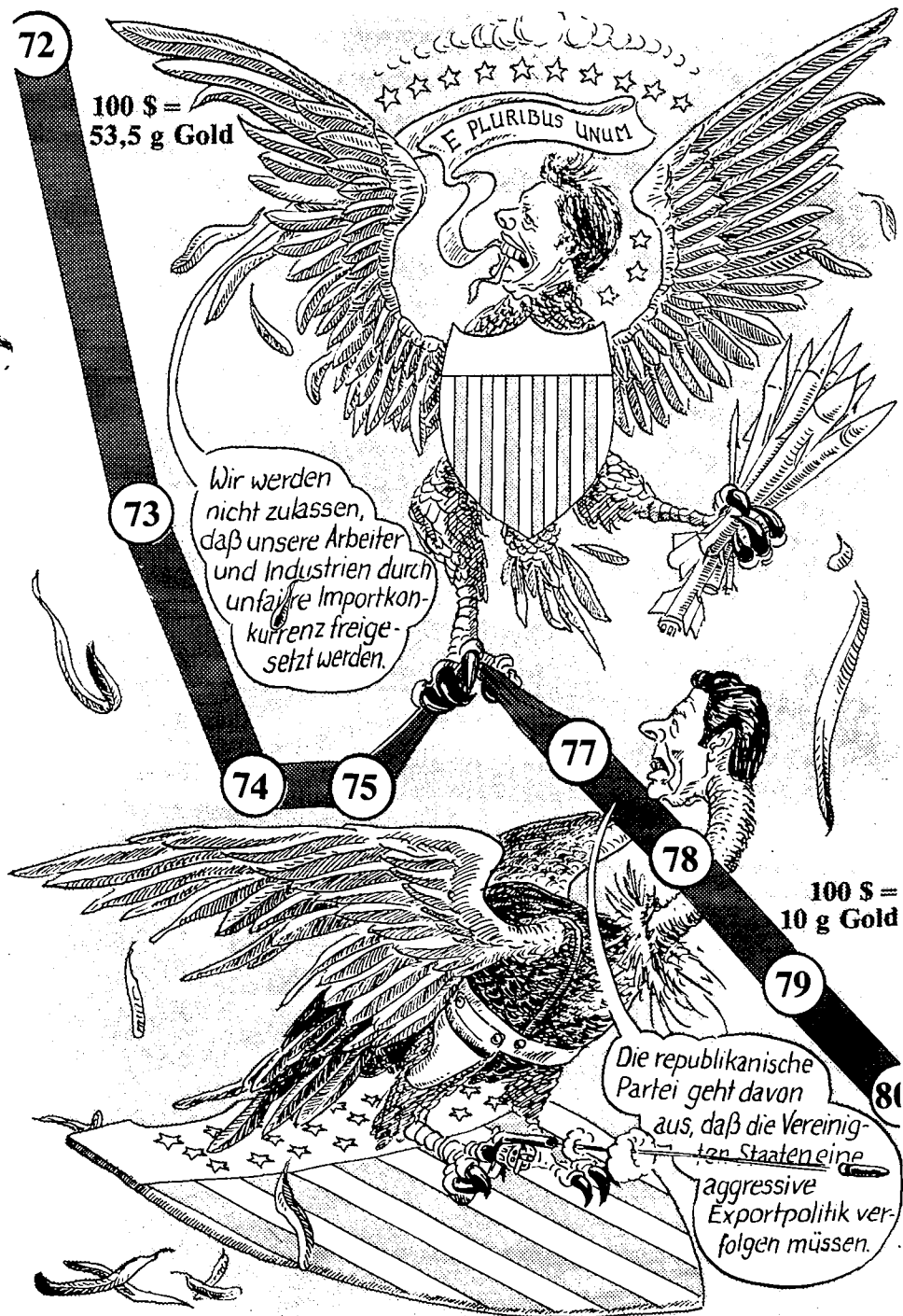
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



27. Oktober 1980
Jg. 1 Nr. 2

Preis:
2 DM



25 Jahre Bundeswehr: Widerstand der Gewerkschaften gegen imperialistische Militärpolitik Seite 11



Papstbesuch: „Geist der Armut“ aus dem Düsenjet – Wojtyla will den Klassenkampf in „Spiritualität“ ersäufen Seite 13



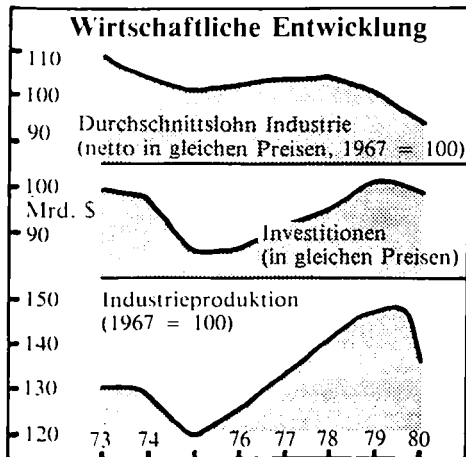
Schichtarbeit: Bundesweit Warnstreiks der Beschäftigten beim Post- und Fernmeldewesen Seite 22

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 3000 Hannover, Große Düwelstraße 55, Telefon 05 11/85 35 27
Erscheint vierzehntägig im Verlag GNN m.b.H., 8000 München 90, Welfenstraße 12, Telefon 0 89/48 34 61. Preis: 2 DM

Inhalt

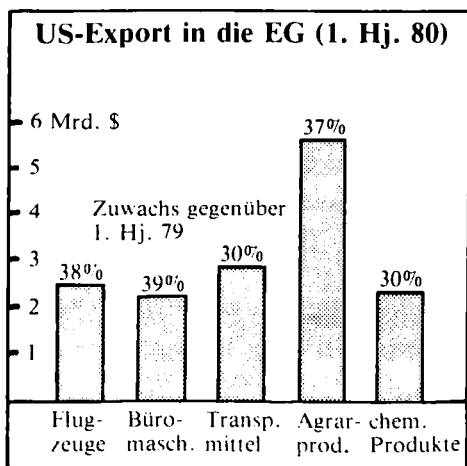
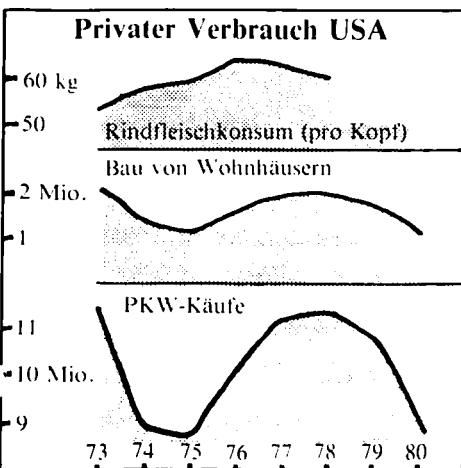
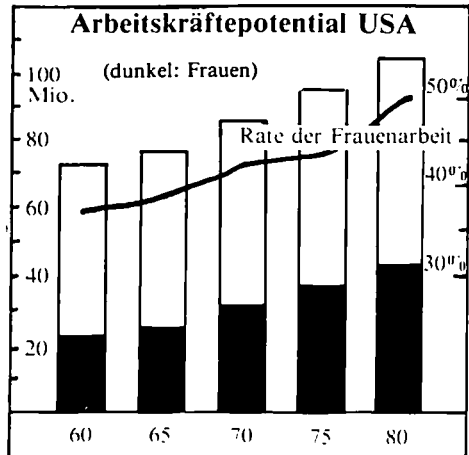
USA	Lehrerreferendare
Wirtschaftskrise, Lohnsenkungen, Exportoffensive rollt Seite 3	Neue Angriffe der Schulbehörde Seite 21
Auszüge aus den Wahlprogrammen der Demokraten und Republikaner Seite 4	Schichtarbeit
Hohe Preissteigerungen für Weizen und Mais in den USA Seite 5	Bundesweit Warnstreiks der Beschäftigten beim Post- und Fernmeldewesen Seite 22
Aus Politik und Wirtschaft – kurz berichtet Seite 6	NPD-Parteitag
Gaspreise	DGB Bayern organisiert große Demonstration..... Seite 23
Wenige Ölmonopole beherrschen den Markt – hohe Extraprofite Seite 7	Türkische Arbeiter
Renten	Aktionen der ATIF gegen Junta, Türkeihilfe Seite 24
Ehrenberg nimmt sich der Selbständigen an Seite 7	Niedersachsen
EG-Stahlkrise	Land beschleunigt Energieprogramm Seite 24
Gewerkschaften vor Belastungsprobe Seite 8	Studentenbewegung
Zwangsumtausch DDR	„Aber Unfähige gehören nicht an die Universität“. Land Baden-Württemberg gegen „Anspruchsdenken“ Seite 25
Maßnahmen gegen die Arbeiterbewegung..... Seite 9	Stichwort Ausbildung Seite 27
Belgische „Staatssanierung“	Iranisch-irakischer Krieg
Kapitalisten fordern Lohnstopp, BRD-Banken: Italienische Zustände..... Seite 9	Flottenaufmarsch der Supermächte am Golf. PLO-Vorschlag für friedliche Lösung Seite 28
Hoechst-Konzern	Rumänien
Millioneninvestitionsprogramm in Südafrika Seite 10	Tagung der Großen Nationalversammlung Seite 29
25 Jahre Bundeswehr	Außenhandel VR China
Widerstand der Gewerkschaften gegen imperialistische Militärpolitik..... Seite 11	Importieren, was China selbständiger macht Seite 29
EG	Demokratisches Kampuchea
Streit um Lomé-Abkommen mit Zimbabwe Seite 12	Generalversammlung bestätigt den UNO-Sitz Seite 30
Papstbesuch	Frankreich
„Geist der Armut“ aus dem Düsenjet – Wojtyla will den Klassenkampf in „Spiritualität“ ersäufen Seite 13	Massenentlassungen der Textilindustrie Seite 31
Besuchsanlaß: der hl. Albertus Magnus Seite 14	Südafrika-Roman
Papstprojekt Sexualethik Seite 15	Geschichtsfälschungen über Buren, Engländer und Azanias Unterdrückung..... Seite 32
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung..... Seite 18	Science Fiction
Howaldt/Deutsche Werft AG	Feinde wie Teufel und Menschen wie Götter Seite 32
Streiks gegen Rationalisierung und Akkordkürzungsprogramm Seite 19	Agentenkrimi
Audi und BMW	Tiger Mann soll den Krieg verhindern Seite 32
Kurzarbeit, Stückzahlerhöhung, Lohnsenkung Seite 20	Afghanistan
Landarbeiter	„Aus mittelalterlichen Zuständen rauhelfen“ Seite 33
Während der Ernte und der Saatzeit Wochenarbeitszeit von 67 Stunden Seite 20	Fleisch
	Antibiotika, Östrogen, Beta-Blocker – was ist das nächste? Seite 33
	Kindergeld, das sich an den tatsächlich entstehenden Mindestkosten für Kinder orientiert! Seite 34
	Aus: Finanz- und Steuerpolitik – 13.o. Gewerkschaftstag der IG Metall..... Seite 35



Veteranenparade. – Elendsquartier in den Südstaaten. Mit Chauvinismus mobilisiert die US-Bourgeoisie für ihre Expansionspläne.

USA

Wirtschaftskrise, Lohnsenkungen, Exportoffensive rollt



In den ersten sechs Monaten 1980 wuchsen die US-Exporte in die EG um 43,3% gegenüber einem Anstieg der US-Importe aus der EG um nur 17,3%. Für das Jahr rechnen die US-Kapitale mit einem Plus von 20 Mrd. \$ im Handel mit der EG. Neben Flugzeugen, Computern und Agrarprodukten exportieren die USA erstmals auch in großem Umfang Produkte der Leichtindustrie wie Textilien, die durch die Umwälzung des Produktionsapparates in den USA und die Lohnsenkungen der letzten Jahre inzwischen mit Produkten aus Niedriglohnländern konkurrieren können. Die US-Exportoffensive, gefördert durch die massiven Dollarabwertungen 1978 und 1979, trifft die imperialistischen Konkurrenten zu einem Zeitpunkt, wo die US-Wirtschaftskrise deren Absatzmärkte in den USA bedroht und sich in den EG-Ländern ein Konjunkturerinbruch abzeichnet. „Zu einer Zeit, wo sich der Kontinent auf eine Rezession zubewegt und Großbritannien schon eine Arbeitslosigkeit auf Depressionsniveau erlebt, droht die gewaltige Flut von US-Gütern in den nächsten Monaten einen transatlantischen Handelskrieg auszulösen. Die EG hat kürzlich neue Zölle auf US-Kunstfaserexporte verhängt, und ein Handelskrieg wird noch wahrscheinlicher, wenn die bevorstehenden Verhandlungen am 17.10. über die Dumpingklage der US-Steel Co. gegen die Europäer zu einer Kürzung ihrer eigenen Exporte in die USA führt.“ (Business Week, 22.9.)

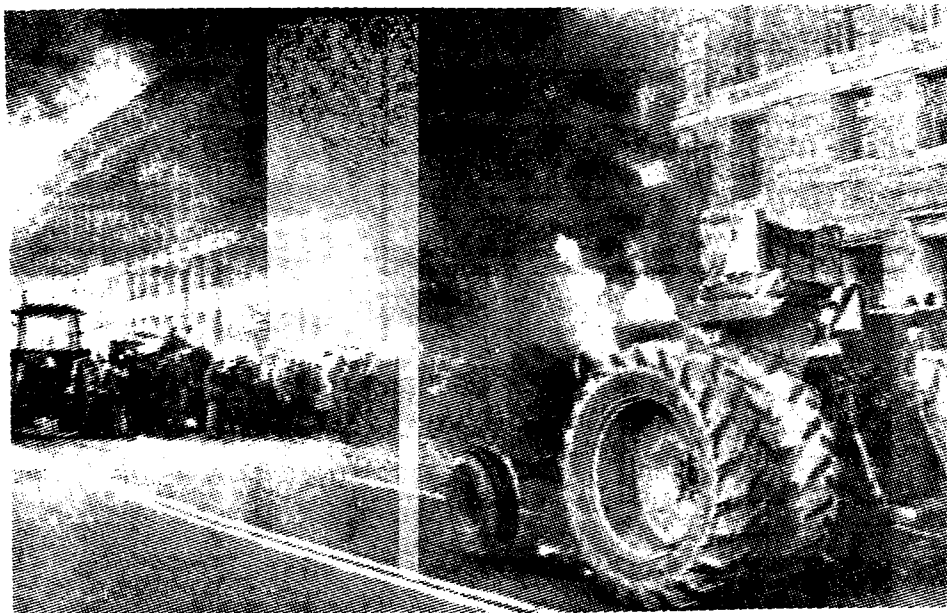
Nach der Wirtschaftskrise, die 1973 bis 1975 die westlichen imperialistischen Länder erfaßte, und nach einem zeitweiligen Aufschwung ist die US-Industrieproduktion seit 1979 erneut gefallen. Der Ausstoß der US-Stahlindustrie stagnierte 1979 und fiel im ersten

Halbjahr 80 um 20%; die Produktionsziffern des Jahres 1973 wurden seitdem nicht mehr erreicht. Auch im Maschinenbau und in der Elektroindustrie ging die Produktion im ersten Halbjahr 80 zurück. Die Produktion der US-Automobilindustrie sank von 1978 bis heute um 37%. Der Ausstoß der Bekleidungsindustrie stagnierte 1978 und fällt seitdem ununterbrochen. 1978 wurden noch über 2 Mio. Wohnhäuser gebaut, in diesem Jahr voraussichtlich kaum die Hälfte. Die gesamte Industrieproduktion ist von 1979 bis Juni 1980 um 7,7% gefallen. Für 1981 rechnen die US-Kapitale mit einem leichten Produktionsanstieg zwischen 1% und 2%.

Die Industriezweige, die für den privaten Konsum produzieren, wurden als erste und am stärksten von der Krise erfaßt. Schon in der Krise 1973 – 1975 hatten die US-Kapitale erhebliche Lohnsenkungen durchgesetzt. Die amerikanische Arbeiterklasse konnte in dem anschließenden Konjunkturaufschwung das nicht wettmachen: Nach Angaben des Gewerkschaftsverbandes AFL/CIO fielen die Reallöhne 1977 um 2,9% und 1978 um 1,4%. In der jetzigen Krise haben die Kapitalisten die Lohnsenkungen nochmals beschleunigt. Nach der offiziellen Statistik ist die Kaufkraft der Nettolöhne in der Industrie 1979 um 3,4% und im ersten Halbjahr 80 um 7% gefallen. Sie liegt heute auf dem niedrigsten Stand seit 1963.

Die Verschlechterung der Reproduktion der Lohnabhängigen ist noch einschneidender, als aus den Lohndaten hervorgeht. Die Preissteigerungen für Nahrungsmittel und Dienstleistungen liegen deutlich über der Inflationsrate für alle Konsumgüter, die von 1972 bis

Quellen: Statistical Abstracts of the USA 1979; Economic Indicators, 7/80; Survey of Current Business 7/80; Handbook of Labour Statistics 1978; Business Week v.22.9.80.



Treckerdemonstration im Washingtoner Regierungsviertel. Zehntausende Farmer haben in den letzten Jahren für höhere Erzeugerpreise gekämpft.

Auszüge aus den Wahlprogrammen der Demokraten und Republikaner

1. Demokratische Partei (Carter):

„Wir verpflichten uns, ein 12-Milliarden-Dollar-Anti-Rezessions-Arbeitsplatzprogramm in Angriff zu nehmen, das mindestens 800000 Arbeitsplätze bereitstellt, eingeschlossen die vollständige Finanzierung eines anti-zyklischen Hilfsprogramms für die Großstädte, eine beträchtliche Ausweitung der Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme für Jugendliche, um jungen Menschen in unseren inneren Großstädten eine neue Hoffnung zu geben, die Ausweitung der Ausbildungsprogramme für Frauen und entlassene Heimarbeiter, um diesen Arbeitern eine faire Chance an ihrem Arbeitsplatz zu verschaffen, und neue Möglichkeiten für die Alten, mit ihren Talenten und Fähigkeiten beizutragen.“

„Steuersenkungen für Einzelpersonen müssen so gewichtet sein, daß sie den Personen und Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen helfen, die Kaufkraft der Konsumenten verbessern und die Aussichten für die Aufrechterhaltung einer wachsenden Wirtschaft vergrößern, während sie den allgemein progressiven Charakter der Steuerformel erhalten und stärken.“

„In der Geschichte war die Demokratische Partei stets auf eine Politik verpflichtet, deren Ergebnis niedrige Zinssätze sind, um den Arbeitern, den kleinen Unternehmen und den Farmern und Hausbesitzern unserer

Nation zu helfen. Wir müssen deshalb eine strenge Anti-Inflations-Politik fortsetzen.“

„Wir sind für ein freies internationales Handelssystem, aber dieses System muß auch fair sein. Wir werden nicht zulassen, daß unsere Arbeiter und Industrien durch unfaire Importkonkurrenz freigesetzt werden.“

2. Republikanische Partei (Reagan):

„Die Republikanische Partei unterstützt allgemeine Verringerungen der persönlichen Einkommenssteuersätze, durchgeführt binnen drei Jahren, die die Steuersätze gegenüber dem bisherigen Bereich von 14 bis 70% auf einen Bereich von 10 bis 50% verringern werden.“

„Die Republikanische Partei ist der Ansicht, daß die Inflation nur mit haushalts- und geldpolitischer Zurückhaltung, verbunden mit einer scharfen Verringerung der steuerlichen und gesetzlichen Hemmnisse für Sparen, Investitionen und Produktivität, kontrolliert werden kann. Deswegen ist die Republikanische Partei gegen die Einführung von Lohn- und Preiskontrollen und Kreditkontrollen.“

„Die Republikanische Partei geht davon aus, daß die Vereinigten Staaten eine aggressive Exportpolitik verfolgen müssen. Zu lange wurde unsere Handelspolitik mit dem Ziel betrieben, unseren ausländischen Handelspartnern zu helfen.“

1980 91,6% beträgt. Getroffen werden dadurch vor allem die niedrigen Einkommen. Die Verschuldung durch Konsumentenkredite ist seit 1972 um 113% gestiegen bei heutigen Zinsen von 25 – 30%; die Summe neuer Kredite, aufgenommen zur Tilgung alter Schulden, hat sich verfünffacht. Die Inflation hat die Ersparnisse der Volksmassen entwertet, die wegen der äußerst niedrigen Zahlungen der Sozialversicherung im Alter, bei Krankheit und Arbeitslosigkeit gebildet werden müssen; die Sparquote liegt mit 4,5% des verfügbaren Einkommens 1979 um 20% unter dem Nachkriegsdurchschnitt. Der Hausbesitz, zumeist Holzhäuser in Billigbauweise, ist durch die rapide gestiegenen Energiepreise und die hohen Hypothekenzinsen entwertet, die jeden Käufer abschrecken.

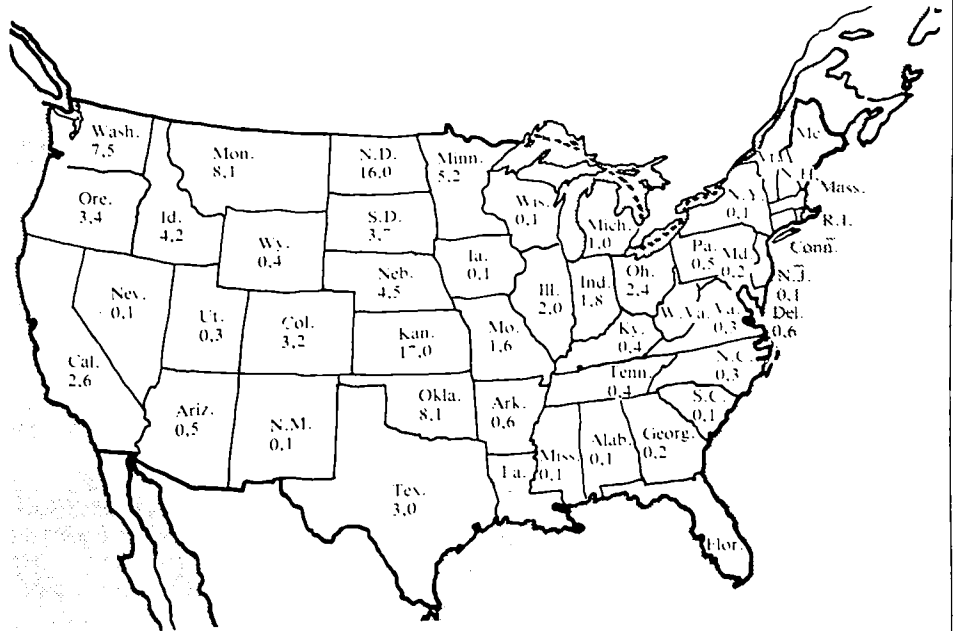
Diese Einbrüche im Konsum der Volksmassen schlagen auf die US-Konjunktur deswegen so stark durch, weil die US-Industrie hauptsächlich für den inneren Markt produziert. Für die US-Monopole ist das Bestandteil ihrer Sanierungskur für die US-Wirtschaft: „Ein wesentlicher Anstieg des Anteils der Produktion, der in produktive Investitionen geht, ist erforderlich, nicht nur um die Unabhängigkeit des Landes bei der Energieversorgung zu steigern, sondern um die Wettbewerbsfähigkeit von US-Produkten auf dem Weltmarkt zu stärken ... Kurz, die Politik sollte zielen auf die Reduzierung des Anteils des privaten Verbrauchs und des Staates am Bruttoinlandsprodukt ...“ (Federal Reserve Bank of New York, Quarterly Review 2/80) Die gewaltige Ausdehnung des Arbeiterheeres durch Bevölkerungswachstum, Einwanderung und Vernichtung der Existenz von kleinen Farmern, Handwerkern und Händlern von 72 Millionen verfügbaren Arbeitskräften 1960 auf heute 104,5 Millionen hat den Druck auf die Löhne ermöglicht. Die Rate der Frauenarbeit ist im gleichen Zeitraum von 37% auf 49% gestiegen (BRD 1979: 39,2%). 8,3 Millionen Lohnabhängige sind gegenwärtig arbeitslos.

Für die nächsten Monate und das nächste Jahr ist eine weitere Einschränkung der Reproduktion der Lohnabhängigen absehbar: Die in den letzten 15 Monaten abgeschlossenen Tarifverträge mit dreijähriger Laufzeit, die einen Großteil der Lohnabhängigen erfassen, bringen einen gewissen Inflationsausgleich nur im ersten Jahr. In den letzten Monate ist es verschiedenen US-Monopolen gelungen, mit dem Druckmittel von Fabrikschließungen oder Entlassungen die Gewerkschaften zum Verzicht auf tariflich festgelegte Lohnerhöhungen und Zulagen zu zwingen, u.a. bei US Steel, Wheeling-Pittsburgh Steel, American Motors und Uniroyal. Gegenwärtig verhandeln

Hohe Preissteigerungen für Weizen und Mais in den USA

Seitdem die Sowjetunion angekündigt hat, sie wolle zunächst je 100 000 Tonnen Weizen und Mais kaufen, sind die Getreidepreise zum zweiten Mal in diesem Jahr in den USA gestiegen, nachdem sie bereits Ende Juni aufgrund der Spekulation, wegen der großen Dürre würde zuwenig Getreide da sein, in die Höhe gegangen waren. Mitte August erreichten die Maispreise den höchsten Stand seit fast vier Jahren. Die Weizenpreise, die nach dem Beschluß der amerikanischen Regierung im Januar, der Sowjetunion keinen Weizen mehr zu liefern, gefallen waren, haben sich erholt. Den Verlust, der durch die Dürre an Getreide und Vieh entstanden ist, tragen die kleineren Farmer. Die großen Getreidehändler benutzen ihre während der vergangenen guten Ernten gesammelten Vorräte, um sie jetzt zu höheren Preisen loszuschlagen.

Die USA sind der Hauptverkäufer von Weizen auf dem Weltmarkt. Sie bestimmen den Weltmarktpreis. Die Sowjetunion, die 1972 zum ersten Mal in die Lage geriet, große Mengen Getreide importieren zu müssen, muß ihn auf jeden Fall zahlen, denn sie braucht Getreide sowohl für den unmittelbaren Konsum wie auch vor allem für die Viehfütterung, die in der UdSSR wie in den kapitalistischen Ländern neun Zehntel der Getreideproduktion verschlingt. Da sie die Preise für Grundnahrungsmittel im eigenen Land subventioniert und sich gerade jetzt, unter dem Druck der Streiks in Polen, sehr überlegen wird, ob sie versuchen soll, diese Preise zu erhöhen, muß sie die größere Differenz mit anderen Produkten zahlen.



US-Weizenernte (ca. 633 Mio. hl) 1978. Prozentanteile der Staaten.

Das Steigen der Preise für Weizen und andere Grundnahrungsmittel wie Mais und Sojabohnen verschärft die Lage für die Länder der Dritten Welt, die Getreideimporte hauptsächlich zur Ernährung ihrer Menschen braucht, deren Nahrungsmittelkonsum zu zwei Dritteln aus Getreideprodukten besteht. Besonders getroffen sind diejenigen, die in den sechziger Jahren begonnen haben, ihre Erträge durch Anwendung von Kunstdünger im Zuge der „Grünen Revolution“ zu steigern, wegen des Kunstdüngers anderes Saatgut als das bisher für ihnen übliche und eine bestimmte Maschinerie benötigten, jetzt aber zusätzlich höhere Preise für Kunstdünger und Öl bezahlen sollen.

Die USA werden diese Lage so auszunutzen versuchen, daß sie ihre Hilfsprogramme anbieten, die sie seit 1974 zum großen Teil von kostenloser Lie-

ferung von Nahrungsmitteln auf die Gewährung von langfristigen Krediten umgestellt haben. 1972/73 waren die Lager weitgehend abgebaut, was die US-Regierung von den Kosten der Lagerhaltung befreite, die sie aus Steuermitteln zahlen mußte. Seitdem tritt sie in der FAO (Weltorganisation für Ernährung und Landwirtschaft) dafür ein, daß zwar eine gewisse weltweite Vorratshaltung stattfindet, die Kosten dafür aber sowohl von weiteren Getreide exportierenden Ländern, hauptsächlich Kanada und Australien, wie auch von den Ländern, die als Hilfeempfänger in Frage kommen, getragen werden. Jimmy Carter begreift die Weizenwaffe auch in dem Sinn, daß er ungeklärt läßt, wie die Zuteilung der Hilfe entschieden und der Zugriff der hilfsbedürftigen Länder gesichert würde.

die Kapitalisten mit der Transportarbeitergewerkschaft über die Stornierung einer Preisanpassung der Löhne für 300 000 LKW-Fahrer und Lagerarbeiter. Ab 1.1.81 werden Erhöhungen der Sozialabgaben (um 0,52% des Bruttolohns) und der Bemessungsgrenzen wirksam. Mit Steuermehreinnahmen von insgesamt 30 Mrd. \$ aus Löhnen und Einkommen, u.a. durch die Steuerprogression auf die inflationär aufgeblähten Nominallöhne, wird für 1981 gerechnet. Die von allen Präsidentschaftskandidaten zugesagten Steuererleichterungen – Carter verspricht ca. 12 Mrd. \$ für die abhängig Beschäftigten – werden in Kapitalistenkreisen als die üblichen Wahlversprechen behandelt, von denen später

nur wenig bleibt. Die beschlossenen Steuererhöhungen auf die US-Ölförderung sollen 1981 15 Mrd. \$ in die Kriegskassen der US-Bourgeoisie bringen und werden über höhere Benzinpreise von den Volksmassen eingetrieben. Weitere Steuererhöhungen auf Erdölimporte sind geplant.

„Amerika braucht Muskeln statt Fett“, erklärte US-Präsident Carter Ende August zu seinem Programm der „industriellen Wiedergeburt“ der USA. Alle Präsidentschaftskandidaten treten für die Senkung der Abschreibungsrate, für Kredite und Subventionen für Investitionen ein. Das soll die Umwälzung des veralteten Produktionsapparates fördern, damit die Arbeitsproduktivität in der US-Industrie

wieder das Niveau der imperialistischen Konkurrenten erreicht. Das wird die US-Exporte auf dem Weltmarkt nochmal verbilligen. 20 Mrd. \$ aus Steuermitteln sind für das US-Energieprogramm vorgesehen, das die Abhängigkeit der US-Wirtschaft von Ölimporten verringern soll und den Ölpreis drücken soll. Abspecken will die US-Bourgeoisie bei den Sozialausgaben: Arbeitslosengeld wird bei hoher Arbeitslosigkeit nur noch für 13 statt 26 Wochen gezahlt, die Erhöhung des Rentenalters – gegenwärtig das 65. Lebensjahr – wird erwogen. Gelingt es den US-Imperialisten dann, als erste aus der Krise herauszukommen, wird ihre Stellung im Handelskrieg weit besser als in den vergangenen Jahre sein.

SPD will Bauern- legen verschärfen

Eine SPD-Kommission, federführend Apel, Matthöfer und Ehrenberg, hat eine Reform des EG-Agrarmarktes vorgeschlagen. Ziel ist, „das Marktgleichgewicht schrittweise wiederherzustellen, die Verantwortung der Erzeuger für den Absatz ihrer Produkte zu stärken ...“ Die bislang den Bauern gezahlten Interventionspreise, die ihnen den Absatz von Milch-, Rindfleisch-, Schafffleisch- und Getreideüberschüssen garantierten – allerdings zu etwa 20% unter dem Erzeugerpreis –, sollen gestrichen werden. Interventioniert werden soll nur noch innerhalb jährlich festzulegender Haushaltsansätze. Subventionen für die Konservierung von Obst und Gemüse sollen abgebaut werden. Prämien zur Verringerung des Milchkuhbestandes soll es nicht mehr geben. Die damit beabsichtigte Senkung der EG-Agrarpreise würde die Existenz von Millionen Bauern treffen, deren Erzeugerpreise über den Weltmarktpreisen liegen, und richtet sich vor allem gegen Frankreich, den größten Agrarproduzenten und -exporteur in der EG. Der SPD-Plan soll Teil der Koalitionsvereinbarungen werden.

Sonderzahlung in den VW-Werken

Wie in den letzten Jahren hat der Gesamtbetriebsrat VW eine Sonderzahlung durchgesetzt. Schmücker hat auf der Betriebsversammlung Braunschweig eine Sonderzahlung wegen der durchgeführten Lohndifferenzierung abgelehnt. Die Sonderzahlung wird im Dezember gezahlt und richtet sich nach der Betriebszugehörigkeit. Beschäftigte seit 1980 erhalten 100 DM, zwischen 1971 und 79 420 DM, 1970 und früher 525 DM. Auszubildende 100 bzw. 150 DM.

Griechenland in NA- TO-Militärintegration

Zehntausende Griechen demonstrierten in den letzten Tagen gegen die von der Regierung beschlossene Rückkehr in die NATO-Militärintegration, die Griechenland 1974 verlasen hatte, als die NATO die türkische Zypern-Invasion duldete. Die USA mußten damals ihre Stützpunkte räumen,

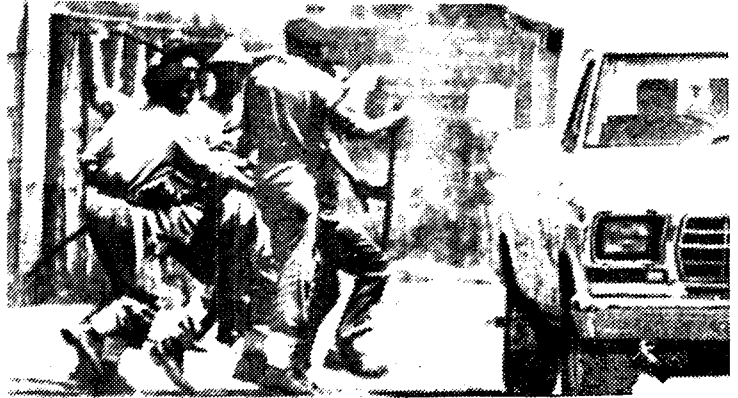
u.a. den Hafen Piräus. Die US-Imperialisten und ihre Verbündeten verstärken durch die griechische NATO-Militärintegration ihren Aufmarsch gegen die SU und gegen die Länder des Nahen und Mittleren Ostens. 4 Stützpunkte sollen den USA wieder zur Verfügung stehen. Die Bundesregierung erklärte, sie habe das aktiv gefördert. Als Druckmittel haben die Zustimmung zum griechischen EG-Beitritt und 577 Mio. DM BRD-Militärhilfe seit 1976 gedient.

H. Rosenbaum in Absonderungshaft

Der niedersächsische Justizminister Schwind führte am 13. Oktober in der JVA Vechta eine Pressekonferenz durch. Zu diesem Zweck wurde Helga Rosenbaum tags zuvor nach Hannover verlegt. Sie befindet sich in einem Gefängnistrakt von neun Transporthaftplätzen bei drei Zellen ohne Aufenthaltsraum, Sport- und Freizeitmöglichkeiten. Absonderungshaft will das Justizministerium zur Dauerlösung machen. Die GMV der JVA Geste unterstützt in einer Erklärung die Forderungen der GMV Vechta.

Neues Internationales Kaffeeabkommen

Kaffeeproduzierende Länder und die Verbraucherländer, vor allem imperialistische Mächte, schlossen Anfang Oktober in London ein neues Internationales Kaffeeabkommen. Die Internationale Kaffeeorganisation, in der diese Länder Mitglied sind, legte Höchstexportmengen für jedes Land fest, sogenannte Quoten. 1980/81 dürfen danach nicht mehr als 57,37 Mio. Sack (à 60 kg) exportiert werden. Die Quoten reichen von 14,5 Mio. Sack für Brasilien bis 1,1 Mio. Sack für Indien. Die Kaffeeorganisation gibt besondere Marken entsprechend den Quoten an die Exportländer aus. Die Importländer verpflichten sich, ab dem 1. November 1980 nur noch Kaffee aus diesen Quoten zu importieren, d.h. alle Importpapiere müssen von solchen Marken begleitet sein. Die gegenwärtigen Quoten gelten, solange der Preis zwischen 115 und 155 US-Cents pro Pfund liegt. Die USA und die BRD forderten einen noch niedrigeren Auslöserpreis als 155 Cents. Zur Zeit



Brutal ging die südafrikanische Kolonialpolizei am 15.10. gegen 3000 Demonstranten vor, als Rassenminister Koornhof Ehrenbürger von Soweto wurde. „Koornhof, geh in dein Land zurück!“ stand auf Transparenten. Freiheitskämpfer sprengten die Bahnlinie von Soweto nach Johannesburg, mit der täglich Hunderttausende Afrikaner zur Ausbeutung transportiert werden. Niedriglohnspezialist Thiele von Gesamtmetall nach einer Südafrikatour: „Deutsche Firmen in Südafrika brauchen mehr Unterstützung und weniger Kritik.“

bezahlen die Imperialisten den kaffeeproduzierenden Ländern der Dritten Welt 125 Cents, den niedrigsten Preis seit viereinhalb Jahren. – Die Produzentenländer forderten seit 1972 die Wiedereinführung eines Quotensystems zur Preisstabilisierung. 1972 hatten die Imperialisten unter Führung der USA, des Hauptkaffeeimporteurs, das existierende Quotensystem außer Kraft gesetzt. Um sich gegen die Preissenkungspolitik der Imperialisten zu wehren, gründeten lateinamerikanische Länder vor kurzem eine eigene Marketing-Organisation (Pan Cafe), die durch Aufkäufe den Preis stabilisieren sollte, aber bislang erfolglos war. In dem neuen Abkommen mußten sie sich zur Auflösung der Pan Cafe verpflichten.

Südkorea: Studenten greifen Regierung an

Studenten in Seoul versammelten sich am 17.10. auf dem Universitätsgelände und riefen zum Boykott des Verfassungsreferendums auf. Sie forderten, die USA und Japan sollten die Regierung Chun nicht unterstützen. Nach Eingreifen der Polizei demonstrierten etwa 1000 Studenten.

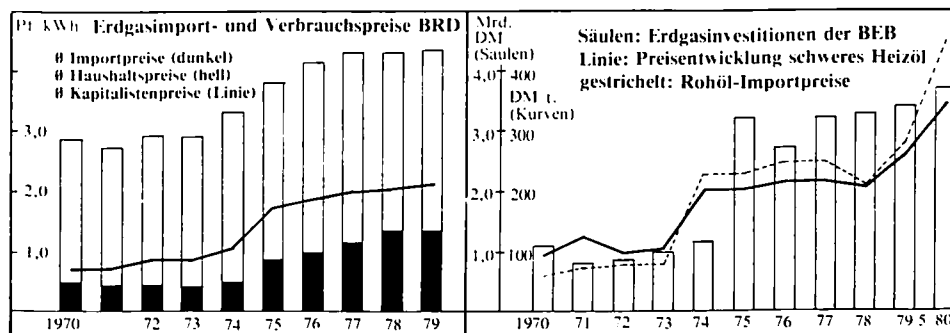
Afghanistan: Karmal in Moskau vorgeführt

Der Statthalter der SU in Afghanistan, Karmal, hat seinen ersten Staatsbesuch in Moskau absolviert, seit er um die Jahreswende im Troß von inzwischen 85000 Sowjetsoldaten in Afghanistan einrückte. Ange-

sichts der bevorstehenden UN-Debatte erklärte Breschnew, die UdSSR werde weiter über die Sicherheit der beiden Staaten wachen. Karmal betonte die „Tapferkeit und den Heldennut“ der Invasionstruppen trotz „ihrer geringen Zahl“; vielleicht sollen sie noch verstärkt werden. Erst kürzlich meuterten 8000 afghanische Soldaten gegen die Invasoren und wollten sich dem Widerstand anschließen.

Tauziehen um polni- sche Gewerkschaften

Auch der Gewerkschaft „Solidarität“ muß klar gewesen sein, daß Blüm kein Gewerkschafter ist, sondern Vorsitzender der Sozialausschüsse einer christlich-reaktionären Partei in der BRD. Die polnische Regierung ließ ihn auf der Fußmatte stehen, weil sie nicht dulden kann, daß die neuen Gewerkschaften, deren Registrierung sie hinauszögert, sich nicht nur im Land verbreiten, sondern auch eine eigene Außenpolitik anfangen. In einer Kampagne greift die Parteipresse gerade Walesas Versuch, ein politisches Programm im Inneren zu entwickeln und zu dem Zweck Beziehungen z.B. zur „Konföderation für ein unabhängiges Polen“ aufzunehmen, an. Der tschechische KP-Vorsitzende Husak äußerte während einer Instruktionssitzung mit Führern der Streitkräfte des Warschauer Pakts, „Positionen des bürgerlichen Nationalismus“ dürften nicht begünstigt werden.



Links: Der Rohüberschuß (weiß) bei den Haushaltstarifen (HH-Preis – Importpreis) finanziert billiges Gas für Kapitalisten. *Rechts:* Die BEB plant Erdgasinvestitionen in Abhängigkeit vom schweren Heizöl.

Gaspreise

Wenige Ölmonopole beherrschen den Markt – hohe Extraprofite

So sehr die Durchsetzung eines gerechten Ölpreises durch die Länder der Dritten Welt die Unterstützung der internationalen Arbeiterbewegung verdient, so wenig kann diese dulden, daß die Imperialisten auf ihre Kosten eine „Energiekrise“ entfachen. Genau dies aber droht derzeit. Weil die Energie-monopole durch die OPEC zunehmend von eigener Ölförderung ausgeschlossen werden, versuchen sie ihre Kontrolle über Transport und Verteilung zur Preistreiberei und Extraprofiten zu nutzen. Fieberhaft explorieren und bohren sie rund um die Welt, um sich neue alternative Energiebasen unter ihrer Kontrolle zu schaffen. Kann die OPEC nicht zerschlagen und erneut ein imperialistisches Ölförderungsmonopol errichtet werden, sollen Preise und Profite im Ölgeschäft wenigstens *kontrolliert* so in die Höhe getrieben werden, daß auch Alternativen zum Öl profitabel werden und die imperialistische „Verfügbarkeit“ über Energie wieder wächst. Gleichzeitig verschärft sich die imperialistische Konkurrenz im Kampf um die Schaffung einer je nationalen Energiebasis.

Ein Kernpunkt dieser Strategie in der BRD ist die Durchsetzung einheitlicher Energiepreise für Haushalte (bezogen auf die Kilowattstunde Nutzenergie) für alle mit Ölprodukten konkurrierenden Energieträger; dies geschieht z.B. auf dem Wärmemarkt durch vertragliche Koppelung der Gaspreise an die Ölpreise – unabhängig von den Kosten. Tatkräftig von der Bundesregierung gefördert (z.B. Sondergenehmigung für die Gelsenberg/BP-Fusion 1979), kontrollieren wenige Ölmonopole das gesamte westdeutsche Gasgeschäft. Das Gesamtgasaufkommen teilte sich 1979 in 34% Eigenförderung und 66% Importe (davon 58% aus den Niederlanden, 18% aus Norwegen und 24% aus der So-

wjetunion). Die westdeutsche Förderung wird zu 84%, der Importpreis zu mindestens 40% von Ölmonopolen, vor allem Esso und Shell, GmbH (BEB) und Erdgasverkaufsgesellschaft (EVG) – kontrollierten 1974 beherrscht. Drei Ferngasmonopole (von insgesamt 16) – Ruhrgas, Brigitta und Elwerath GmbH (BEB) und Erdgasverkaufsgesellschaft (EVG) – kontrollierten 1974 bereits $\frac{2}{3}$ des Ferntransports. Die Ruhrgas wird zu 66%, die BEB zu 100% und die EVG zu 70% eigentumsmäßig von Ölmonopolen beherrscht. Baden-Württemberg wird z.B. ausschließlich von der Deutschen Erdgas- und Transportgesellschaft (DETG) beliefert, einer je 50%igen Tochter von Ruhrgas und Esso/Shell. Eine abgestimmte Öl/Gasmarkt- und Preisstrategie wird so möglich:

Der Importpreis für 1 t Rohöl betrug im Mai 1980 453 DM/t; hieraus destillierten die westdeutschen Raffinerien durchschnittlich 35% schweres Heizöl (HS) und 40% leichtes Heizöl (HEL). Den HEL-Preis, der hauptsächlich die Haushalte trifft, trieben sie auf 690 DM/t, also weit über die Rohöleinstandskosten. Der HS-Preis für die Industrie lag mit 344 DM/t weit darunter. Der derart überhöhte HEL-Preis liefert jetzt den Vorwand, um den Haushaltsgaspreis auf die gleiche Höhe anzuheben.

1,36 Pf/kWh kostete die westdeutschen Gasmonopole (hauptsächlich die Ruhrgas) der Import einer Kilowattstunde Erdgas in 1979. Für ihre Eigenförderung in der BRD verlangten die Fördergesellschaften – bereits mit hohen Extraprofiten – einen Preis von 1,44 Pf/kWh; insgesamt betrug der Wert des westdeutschen Gasaufkommens in 1979 8,37 Mrd. DM. Verkauft wurde es für rd. 15 Mrd. DM; davon zahlten die Haushalte allein rund 5 Mrd. DM (33%), obwohl sie nur 18%

der Gesamtmenge verbrauchten.

Die hohe Differenz zwischen Kosten (1,36 Pf/kWh) und Haushaltstarif (4,42 Pf/kWh) ist niemals durch die Kosten des Ferntransports, der Verteilung und des Vertriebs allein zu erklären. Vielmehr steckt hierin ein gewaltiger Extraprofit, der auf allen Stufen der Gaswirtschaft abgeschöpft wird. Die Ruhrgas holte sich 1979 mit 98 Mio. DM Bilanzgewinn den Löwenanteil. Das nächste Boomjahr hat „Der Spiegel“ (8/1980) bereits angekündigt: „Die Ruhrgas will bis April 1981 den Gaspreis um 80% hochjagen.“ Die Begründung – steigende Bezugspreise – ist fadenscheinig: Der Basispreis z.B. des holländischen Importgases stieg nur von rund 1,9 Pf/kWh auf 2,18 Pf/kWh („Zeitung für kommunale Wirtschaft“, 10/1980). Bezogen auf den Haushaltstarif von 6,2 Pf/kWh (Mai 1980) würde die Weitergabe dieser Bezugspreiserhöhung von 0,28 Pf/kWh nur 4,5% ausmachen.

Renten

Ehrenberg nimmt sich der Selbständigen an

Ehrenberg arbeitet an dem großen Projekt, alle Alterssicherungssysteme zu harmonisieren, wobei alle Beitragszahlungen der Selbständigen zunächst auf die Höhe der Zahlungen zur gesetzlichen Rentenversicherung gebracht werden sollen. Daß deren Beiträge auf 18,5% erhöht werden sollen, steht für die SPD fest. Vor den Bundestagswahlen hatte die F.D.P. Einspruch erhoben. Das mag sich jetzt ändern. Die Bundesbank hatte diese Erhöhung bereits im April wie eine Tatsache gehandelt und geäußert, weitere Erhöhungen seien vorläufig nicht dringlich. Der Bundestag hat über diese Reform viel debattiert, aber vorsichtshalber vor den Wahlen wenig erledigt.

Offen ist die Frage, wie die Künstler versichert werden sollen und ob ihre Vermarkter zu einer regelmäßigen Abgabe verpflichtet werden sollen oder besser nur dann zahlen müssen, wenn Honorar fällig ist, nicht aber, wenn die Künstler nichts verdienen.

Umfangreiche Änderungen betreffen die Versicherung der Bauern, in die die Flußfischer, die Seefischer und die Imker aufgenommen worden sind. Ge-regelt ist lediglich das Hinterbliebenengeld der Bauersfrauen. Sie erhalten es jedoch nur, wenn entweder ein Kind unter 16 Jahren da ist oder wenn sie selber über 45 Jahre alt sind und damit ohne Aussicht, Lohnarbeit zu finden.

Ehrenberg greift als besonders unharmonisch an, daß beim jetzigen Sy-

stem der Alterssicherung von den Bauern 12,4% aufgebracht, die restlichen 87,6% vom Bund aus Steuermitteln zugeschossen werden. Der SPD-Abgeordnete Kirschner hat dem Bundesrat vorgerechnet, daß ein Rentenversicherter 21 Jahre hindurch insgesamt 84000 DM an Beiträgen aufbringen muß, um eine Rente von rund 490 DM zu erhalten, ein Versicherter in der landwirtschaftlichen Altershilfe dagegen nur 17000 DM. Vorläufig ist der Einheitsbeitrag zur Altershilfe um 4,50 DM auf 75 DM gesteigert worden. Die Bundesregierung ist unzufrieden damit, daß er noch immer unter dem Mindestbeitrag zur Rentenversicherung liegt.

Für das neue Sozialgesetzbuch sind zwei Punkte abgehakt. Der Datenschutz, um den der Beauftragte Bull im Frühjahr viel Wirbel gemacht hatte, erstreckt sich nur auf solche Rechtsgebiete, die im Sozialgesetzbuch selbst behandelt werden. Bezüglich des Verfahrensrechts sind die Kompetenzen des Bundes gestärkt worden, insofern die Forderung der Länder, daß auch landesrechtliche Verwaltungsvorschriften im Sozialrecht anwendbar sein sollten, nicht berücksichtigt worden sind.

EG-Stahlkrise Gewerkschaften vor Belastungsprobe

Gegen den starken Widerstand der westdeutschen Stahlmonopole hat die EG-Kommission am 22.10. die Anwendung des Art. 58 des Montanunion-Vertrages beschlossen. Das heißt: Sie setzt für die rund 350 Stahlbetriebe in der EG, die monatlich über 1000 t Stahl herstellen, für rund 90% der Walzstahlprodukte Quoten fest. Diese Quoten liegen zwischen 13 und 20% unter den jeweils – auf zwölf Monate berechnet – höchsten Produktionsziffern der letzten drei Jahre.

Seit Frühsommer nimmt die seit 1974 schwelende Überproduktionskrise in der Stahlindustrie eine überaus heftige Verlaufsform; die britische Stahlproduktion beispielsweise fiel von 1,829 Mio. t im Juni auf 1,086 Mio. t im August. Mancherorts sind die Kapazitäten kaum zur Hälfte ausgelastet. Für das erste Halbjahr 1981 rechnen die Kapitalisten mit einem weiteren Rückgang der Nachfrage von bis zu 10 oder 11%, vor allem in Frankreich und Großbritannien. Gleichzeitig verlieren die Stahlmonopole der EG nicht nur in den USA Marktanteile, sondern auch in der Dritten Welt, die ihre Stahlproduktion in diesem Jahr erneut steigern konnten.

Auch die westdeutschen Stahlmonopole verzeichnen einen Rückgang der Produktion. Aufgrund einer Spitzen-

stellung in der Ausbeutung und der in Europa modernsten Anlagen jedoch konnten sie bisher jeden Verlust ihrer Konkurrenten zum Ausbau ihrer Position in der EG nutzen. Im August entfielen bereits 39,3% der westeuropäischen Stahlproduktion auf Thyssen, Klöckner und andere, gegenüber 32,8% im Durchschnitt 1979. Weswegen sie auch den Beschluß der Kommission um jeden Preis verhindern wollten, da er ihrer Expansion Schranken zieht; Klöckner hatte sogar lautstark die Erhöhung der (bisher freiwilligen) Quoten verlangt.

Die westeuropäischen Stahlarbeiter und ihre Gewerkschaften stehen vor ei-



Stahlwerk in Wales. Viele Anlagen in Großbritannien sind veraltet.

ner großen Belastungsprobe. Die westdeutschen Stahlkonzerne drohen mit Massentlassungen, die durch die Quotenfestsetzung unvermeidlich seien. Es scheint naheliegend, daß die IG Metall gegen den Kommissionsbeschluß auftritt. Es scheint nicht weniger naheliegend, daß die anderen Gewerkschaften für die Quotenfestlegung eintreten, da sie den Konkurrenzdruck auf die britischen, italienischen, französischen usw. Stahlmonopole dämpft. In Großbritannien arbeiten bereits jetzt ca. 50000 Stahlarbeiter kurz; die französischen Monopole haben weitere Massentlassungen angekündigt, zusätzlich zu den 23000, die sie 1979 schon beschlossen hatten. Der Arbed-Konzern will allein in Luxemburg 8000 der 23000 Stahlarbeiter auf die Straße werfen. – Tatsächlich haben sich die Gewerkschaften in die Auseinandersetzungen um die Quoten schon verwickeln lassen: Im Beratenden EGKS-Ausschuß (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) stimmten sie gegeneinander und jeweils mit „ihren“ Stahlkapitalisten.

Doch Schadenfreude mag bei den

Bourgeois nicht so recht aufkommen. Aus gutem Grund. Dem IG Metall-Gewerkschaftstag lag ein Antrag vor, der den Vorstand aufforderte, sich im Europäischen Metallarbeiterbund (EMB) für die zeitliche Koordinierung der Tarifverhandlungen in der gesamten europäischen Stahlindustrie einzusetzen. Allerdings würde eine solche Regelung die Möglichkeiten der Kapitalisten, den Lohnkampf durch Streikbruch zu unterdrücken und die Stahlarbeiter in der Konkurrenz zu verheizen, erheblich begrenzen. Der Gewerkschaftstag ist diesem dringlichen Anliegen durch Verabschiedung eines entsprechenden Beschlusses nachgekommen. Die 32 Gewerkschaften im EMB haben im übrigen bereits die Vereinbarung getroffen, die Kündigung der Tarifverträge in der Stahlindustrie schrittweise auf den Jahreswechsel zu verlegen. Bisher ist das für rund zwei Drittel der Gewerkschaften erreicht.

Zwangsumtausch DDR Maßnahmen gegen die Arbeiterbewegung

„Deutsch-deutscher Frost“, kommentierte der „Spiegel“ die jüngste Verschärfung in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD. Vier Tage nach den Bundestagswahlen verkündete die DDR die Erhöhung des Pflichtumtausches für alle DDR-Reisen auf einheitlich 25 DM. 6,50 DM mußte man bislang pro Tag bei einer Reise nach Berlin (DDR), 13 DM bei einer Reise in die DDR eintauschen. Jugendliche bis zum 16. Lebensjahr und Rentner waren von einem Pflichtumtausch befreit. Jetzt müssen auch Jugendliche vom 6. bis 15. Lebensjahr 7,50 DM hinlegen.

1964 wurde der Mindestumtausch mit 3 DM (Berlin-Reise) und 5 DM (DDR-Reise) eingeführt. 1973 waren die Sätze auf 5 DM und 10 DM gestiegen und wurden erneut auf 10 DM bzw. 20 DM erhöht. Hauptinteresse der DDR war damals offensichtlich eine Erhöhung der Devisen und Druck auf anstehende Verhandlungen über den zinslosen Überziehungskredit (Swing) im innerdeutschen Handel. Das beabsichtigte Geschäft klappte auch. Die Bundesregierung stockte den Swing von 660 auf 850 Mio. VE (Verrechnungseinheiten) auf, die DDR nahm einen Teil der Umtauscherhöhungen zurück. Der Swing bringt der DDR pro Jahr etwa 60 Millionen Mark an Zinsersparnis.

In den ersten Tagen nach Bekanntwerden der DDR-Maßnahmen wurden in der bürgerlichen Presse Möglichkeiten für ökonomische Gegenschläge hin- und hergewälzt, dies auch im Zu-

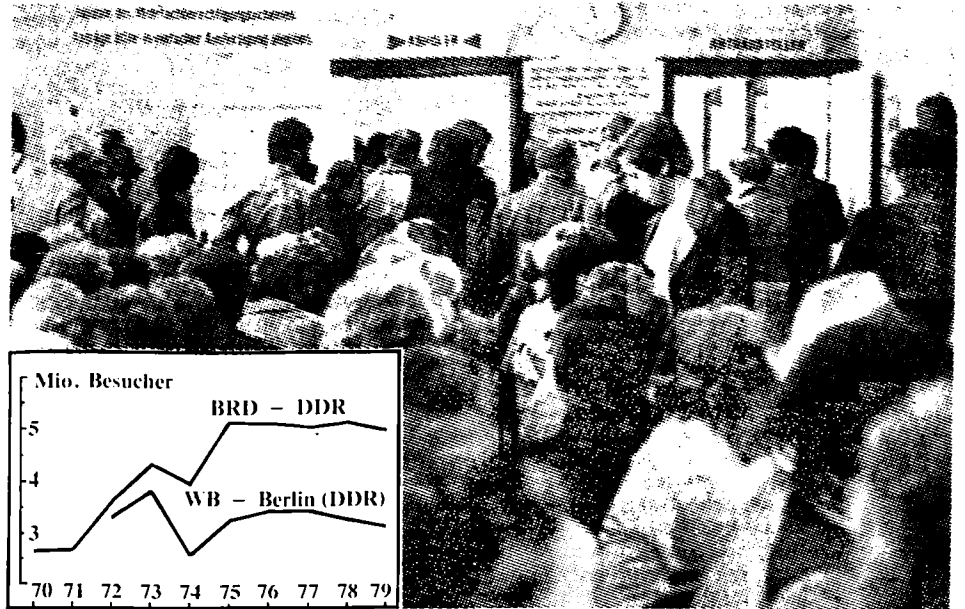
sammenhang mit den im Frühjahr anstehenden erneuten Swing-Verhandlungen. Die Nichterneuerung des Vertrages über die Höhe des Swings ab 1982 ließe diesen auf 200 Mio. VE zurückfallen und würde die DDR ab dato zu einer jährlichen Rückzahlung von etwa 600 Millionen zwingen. Den Interessen der DDR, die sich gerade mitten in der Ausarbeitung des nächsten Fünfjahrplans befindet, würde dies zweifellos zuwiderlaufen.

Das Bundeskabinett verwarf jedoch alle Pläne dieser Art. 1960 hatte die BRD das letzte Mal versucht, mit harten ökonomischen Gegenschlägen Maßnahmen, die ihr ihre Infiltrationsbemühungen gegenüber der DDR erschweren, zu parieren. Als Reaktion auf die Einführung des Passierscheinzwanges kündigte sie das Berliner Abkommen über den innerdeutschen Handel und beschloß einen Handelsboykott. Die DDR wich jedoch auf Handelsbeziehungen mit dem RGW einerseits und anderen europäischen Staaten andererseits aus, welches von diesen mit Begeisterung beim Schopf gepackt wurde. Vergebens forderte die Bundesregierung ein gemeinsames westliches Embargo. Kühl gaben die „Verbündeten“ zu verstehen, daß sie die Notwendigkeit einer solch einschneidenden Maßnahme nicht einzusehen vermöchten. Drei Monate später war das Abkommen wieder in Kraft.

Ulbricht leitete damals eine Politik ein, sich aus der Abhängigkeit von westdeutschen Lieferungen, vor allem bei Eisen und Stahl, etwas herauszuarbeiten („Störfreimachung“). Bis Ende der 60er Jahre war die DDR in der Lage, selber Eisen und Stahl in die BRD zu liefern. Von 1961 bis 1967 stieg der Handel mit anderen OECD-Staaten um 81%, während der Handel mit der BRD nur um 50% wuchs.

Die BRD-Imperialisten reagierten auf diese Entwicklung, die ihr Interesse an der „Rückgewinnung der ehemaligen Ostgebiete“ gefährdete, zunächst mit wachsendem Unbehagen, dann mit der „neuen Ostpolitik“: Wandel durch Handel. Der zinslose Swing wurde von 1968 200 Millionen VE auf heute 850 Millionen VE aufgestockt.

Nachdem Honecker wenige Tage nach der Erhöhung des Mindestumtausches auch noch die Anerkennung der DDR durch die BRD als Voraussetzung für weitere Verbesserungen der Beziehungen zwischen BRD und DDR nannte, wurde in den Redaktionsstuben der bürgerlichen Presse gar die Stimme Ulbrichts aus dem Grabe vernommen. Doch der Vergleich hinkt. Die Maßnahmen unter Ulbricht hatten zur Hauptsache noch Interessen gegen Infiltration von Seiten der BRD in die DDR als Grund. Die Maßnahmen unter Honecker haben zur Hauptsache



das Interesse an Unterdrückung der Arbeiterbewegung als Grund.

Honecker wird den neuen Kurs zweifellos als Druckmittel zur Erhöhung des Swings benutzen wollen. Schon das steht in Kontrast zum Pochen auf staatliche Souveränität, die ja durch die Annahme eines zinslosen Kredits und damit auch der Anerkennung des Handels als „innerdeutsch“, durchaus nicht eben gefördert wird. Es sind auch nicht die Sorgen um den Aufbau sozialistischer Staaten, die Honecker und dahinter mit Sicherheit Breschnew zur Abschottung der „Westflanke des Warschauer Pakts“ treiben. Es ist die Furcht vor dem seit der Streikbewegung in Polen bedrohlich anwachsenden Schreckgespenst Arbeiterbewegung.

Die „Prawda“ präziserte: Die Beziehungen zwischen BRD und DDR entsprängen keineswegs „irgendwelchen nicht existierenden innerdeutschen Interessen“, sondern dem koordinierten Kurs der Bruderländer. Zweifellos leitet er härtere Gangart gegenüber der Arbeiterklasse in Polen ein,

wie gegenüber allen möglicherweise aufflammenden Klassenauseinandersetzungen, um ihre Unterstützung durch die Arbeiterbewegung in den westlichen imperialistischen Ländern zu erschweren. Auch um die Informationen über die Kämpfe der Arbeiter im Westen zu zensieren.

Die ideologische Vorbereitung der Unterdrückung der polnischen Arbeiterbewegung, wenn es sein muß, mit Maßnahmen wie 1968 in der CSSR, wozu auch schon fleißig öffentlich die Parallelen gezogen werden, ist in vollem Gang. Die Politik der BRD-Imperialisten liefert dazu den willkommenen Vorwand. Der „Spiegel“ schwelgt schon in registrierten Interessen in polnischen und tschechischen Kreisen, ein wiedervereinigtes Deutschland unter Herrschaft der BRD-Imperialisten als Bollwerk gegen SU-Unterdrückung zu sehen. Der Kampf gegen den jetzt verstärkten Chauvinismus der bürgerlichen Parteien und alle Subversionsversuche in die Länder des RGW ist auch für die Arbeiterklasse in Polen und der DDR eine wichtige Unterstützung.

Belgische „Staatsanierung“

Kapitalisten fordern Lohnstopp BRD-Banken: Italienische Zustände

Ein „energisches Durchgreifen“ der Regierung und vor allem eine „drastische Sanierung der Staatsfinanzen“ sei vonnöten, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, „daß eines schönen Tages der Staat nicht mehr in der Lage ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen“. („Tijd“) So lautete vorletzte Woche die Marschorder der belgischen Finanzbourgeoisie für die Bildung einer neuen Regierung.

Eine Woche später lag das Regie-

rungsprogramm der neuen, von Christdemokraten und Sozialdemokraten gebildeten Regierung unter Premier Martens vor. Danach soll das Plünderungsprogramm für die Sozialversicherungen (siehe letzte Ausgabe dieser Zeitschrift) voll durchgezogen werden. Zusätzlich zu den in den letzten Monaten in Kraft getretenen Erhöhungen der indirekten Steuern und der Lohnsteuerrückgang, durch die die Regierung 1981 90,4 Mrd. bfr. mehr an Steuern

einzutreiben plant, will sie durch einen „entschiedenen Kampf gegen die Steuer-
vermeidung“ vor allem der Bauern
und kleinen Handwerker weitere 15
Mrd. bfr. kassieren (16 bfr. = 1 DM).

Insgesamt sollen die Staatseinnahmen
um 13,6% auf 1104,2 Mrd. bfr. steigen
– das sind über 69 Mrd. DM, bei
einer Bevölkerung von knapp neun
Millionen – die Staatsausgaben dage-
gen nur um 8% auf 1198 Mrd. bfr.

den regelmäßigen Verhandlungen der
Regierung mit den großen belgischen
Banken über neue Anleihen diktieren
diese Banken der jeweiligen Regierung
ihre „Geschäftstätigkeit“. Oder sie
stellen – wie mit den früheren Pre-
mierministern Eyskens und Tindemans
oder dem Finanzminister im vorletzten
Kabinett Martens – gleich das Regie-
rungspersonal.

Aus zwei Gründen ist die belgische
Bourgeoisie trotz dieser sprudelnden

westdeutsche Finanzbourgeoisie froh-
lockt bereits über „italienische Ver-
hältnisse“ (FAZ, 8.10.). Weiter wach-
sender Zugriff auf die belgischen Steu-
ereinnahmen scheint ihr gesichert.

Durch drastische Steigerung der
Ausbeutung versucht die belgische
Bourgeoisie, sich aus dieser Lage zu
befreien. Der Kapitalistenverband er-
klärte letzte Woche, das „Sanierungs-
programm“ sei unzureichend: die „In-
flationsanpassungen“ der Löhne, in
fast allen Tarifverträgen vereinbart,
müßten aufhören, die Steuer- und Ver-
sicherungszahlungen der Kapitalisten
weiter gesenkt und der Kampf gegen
den „Mißbrauch“ der Sozialversiche-
rungen durch die Volksmassen noch
entschiedener geführt werden.



Mit einem zehntägigen Streik Ende Mai bis Anfang Juni schlugen tausende Berg-
arbeiter im Kempener Kohlenrevier eine Verkürzung ihres Urlaubs zurück

Vor allem aber plant die Regierung
einen zweijährigen „Lohnstopp“. Je-
de Erhöhung der Tariflöhne über die
– vierteljährlich und im Nachhinein
gezahlt – „Inflationsanpassungen“
hinaus soll unterbleiben, entweder
durch „freiwilligen Verzicht“ der Ge-
werkschaften oder durch Zwangsmaß-
nahmen in Form von Sondersteuern.
In wenigen Wochen will die Regierung
auf einer „Nationalen Arbeitskonfe-
renz“ mit Kapitalisten und Gewerk-
schaften über diese „Lohnmäßigung“
beraten.

Als Hauptgrund für die „Sanierung
der Staatsfinanzen“ führt die Finanz-
bourgeoisie die belgischen Staatsschul-
den an. Tatsächlich haben die Bour-
geoisie die letzten Jahre genutzt, um in
einem gewaltigen Bereicherungsfeld-
zug Milliarden ihres überschüssigen
Kapitals zu hohem Zins als Staatsanlei-
hen unterzubringen. Bis Ende 1980
werden die belgischen Staatsschulden
auf 2000 Mrd. bfr., ca. 125 Mrd. DM,
ansteigen. Etwa ein Viertel davon sind
kurzfristige Anleihen. Die Folge: Fast
die Hälfte der für 1981 geplanten An-
leihen von 337,8 Mrd. bfr. (über 20
Mrd. DM) muß die Regierung sofort
für die Tilgung alter Anleihen zurück-
zahlen. Weitere 200 Mrd. bfr. oder ein
Sechstel der Staatsausgaben fließen als
Zins an die Bourgeoisie zurück. Auf

Quelle jetzt besorgt. Erstens wachsen
die Staatsschulden so rapide, daß dra-
stische Kürzungen der Zahlungen an
die Volksmassen, etwa über die Sozial-
versicherungen, unumgänglich sind,
um auch in Zukunft hohen Zinsertrag
zu sichern. Zweitens haben sich seit
Gründung des Europäischen Wäh-
rungssystems (EWS) ausländische Im-
perialisten, vor allem die westdeut-
schen, einen blitzartig wachsenden Zu-
griff auf den belgischen Staat und seine
Steuereinnahmen verschafft. Von En-
de März 1979, also einen Monat vor
Gründung des EWS, bis Ende August
1980 stiegen die Staatsschulden in
fremder Währung von 14,1 Mrd. bfr.
auf 139 Mrd., also fast auf das Zehnfache!
Knapp 65 Mrd. bfr. haben sich
davon westdeutsche Banken über DM-
Anleihen der belgischen Regierung ge-
sichert. Der Mechanismus ist ebenso
einträglich für die westdeutsche wie ge-
fährlich für die belgische Finanzbour-
geoisie. Mit dem Beitritt zum EWS ist
die Regierung bzw. Zentralbank Bel-
giens verpflichtet, den Kurs des Franc
stabil zu halten. Da aber die belgische
Bourgeoisie zur Zeit weniger Waren
exportiert als importiert, also ihre
Handelsbilanz defizitär ist, muß die
Regierung ständig Kredite in fremder
Währung aufnehmen und bei der Zen-
tralbank in Franc umtauschen, um den
Kurs des Franc stabil zu halten. Die

Hoechst-Konzern Millioneninvestitions- programm in Südafrika

Mit Kapitalinvestitionen von 350 Mio.
DM in den nächsten fünf Jahren beab-
sichtigt der Hoechst-Konzern, seine
Position in Südafrika auszubauen. Der
Umsatz der wichtigsten Hoechst-Ge-
sellschaft in Südafrika, der Hoechst
South Africa in Johannesburg, stieg im
letzten Jahr um 49% auf 500 Mio.
DM. Das macht allein ein gutes Drittel
des gesamten Hoechst-Umsatzes in
Afrika aus.

Vor allen Dingen sei die „starke Zu-
nahme bei den im Land produzierten
Kunststoffen, Stapelfasern, Kunsthar-
zen und Farbstoffen sowie Ferrosilici-
um für den Bergbau“ zu verzeichnen,
erklärte der Hoechst-Vorstand. Um
diese Positionen weiter auszubauen,
investiert der Hoechst-Konzern zu-
nächst rund 40 Mio. DM in zwei neue
Fabrikationsanlagen des Chemieunter-
nehmens Safripol, das Hoechst zusam-
men mit South African Sentrachem be-
treibt.

Das dritte der jetzt angekündigten
Investitionsprojekte wirkt mit gut 10
Mio. DM finanziell eher unscheinbar,
wurde jedoch von den US-Imperiali-
sten als „strategischer“ Schachzug der
westdeutschen Konkurrenten gewertet:
Der Hoechst-Konzern ist dabei, eine
wichtige Position der „Öl aus Kohle“-
Produktion des Kolonialregimes in
Südafrika zu besetzen. Bis 1982 soll ei-
ne Anlage stehen, die die Chemikalien
für die Herstellung der Katalysatoren
für die Ölproduktion aus Kohle liefert.
Die Zulieferung soll den gesamten Be-
darf des Gas- und Kraftstoffherstellers
Sasol decken, dessen Aktien zu 50%
im Besitz des Kolonialregimes sind.
Die Monopolstellung von Hoechst ist
durch Lieferverträge mit African Cata-
lysts gesichert, einem Gemeinschafts-

unternehmen der Südkemie (München), des Sasol-Konzerns und der Industrial Development Corporation.

Die Gas- und Ölproduktion aus Kohle durch den Sasol-Konzern ist ein wichtiger Eckstein für die Aufrechterhaltung des südafrikanischen Kolonialregimes und für die Ausbeutung des Volkes von Azania durch die Imperialisten. Die bisher größte Anlage des Konzerns produzierte 2,6 Mrd. ³ Synthesegas pro Jahr in Sasolburg. Zum Vergleich: Die gesamte afrikanische Erdgasförderung betrug 1978 17,9 Mrd. ³. Die von Sasol eingesetzte Druckvergasungsanlage wurde in Verfolgung der Traditionen der IG Farben von der Lurgi GmbH in Frankfurt entwickelt. Von der gleichen Gesellschaft

wurde auch das Verfahren für die jetzt fertiggestellte und von Hoechst zu beliefernde neue große Kohleverflüssigungsanlage „Sasol 2“ geliefert. Die Baukosten dieser Anlage betrugen 5,9 Mrd. DM. Sie soll mit einer Jahresproduktion von etwa 3 Mio. t 35% des Benzinbedarfs des Kolonialregimes decken.

Die Ausdehnung der Investitionstätigkeit der Hoechst AG in Südafrika steht also in direkter Beziehung zur Aufrechterhaltung des Kolonialregimes, das im Sommer durch eine ausgedehnte Streikbewegung für Lohnerhöhung und Gewerkschaftsrechte der azanischen Arbeiter – auch auf der Baustelle von Sasol – erschüttert wurde.

25 Jahre Bundeswehr

Widerstand der Gewerkschaften gegen imperialistische Militärpolitik

1976 hatte Heinz-Oskar Vetter in einer Rede vor der Führungsakademie der Bundeswehr quasi vorweg bemerkt: „Es wäre falsch, wenn wir die Tatsache unter den Tisch kehren wollten, daß durch unsere Geschichte das Verhältnis der organisierten Arbeitnehmerschaft zur bewaffneten Macht belastet ist. Nun, der DGB – und das lassen Sie mich bitte ohne Umschweife sagen – hat der Errichtung einer selbständigen deutschen Armee in der Bundesrepublik Deutschland nicht zu-

gibt es nicht mehr“, versicherte er den anwesenden Offizieren. Daß der Sozialdemokrat aus dem DGB-Vorstand deswegen aber einfach glücklich darüber sein könnte, daß es ein sozialdemokratischer Verteidigungsminister Apel ist, der zum 25. Jahrestag der Bundeswehr am 12. November die Rekruten zum feierlichen Gelöbnis antreten lassen wird, sollte man auch nicht annehmen.

Just zur Zeit nämlich beginnt sich das Verhältnis zwischen der sozialde-

ten sich gegen die Vorführung der wehrpflichtigen Jugend zum dumpfen „Ich gelobe, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“ gewandt; das öffentliche Gelöbnis hat die Arbeiterbewegung übrigens von jeher, und zu Recht, als öffentliche Demütigung empfunden. Die gesamte regierungssozialdemokratische Spitzenmannschaft hingegen bezog nach den Demonstrationen in prinzipieller Eintracht mit Liberalen und schwarzer Reaktion gegen die Gegner des Bundeswehr-Aufmarsches die schwarz-rot-goldne Stellung, als hätte es nie, wie bedingt und unwunden auch immer, ein Nein der SPD zu Wiederbewaffnung und Bundeswehr gegeben.

Dieses Nein hat es aber gegeben. Unter den Volksmassen war der Drang nach Frieden und die Ablehnung jeder Wiederbewaffnung der gerade erst geschlagenen, aber deswegen kaum friedfertigeren deutschen Monopolbourgeoisie so stark, daß die Delegierten des Hamburger SPD-Parteitag im Mai 1950 die Entschließung verabschiedeten: „Der Parteitag bestätigt und bekräftigt den Entschluß des Parteivorstandes, sich jeder Remilitarisierung Deutschlands mit allen Mitteln zu widersetzen. Die SPD lehnt eine Wiederaufrüstung und die Einführung einer militärischen Dienstpflicht ab.“ Zwar hatte die Reaktion, die im Bündnis mit den imperialistischen Siegermächten und insbesondere mit den USA die einzige Aussicht sah, die alten Ausgangsstellungen zurückzuerobern, und die die Aufstellung eigener Streitkräfte mit diesem Ziel betrieb, in dem damaligen SPD-Vorsitzenden Schumacher einen erklärten Verbündeten. 1950, kaum ein halbes Jahr nach dem Hamburger Parteitag, führte dieser im Deutschen Bundestag aus: „Nur ... wenn die demokratischen Streitkräfte hier in Deutschland so stark sind, daß sie die Kraft haben, bei einem Angriff aus dem Osten im sofortigen Gegenstoß die Kriegsentscheidung außerhalb der deutschen Grenzen zu tragen, nur dann kann das deutsche Volk einen militärischen Beitrag für die Verteidigung der Freiheit in der Welt leisten.“

Aber diese Linie konnte nicht in der gesamten Partei durchgesetzt werden; sie bestimmte auch nicht die Politik der SPD in den 50er Jahren. Die Gewerkschaften waren zum Zentrum der Bewegung gegen die Wiederaufrüstung geworden, und die Sozialdemokratie konnte nicht anders, als sich dieser Bewegung ideologisch und politisch zu nähern, halbverlogen und opportunistisch, aber immerhin: Bei den entscheidenden Abstimmungen im Parlament, insbesondere über die Beitritte zur Westeuropäischen Union 1954 und zur NATO 1955, die u.a. die Wieder-



Demonstration gegen die durch Adenauer betriebene Wiederaufrüstung

gestimmt.“ „Wir mußten diese Haltung einnehmen, und ich habe kein Wort zurückzunehmen.“

Zwar hatte Vetter, der als erster DGB-Vorsitzender Truppenteile der Bundeswehr besuchte, desweiteren dann doch einiges zurückzunehmen: „Eine Frontstellung zwischen Militär und organisierter Arbeitnehmerschaft

mokratisch geführten Gewerkschaftsbewegung und der Regierungspartei SPD in der Frage der Militärpolitik der westdeutschen Bourgeoisie spürbar zu spannen. Das zeigte sich schon in der Auseinandersetzung um die öffentliche Rekrutenvereidigung und den Großen Zapfenstreich in Bremen. Zahlreiche gewerkschaftliche Körperschaften hat-

gewinnung der Wehrhoheit der westdeutschen Imperialisten bedeuteten und die äußeren Voraussetzungen für ihre Wiederbewaffnung schafften, verweigerte die SPD ihre Zustimmung.

Mit der Annäherung und Öffnung gegenüber den spontanen demokratischen Bestrebungen wurde dann seit dem Regierungsantritt der SPD Schritt für Schritt Schluß gemacht. Zwar konnten ihr einige Zugeständnisse noch abgerungen werden. Die Kriegsdienstverweigerung z.B. wurde erleich-



tert, was sich in einer sprunghaften Steigerung der jährlichen Kriegsdienstverweigererzahlen deutlich niederschlägt. Aber insgesamt steuerte die Regierungssozialdemokratie den Kurs, nicht einfach die Gewerkschaften mit der imperialistischen Militärpolitik auszusöhnen, sondern sie in die Verantwortung zu ziehen. Dies Ziel schien erreicht, als es ihr gelang, den ehemaligen Vorsitzenden der IG Bau, Steine, Erden, Georg Leber, ausgerechnet als Verteidigungsminister zu verpflichten.

Aufgehen konnte diese Rechnung nicht, und tatsächlich mußte Leber Anfang 1978 ja auch wieder gehen. Der Krach mit der Gewerkschaftsbewegung war unvermeidlich, und zwar aus zwei Gründen:

Die Gegnerschaft der Arbeiterbewegung zur bewaffneten Macht ihrer Ausbeuter und Unterdrücker ist spontan und tiefverwurzelt. Zum anderen fühlt die westdeutsche Monopolbourgeoisie, die inzwischen die nach der Sowjetunion zweitgrößte Militärmacht auf dem europäischen Kontinent unterhält, nunmehr den starken Drang, im Bündnis den Platz der europäischen Führungsmacht einzunehmen, den USA zwar nach-, aber nicht unbedingt untergeordnet. Dieses ihr Interesse hat sie mit dem NATO-Mittelstreckenraketenaufrüstungsbeschluß und der Art und Weise, in der Schmidt ihm zur Durchsetzung in Europa verhalf, laut- als angemeldet. Für diese abenteuerli-

che und risikobeladene Politik kann sie die Gewerkschaftsbewegung nicht gewinnen, und es sieht alles danach aus, als werde sich der Krach in der Frage der Mittelstreckenraketen und ihrer Stationierung in der BRD voll entzünden.

Denn Schmidt war es, indem er sein ganzes Kanzler-Gewicht in die Waagschale warf, gelungen, die SPD auf dem Sonderparteitag im Herbst 1979 auf den NATO-Beschluß zu nageln. Es ist unseres Wissens das erste Mal, daß sich die SPD als Partei in einer Frage von solcher Bedeutung für die Arbeiterbewegung so eng an die direkten Interessen der Monopolbourgeoisie hat binden lassen. Bisher hat sie sich stets Spielraum gelassen, so etwa bei den Notstandsgesetzen, als sie die Führung der Widerstandsbewegung innehatte und gleichzeitig den Gesetzen die notwendige parlamentarische Mehrheit verschaffte. – In den Gewerkschaften, die damals, bevor und als die SPD sich festnageln ließ, eher überrannt schienen, organisiert sich seither der Widerstand. Auf mehreren der in den letzten Wochen durchgeführten Gewerkschaftstage lagen, wie vorher bereits auf den gewerkschaftlichen Jugendkongressen, jeweils mehrere Anträge vor, die sich deutlich gegen den NATO-Beschluß aussprechen. Auf dem Gewerkschaftstag der IG Druck konnte die Verabschiedung eines entsprechenden Antrages, trotz positiver Empfehlung durch die Antragskommission, handstreichartig gerade noch verhindert werden. Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall konnte sich Eugen Loderer nicht durchsetzen, obwohl er sich in die Bresche warf. Mit einem längeren Redebeitrag hatte er die Annahme von zwei Ergänzungsanträgen zur Entschließung 03 (Entspannung und Abrüstung, S. Politische Berichte 1/80), die die „Bestückung Westeuropas mit Mittelstrecken-Raketen“ zurückweisen, verhindern wollen. Die Delegierten verabschiedeten die Entschließung dennoch mit beiden „Ergänzungen“. Man weiß nicht recht, wie die SPD aus dieser Lage herauskommen will, ohne sich frontal gegen die Gewerkschaftsbewegung zu stellen. In der Legislaturperiode, die Schmidt jetzt antritt, steht die Stationierung der Raketen in der BRD an.

EG

Streit um Lomé-Abkommen mit Zimbabwe

Obwohl die Regierung Zimbabwes einem Entwurf für den Assoziierungsvertrag mit der EG entsprechend dem Lomé-Abkommen zugestimmt hat, ist nicht sicher, ob die Vertragsunterzeich-

nung wie geplant im November stattfindet. Unter den westeuropäischen Imperialisten selbst, vor allem zwischen Frankreich und England, gibt es nämlich Krach über den Kompromißvorschlag der EG-Kommission bezüglich der Zuckerlieferungen. Zimbabwe hatte ursprünglich zoll- und abgabenfreien Zugang für jährlich mindestens 40000 Tonnen Zucker auf den EG-Markt zu EG-Erzeugerpreisen verlangt. Die EG war dagegen, es gäbe einen Zuckerüberschuß. Zimbabwe bestand auf 25000 Tonnen. Diese 25000 Tonnen entsprechen etwa der Liefermenge der alten Kolonie Rhodesien an Großbritannien nach dem Commonwealth-Zuckervertrag. Die EG- und die Lomé-Staaten hatten diesen Vertrag bei der Zuteilung der Zuckerquoten 1974 als Grundlage verwendet. Die EG-Kommission erklärte sich mit 25000 Tonnen einverstanden, aber nur in solchen Jahren, in denen die anderen Länder des Lomé-Vertrages ihre Quoten nicht voll ausschöpften. Zimbabwe widersprach. Als Kompromiß schlug die EG-Kommission schließlich vor, 25000 Tonnen ab 1981/82 zuzulassen. Zimbabwe stimmte zu. Die französischen Imperialisten sind aber weiterhin gegen diesen Vorschlag. Die Zuckerplantagen in Zimbabwe gehören noch zum großen Teil britischen Monopolen, z.B. Tate and Lyle. Liefe-



Zuckerarbeiter in Zimbabwe

rungen werden in erster Linie nach Großbritannien gehen, wie die britischen Imperialisten sich sowieso einen Großteil der Lebensmittel aus Kolonien und früheren Kolonien liefern lassen. Das ist eine ihrer hauptsächlichen Stärken, mit der sie in der EG Boden gewinnen wollen und die von Frankreich entsprechend bekämpft wird. Außerdem sieht der Vertrag unbegrenzte Tabaklieferungen und Rindfleischlieferungen von 8100 Tonnen pro Jahr für Zimbabwe in die EG vor, wobei sich die EG-Kommission die Überprüfung des Fleisches und des Gesundheitszustandes der Rinder vorbehalten hat.

„Geist der Armut“ aus dem Düsenjet – Wojtyla will den Klassenkampf in „Spiritualität“ ersäufen

In seiner ersten Enzyklika hat Wojtyla mitgeteilt, wo er sich sieht: oben auf der „neuen ‚Welle‘ im Leben der Kirche, eine(r) Bewegung, die weit stärker ist als die Anzeichen des Zweifels, des Verfalls und der Krise.“ Mit Hub-schrauber, Flutlicht und Massen-Messe soll die „neue Welle“ ab 15. November auch durch Westdeutschland wogen. Geplant ist, Klassenwidersprüche und Klassenkampf in einen geistlichen Fusel, genannt „Spiritualität“, zu tunken. Das Inventar dazu ist zu etwa gleichen Teilen dem modernen Showgeschäft und der Hl. Schrift entlehnt. Die Kosten für das staatstragende Erbauungswerk werden aus der Steuer, und zwar *nicht* aus der Kirchensteuer, beglichen werden.

Wojtyla verspricht, er werde endlich den ununterbrochenen Abwärtstrend wenden, der dem Glauben zusetzt, seit mit dem modernen Proletariat die Klasse sich gebildet hat, die den Glauben an das ewige Leben durch Umwälzung des irdischen praktisch überflüssig machen kann. Daß die Revolution gleichwohl eine Reihe von Rückschlägen erlitten hat und weiter erleidet, nimmt der Papst zum Ansatzpunkt, als Ausweg aus den irdischen Verstrickungen aufs neue den Gläubigen ihr ganz persönliches „vertikales“ Verhältnis zu Gott anzudrehen. Weil die örtlichen Kader noch nicht so recht an die Erfolgsaussichten dieser Masche glauben, bewegt sich das Zentrum der Christenheit im Düsenjet von Land zu Land, um vorzuführen.

Der XII. Pius hatte die Ansteckung katholischer Arbeiter mit „Marxismus“ so gefürchtet, daß er – wo irgend möglich – die Bildung von Einheitsgewerkschaften zu verhindern suchte. In einem Brief an den Münchener Kardinal Faulhaber von 1945 bemerkt er zu den Vorbereitungen zur Gründung des DGB, daß „die Form und Art eines derartigen Zusammenschlusses *zeitweilig* zugelassen werden kann, *solange* die gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnisse andauern“. 1949 hatte das Hl. Offizium den Gläubigen sogar das *Lesen* kommunistischer Schriften verboten, der Hl. Vater selbst dafür 1950 das christliche Mysterieninventar durch Verkündigung des Dogmas von der „leiblichen Aufnahme Mariens in den Himmel“ bereichert. Das Problem bei dieser Verschanz-Taktik war, daß sich zunehmend weniger Gläubige innerhalb der Wälle vorfanden. Seit Beginn der 60er

Jahre lösten sich auch die großen katholischen Gewerkschaften in Italien und Frankreich zunehmend von der pfäffischen Vormundschaft und konstituierten sich damit erst richtig als Gewerkschaften. Es mußte etwas geschehen.

Johannes XXIII. und Paul VI. gaben auf dem Konzil (1962–65) die Linie aus, den unabwiesbaren Forderungen der Arbeiterbewegung und der Völker wenigstens soweit nachzugeben, daß die Kirche wieder gesellschaftsfähig wurde und in die Lage kam, die Bewegungen zurückzerrn zu können. „Aufgeschlossene Kapläne“ wurden in Marsch gesetzt, um mit Jugendheim und samstags Disko den ideologischen Einfluß der Kirche wenigstens indirekt zur Geltung zu bringen. Die Ergebnisse waren in jeder Hinsicht bescheiden. Der Bankierssohn Paul Montini war nicht der Mann, diese kühle Berechnung geschickt zu verbergen. Zweitens kann die Kirche ihren ideologischen Einfluß auf Massenbewegungen nicht halten, wenn sie in ihrer eigentlichen Domäne: Sünde und Erlösung, Tod und ewiges Leben, Schwächen (Wojtyla: Zweifel, Verfall, Krise) zeigt. Auch die Bourgeois waren nicht einfach begeistert. So hatte Paul VI., um den Völkern der

Dritten Welt seinen „guten Willen“ zu beweisen, die Tiara, die traditionelle Papstkrone, niedergelegt und zwecks Hungerhilfe bei einem New Yorker Auktionshaus zur Veräußerung deponiert. Dort blieb das Ding liegen, weil den amerikanischen Bourgeois dieser Dreh nicht paßte.

Nach dem Ableben Pauls schlugen die Kardinäle 1978 eine neue Linie ein. Gewählt wurde zunächst der Erste Johannes Paul, der sich sogleich als beachtliches Talent auf dem Gebiet entpuppte, den Gläubigen mit barem Unsinn die Köpfe zu verdrehen. Zum Beispiel schaffte er es, über die Frage, ob Gott nicht vielleicht „noch mehr Mutter als Vater“ sei, in Italien eine regelrechte Massendebatte anzuzetteln. Seine organisatorischen Fähigkeiten standen jedoch hinter den komödiantischen weit zurück, was bei einem Apparat von fast 1,5 Millionen hauptamtlichen Priestern, Mönchen und Nonnen nicht gut enden konnte. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit beging er die Dummheit, die gesamten leitenden Kurienfunktionäre in ihren Ämtern zu bestätigen. Diese sprangen ihm dann dementsprechend auf der Nase herum. So hatte der „lachende Papst“ bald nichts mehr zu lachen und ist nach 33 Tagen gestorben.



Besuchsanlaß: der hl. Albertus Magnus

Albertus, gen. Magnus, auch gen. der Deutsche, Schädelplatte in Lauringen (Schwaben), wo er herkam, Gebeine in Köln, wo er lehrte, lebte ca. von 1200 bis 1280. Albertus, Dominikanermönch, Kreuzzugsprediger, zwei Jahre Bischof von Regensburg, was ihm den bleibenden Titel des Bischofs und als Mönch das Sonderrecht auf Privateigentum einbrachte, war zusammen mit Thomas von Aquin (1224 – 1274) der Begründer der sog. „Hochscholastik“, des in den Grundsätzen bis heute gültigen Lehrsystems der katholischen Kirche. Bereits zu Lebzeiten war er berühmt für seine umfassende Quellenkenntnis und Kommentare griechischer und arabischer Philosophie und für seine in der mittelalterlichen Kirche neuen Natur-, Pflanzen- und Tierbeschreibungen. Beides waren Beschäftigungen, die der Kirche aus der theoretischen Klemme helfen sollten, in die sie durch die Entwicklung des Klassenkampfes geraten war.

Das Christentum war entstanden als Religion der unterdrückten Sklaven und durch die Kirchenväter zu einem Lehrsystem zur Zersetzung und Unterdrückung der Rebellion und Aufstände der Sklaven verarbeitet worden. Augustinus (4./5. Jh.) hatte unter Verwendung der griechischen Philosophie, vor allem der Ideenlehre Platons, die bis ins Mittelalter allein gültige Kirchendogmatik verfaßt. Weil die Natur zum schlechten diesseitigen „Jammertal“ gehört, lehnte er andere Elemente der griechischen Philosophie, vor allem die Naturphilosophie des Aristoteles, ab.

Mit der Herausbildung der mittelalterlichen Kaiserreiche wurde die augustinische Dogmatik zunehmend nicht nur zu einem Hemmnis für die Entfaltung der herrschenden Feudalklasse, sie geriet schließlich auch in Widerspruch zu den sich entwickelnden Elementen bürgerlicher Produktion in den Städten. Weil die Religion herrschende Weltanschauung und Philosophie war, beschränkte die augustinische Kirchenlehre auch die Denkformen für die Beobachtung, Auffassung und Veränderung der Natur und für die Entwicklung der Produktivkräfte. Die Kirche geriet schließlich auch unter theoretischen Rechtfertigungsdruck durch Vertreter der in der arabischen Überlieferung materialistisch weiterentwickelten Naturlehre Aristoteles', so im 12.

Jh. durch die Philosophie Averroes (Ibn Roschd). Albertus machte sich der Kirche verdient, indem er fundierter als seine Vorgänger gegen derartige Ketzereien auftrat, vor allem aber weil er die Kenntnisse zusammentrug, aus denen sein Schüler Thomas von Aquin das ausgeklügelte scholastische Lehrsystem als Verbindung der bisherigen Kirchendogmatik und der uminterpretierten Naturphilosophie Aristoteles' konstruierte:

Natur und Mensch unten, die Hölle und das Böse in der Erde, darüber die kugelförmigen Fixsternhimmel und darüber Gott. Die Natur existiert außerhalb des Menschen und kann durch ihn sinnlich wahrgenommen werden (damit waren idealistische Extrempositionen vermieden), aber sie kann letztlich nur, wie alles Sein, erkannt werden, insofern Gottes Wirken darin erkannt wird (damit war die Vorherrschaft der Theologie gesichert). Die Existenz Gottes kann rationell eingesehen werden (Gottesbeweis: Die Welt bewegt sich, also muß es einen ersten Bewegten geben, die Welt ist wirklich, also ist auch Gott als erster Bewegter wirklich), aber das Wesen Gottes kann nur durch Offenbarung, Religion, Kirche erkannt und gelehrt werden: Damit sollte der Widerspruch zwischen Theologie und Philosophie gelöst werden. Wie das Weltganze von der einfachsten stofflichen Substanz bis zur Fülle des Seins – nämlich Gott – geordnet ist, so ist überhaupt alles in auf- und absteigender „Seinsfülle“ von unten nach oben und oben nach unten geordnet, also auch Gesellschaft und Staat. Damit haben dann auch gleich die jeweils herrschenden und die ausgebeuteten und unterdrückten Klassen ihren geordneten Platz. Freilich war dieses System des Thomas von Aquin anfällig gegen materialistisch geprägte Kritik gerade wegen der ab- und aufsteigenden Ordnung zwischen einfacher stofflicher Substanz und umfassender „Seinsfülle“. Wenn die Welt wirklich und materiell ist, „kann Gott auch als Materie gedacht werden“, stellte der schottische Franziskanermönch Duns Scotus (1270 bis 1308) fest, den Marx den ersten Materialisten in England nannte. Aber unter Beihilfe der hl. Inquisition und verbindlicher Enzykliken erwiesen sich die scholastischen Grundsätze weiträumig genug, um die herrschende Kirchenlehre zu begründen.

Für Wojtyla dagegen berechnet die katholische Illustrierte „Kontraste“ „immer noch“ weitere 20 Amtsjahre. Vorsorglich hat er nach der Wahl die wichtigsten Kurienkardinäle nur „bis auf weiteres“ in ihren Ämtern bestätigt und danach Abteilerung für Abteilerung vorgenommen. Nach einiger Zeit hat er dann einen ganzen Schwung Kardinäle – normalerweise gesetzte Herren von 70, 75 Jahren – mitten im Winter auf einen Ausflug zum Dolomitengipfel Marmolada (3 342 m) mitgeschleift, „zum Andenken an Unseren verehrten Vorgänger“, dem einige aus der Reisegesellschaft denn auch alsbald nachgefolgt sind.

Nachdem die organisatorischen Verhältnisse dergestalt einigermaßen „geordnet“ waren, konnte die Erweckungsbewegung losgehen. Zunächst mit einem Probelauf in Mexiko. Den versammelten lateinamerikanischen Bischöfen war zu erklären, wie man die allgemeine Berechtigung einiger dringlicher Interessen der Massen zunächst anerkennen und dann in wenigen Schritten statt zu ihrer Durchsetzung zu ihrer Auflösung in Metaphysik gelangen kann. Zunächst mußte gegen die im niederen Klerus teilweise eingegrissene Tendenz vorgegangen werden, ins „Reich Gottes“ sei einfach „durch Veränderung der Strukturen und politisch-soziales Engagement“ einzutreten, statt, wie es sich aber gehört, „durch den Glauben und die Zugehörigkeit zur Kirche“. Die Ursache dafür, daß „die menschlichen Werte“ heutzutage „mit Füßen getreten werden wie nie zuvor“, sei nämlich nicht in der Existenz des Imperialismus zu suchen, sondern in der Gottlosigkeit. „Das ist das Drama des Menschen, der um eine konstitutive Dimension seines eigenen Wesens amputiert worden ist – die Suche nach dem Unendlichen ...“

Damit kann der hl. Vater freilich dienen. „Die Kirche hat die Pflicht, die Befreiung von Millionen menschlicher Wesen zu verkünden, die Pflicht, bei der Konsolidierung dieser Befreiung zu helfen; aber sie hat auch die entsprechende Pflicht, die Befreiung in ihrer vollständigen, tiefen Bedeutung zu proklamieren, so wie Jesus sie verkündet und verwirklicht hat. „Befreiung von allem, was den Menschen unterdrückt, aber vor allem Befreiung von der Sünde und vom Übel, in der Freude, Gott zu kennen und von ihm gekannt zu werden.“

Also, direkt verboten ist es dem Christenmenschen nicht, sich auch hienieden für „Gerechtigkeit“ einzusetzen. Auch das aber nur, wenn er nicht – z.B. durch Aufnahme des bewaffneten Befreiungskampfes – dabei „Schuld“ auf sich lädt und damit ja das Übel nur verschlimmert. Die „voll-

ständige, tiefe Bedeutung“ der Befreiung kann ohnehin nur „im Geiste“ stattfinden. Nach christlicher Lehre ist die „Befreiung von der Sünde“ bekanntlich ein für allemal dadurch verwirklicht worden, daß sich der Stifter dieser Religion hat ans Kreuz schlagen lassen. An dieser Sorte „Befreiung“ kann sich, predigt die Kirche, ein jeder durch Teilnahme an der Eucharistie beteiligen. Und so kommt es, daß „die Befreiung uns mit der Kraft der Liebe zur Kommunion drängt, wo wir den Gipfel und die Fülle im Herrn finden.“ Der Jugend Lateinamerikas wurde bei der gleichen Gelegenheit allen Ernstes als Alternative zum bewaffneten Befreiungskampf – recht häufiger Empfang der hl. Kommunion empfohlen. Daß die lateinamerikanischen Bischöfe es auch nach dieser Predigt nicht lassen mochten, gelegentlich die allerchristlichsten Ausbeuter ihrer Völker beim Namen zu nennen, hat ihnen an mehreren Dutzend Stellen ihres Abschlußdokuments päpstliche „Korrekturen“ vor der amtlichen Approbation des Textes eingetragen.

So durfte Jesus Christus zwar – wie von den Bischöfen beschlossen – verkünden, daß „wir alle Kinder desselben Vaters sind“. Der folgende Halbsatz: „und kämpfte gegen alles, was die Verwirklichung der Brüderlichkeit unter den Menschen verhindert“, fiel dagegen dem päpstlichen Rotstift zum Opfer. Wahrscheinlich war er nicht „spirituell“ genug.

In Mexiko schien die Masche eingeschlagen zu haben. ZDF-Kronzucker

meinte, von der „größten Versammlung in der Geschichte der Menschheit“ berichten zu können. Wojtyla selbst machte sich an seine erste Enzyklika: Redemptor Hominis, zu deutsch: Erlöser des Menschen.

Dieses 110 Seiten starke Werk handelt darüber, wie „der Mensch in Christus und durch Christus ein volles Wissen um seine Würde, um seine Erhebung, um den transzendentalen Wert



des eigenen Menschseins und um den Sinn seiner Existenz erworben“ hat. Damit dieser direkte Draht in den Himmel hübsch verlockend wirkt, schildert der Papst in düsteren Farben die üble Lage, in der sich die arbeitenden Klassen heutzutage befinden und aus der – außer „vertikal“ – angeblich kein Herauskommen ist.

Ausbeutung, Overkill und Umweltzerstörung werden darin als Symptome einer „moralischen Unordnung auf Weltebene“ vorgestellt. Den ausgebeuteten Klassen und Völkern ist damit bereits die Schuld an ihrer schlechten Lage zur Hälfte selbst zugeschoben: „Wer von Euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein.“ Gegen die „moralische Unordnung“ bläst Johannes Paul zur Buße. „Man wird auf diesem schwierigen Weg der unbedingt notwendigen Veränderung der Strukturen des Wirtschaftslebens nur dann Fortschritte machen, wenn eine wahre Umkehr der Mentalität, des Willens und des Herzens stattfindet.“ Um die Buß- und Beichtfreude zu fördern, hat der gute Mann sogar schon höchstpersönlich für eine Stunde einen Priester im Beichtstuhl der Peterskirche vertreten.

Wohin die Umkehr der Herzen im „Wirtschaftsleben“ praktisch führen soll, dazu hat der hl. Vater freilich Vorstellungen, die mit den Forderungen der Arbeiterbewegung und der Länder der Dritten Welt nichts zu tun haben. Im Welthandel z.B. „(sollte) man sich von den Gesetzen eines gesunden Wettbewerbs leiten lassen“, wodurch die der Dritten Welt aufgezwungene „internationale Arbeitsteilung“ nur befestigt werden könnte.

Auch sonst hat der „Papst aus Polen“ Eingebungen, die den Interessen der Imperialisten sehr förderlich sind, namentlich derer, denen das „christliche Abendland“ allzu klein geworden ist. Eine Delegation des Europaparlaments ermahnte er, nicht zu vergessen,

Papstprojekt Sexualethik

Die katholische Kirche entstand, nachdem das alte Rom die großen Sklavenaufstände der Vorkaiserzeit grausam erstickt hatte. Die Väter der Kirche suchten von den ersten Anfängen an das Auskommen mit der antiken Staatlichkeit. Sie sprachen gegen das Recht auf Revolution (Wer das Schwert nimmt, kommt durchs Schwert um) und allgemein für Unterwerfung unter das Kaisertum (Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist ...). Die revolutionären Strömungen der Zeit nahm die Kirche auf im Mythos der Gleichheit der Menschen als Gotteskinder. Ihre Basis in den unterdrückten Klassen der Sklavenhaltergesellschaft konnte die Kirchengründung finden, indem sie sich auch zu praktisch-politischen Forderungen herabließ. Diese bestanden, so merkwürdig das heut klingen mag, wesentlich im Katalog der Sexualgebote und -verbote.

Den Sklaven des alten Rom war nicht nur das Eigentum zunächst verboten, sondern auch die Ehe. Der Sklave mußte gewärtig sein, durch Willkürakt seines Besitzers wechselnd zusammengepaart und auseinanderverkauft, seiner Kinder beraubt und persönlich mißbraucht zu werden.

Die Sexualgebote der Kirche richteten sich mithin zuerst und in der praktischen Hauptsache gegen die Willkür der Sklavenhalter. Allerdings in der verdrehten Form, den Leib zur von Gott geliehenen und in dessen Interesse zu bewahrenden und zu pflegenden Sache zu machen, eine Betrachtung, in der die Gleichheit auf der Erde in der allgemeinen Auslieferung der Menschen an das unerbittliche Gebot Gottes mystisch vorgestellt wird.

Wenn Wojtyla heute eine Renaissance der katholischen Sexualethik plant, so ist dies kein aussichtsloses

Unternehmen. Die Sphäre einfacher sozialer Beziehungen stellt sich auch in der modernen kapitalistischen Gesellschaft als schutzbedürftig dar, freilich weniger vor offenen Willkürakten der Angehörigen der herrschenden Klassen als mehr vor den unersättlichen Ansprüchen des Kapitals auf vollständig verfügbare Arbeitskräfte, aber auch vor den mannigfaltigen Erscheinungen offener und verhüllter Prostitution, die der Gegensatz zwischen arm und reich in der Sphäre der Reproduktion hervortreibt. – Freilich, daß der antike Staat sich – im Laufe der Zeit – schützend zwischen den Sklavenhalter und die persönliche Sphäre des Sklaven stellte, war denkbar und ist eingetreten. Heute führt eine solche Propaganda nur dazu, daß der bürgerliche Staatsapparat mit seinem Instrumentarium der Bevormundung in die individuelle Sphäre des freien Lohnarbeiters eindringt und, weit entfernt, dessen Individualität in irgendeiner Weise zu schützen, diese verengt und unterdrückt.

daß Europa größer ist als die EG. Die Herren hatten nicht vergessen. In Polen hat er dann zur „Wiedervereinigung Europas unter dem Christentum“ aufgerufen und angemerkt: „Ja, Christus will es, und der heilige Geist fügt es so, daß das, was ich sage, genau hier gesagt wird.“ Das laufende Jahr hat der Papst anlässlich des 1 500. Geburtstages des hl. Benedikts, der eigentlich um den Nutzen der „europäischen Integration“ noch nicht wissen konnte, zum „Europajahr“ proklamiert. In weiser Voraussicht hatte Pius XII. den Ordensstifter zum „Patron Europas“ befördert, so daß das freudige Ereignis jetzt zweckmäßig begangen werden kann.

Auf seiner kürzlichen Reise nach Brasilien hat es der Mann geschafft, den reaktionären Inhalt seiner Soziallehre ausgerechnet vor Arbeitern in Sao Paulo am bisher klarsten auszudrücken. Klassenkampf und Diktatur über die bisherigen Ausbeuter sind nämlich laut Wojtyla mindestens genauso sündhaft wie die Ausbeutung selbst: „Der Klassenkampf ist nicht der Weg, der zur sozialen Ordnung führt, weil er das Risiko in sich trägt, die Benachteiligten zu Privilegierten zu erheben, und weil er so neue ungerechte Situationen für die schafft, die bis jetzt die Vorteile auf ihrer Seite hatten.“ Bei gleicher Gelegenheit hat er erläutert, wie es zu den erwünschten schrittweisen Reformen konkret kommen soll: „Die Besitz haben, müssen den Geist der Armut erwerben, müssen ihr Herz den Armen öffnen, denn wenn sie das nicht tun, werden sich auch die ungerechten Zustände nicht ändern.“ Die Ausgebeuteten, die den „Geist der Armut“ nicht erst zu erwerben brauchen, werden einstweilen mit dem „vollen Wissen über ihre Würde“ vorliebnehmen müssen, das ihnen freilich niemand nehmen kann. Und unter den Stahlrohr-Hochaltären des Papstes sind ja eh alle Menschen gleich.

Damit der Christ bei alledem wenigstens etwas, wenn schon nicht in der Hand, so doch im Munde behält, soll es auf das ewige Leben eine Anzahlung geben, in der Eucharistie, „die das Angel auf ein ewiges Ostern in sich birgt“. Dazu hat Wojtyla zum diesjährigen Gründonnerstag ein eigenes Rundschreiben verfaßt, in dem er vor allem auf strikte Einhaltung des kirchenamtlich vorgeschriebenen bunten Brimboriums drängt. „Gott bewahre uns davor, anders zu handeln und die Frömmigkeit zu schwächen, indem wir uns verschiedene Ausdrucksformen des eucharistischen Kultus ‚abgewöhnen‘, in denen eine vielleicht traditionelle, aber gesunde Frömmigkeit und vor allem jener ‚Glaubenssinn‘ zum Ausdruck kommt, den das gesamte Volk Gottes besitzt.“

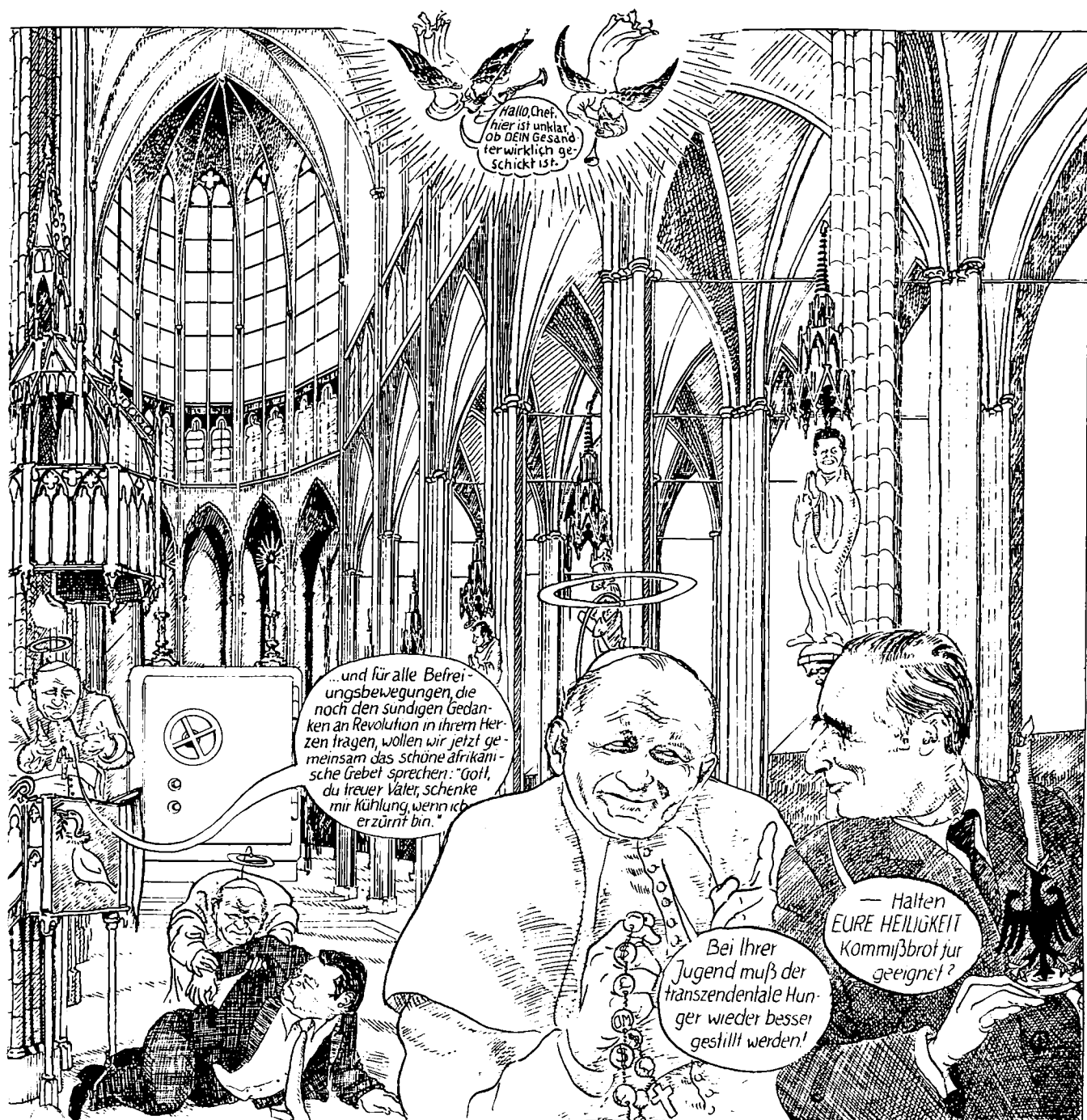


Es soll aber niemand an der Hostie genießen, der nicht gebeichtet und priesterliche Absolution empfangen hat. „Ziemlich oft gehen alle Teilnehmer an der Eucharistiefeier zur heiligen Kommunion, dabei fehlt es aber zuweilen, wie erfahrene Seelsorger bestätigen, an dem erforderlichen Eifer, das Bußsakrament zu empfangen, um das eigene Gewissen zu reinigen.“ Unter den Dingen, von denen das Gewissen auf diese Weise zu reinigen wäre, hat der stramme Petrusnachfolger kürzlich auch den „lüsternen Blick auf die eigene Ehefrau“ entdeckt.

Folgende rührselige Geschichte hat der Papst ein Jahr vorher in einem Schreiben an die Priester aufgetischt, mit dem er sie – neben Einhaltung standesgemäßer Garderobe: Soutane – vor allem vor der Flucht in die Ehe abhalten wollte. „Denkt an jene Orte, wo die Menschen sehnsüchtig auf ei-

nen Priester warten ... Es geschieht zuweilen, daß sie sich in einem verlassenen Gotteshaus versammeln, auf den Altar die noch aufbewahrte Stola legen und alle Gebete der Eucharistiefeier sprechen. Im Augenblick, der der Wandlung entsprechen würde, tritt jedoch eine große Stille ein, die manchmal von einem Weinen unterbrochen wird; so brennend verlangen diese Menschen danach, jene Worte zu hören, die nur die Lippen eines Priesters wirksam aussprechen können.“

Ordnungsgemäße Verwaltung der kirchlichen Gnadenmittel durch das Priesterkorps ist eine elementare Voraussetzung dafür, damit das von Wojtyla geortete „Bedürfnis nach Spiritualität“ in den Hafen der allein seligmachenden römisch-katholischen Kirche gelotet werden kann. Schließlich kann er nicht selbst überall sein, und wenn er auch noch so viel Fluglandebahnen mit



seinem Kuß beehren würde. Augenscheinlich ist ein Großteil des Klerus nicht besonders glücklich über die schroffe Trennung von den Laien. Sonst hätte der Papst kaum die Parole „Schluß mit der Debatte! Kapuzen ab zum Gebet!“ ausgeben müssen: „Vielleicht hat man in den letzten Jahren – wenigstens in gewissen Kreisen – über das Priestertum, die Identität des Priesters, den Wert seiner Präsenz in der Welt von heute usw. zuviel diskutiert, dagegen allzuwenig gebetet.“

Sünde, Buße, Eucharistie und Erlösung – das ist der ewige Kehrreim, mit dem dieser Papst sowohl seine bisherigen Reisen als auch die gewöhnliche Tätigkeit am festen Standort Rom weitgehend bestritten hat. Besonders neu ist das alles nicht, und der immer geringere Anklang, den diese Sachen gefunden haben, war ja auch der Grund, warum mit dem Konzil ein ge-

wisser Kurswechsel eingeleitet wurde. Z.B. schien eine gewisse Lässigkeit in der praktischen Handhabung des „Sittengesetzes“ zwingend, wenn wenigstens die allgemeinen Grundsätze der christlichen Moral noch einigermaßen hochgehalten werden sollten.

Andererseits erleichtern der Farbwechsel der Sowjetunion und die immer deutlicher sichtbaren üblen Folgen dieser schweren Niederlage der proletarischen Revolution der Kirche, sich als berufenen Advokaten der „Menschenwürde“ anzupreisen. Die Kräfte, die z.B. in Westdeutschland auf die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus und die wachsende Kriegsgefahr eine revolutionäre Antwort geben, sind schwach. Manchen mag das daran zweifeln lassen, ob angesichts der Verbrechen des Imperialismus die menschliche Würde außer in der eigenen Überzeugung oder halt dem Glauben über-

haupt noch einen Platz finden könnte. Außerhalb der Kirche gibt es eine ganze Reihe von Erscheinungen halb- oder auch ganzreligiöser Art, die erheblichen Zulauf haben, von Popkonzerten bis zu den „Jugendsekten“. Wojtyla hat diese Marktlücke in seiner Enzyklika benannt: „Das Bedürfnis nach dem Spirituellen (findet) auch bei Personen Ausdruck . . . , die außerhalb der sichtbaren Grenzen der Kirche stehen.“ Da sollen sie nicht bleiben.

Gleichwohl, einen wirklich bedeutenden politischen Einfluß könnte die katholische Kirche nur wiedererlangen, wenn es ihr gelänge, einen maßgeblichen Teil der Gewerkschaftsbewegung zu beeinflussen und zu spalten. An diesem praktischen Problem sind nach dem zweiten Weltkrieg noch alle Päpste gescheitert. Daß Wojtyla es besser kann, wäre erst noch zu beweisen.

Funcke für Frauenarbeit auf dem Bau

Ehrenberg hat Unterstützung von Liselotte Funcke, der stellvertretenden FDP-Vorsitzenden, für die Aufhebung des Beschäftigungsverbotes von Frauen auf Baustellen erhalten. Schwere Lasten müßten auch von Kellnerinnen im Hofbräuhaus getragen werden, meint die Dame. 1960 wurde mit Blanks Baupraktikantinnenverordnung die Frauenarbeit teilweise zugelassen. 1971 ermöglichte Ahrendt die Beschäftigung von Frauen auf Fahrzeugen. Im Rahmen dieser Verordnung blieb das Verbot, Lasten über 10 kg ohne mechanische Hilfsmittel zu heben und zu tragen, erhalten.

Ziele der Kapitalisten in 81er Lohnbewegung

Kapitalistenverbände und Bundesbank haben ihren Kurs für die Lohnbewegung 81 abgesteckt. Gesamtmetallpräsident Thiele erklärte, angesichts der schwierigen Konkurrenzsituation der westdeutschen Industrie dürften sich die Lohnanhebungen nur noch

Mit Plakaten und Aufklebern hat die Gewerkschaft HBV ihre Kampagne gegen die Verlängerung des Ladenschlusses wieder verstärkt. In Verhandlungen mit dem sozialpolitischen Ausschuß der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels will der Hauptvorstand eine tarifliche Absicherung des Arbeitsendes um 18.30 Uhr erreichen. Er argumentiert u.a., die 5-Tage-Woche erleichtere das Einkaufen. Zu bedenken ist aber, daß Überstunden und Schichtarbeit den Einkauf dennoch zur Hetze machen.

an der Produktivität orientieren, die nach Angaben der Bundesbank um 2,5% je Beschäftigten gestiegen ist. Der für 1981 zu erwartende Preisanstieg könne nicht berücksichtigt werden, da sonst ein neuer Kostenschub entstehe. Gesamtmetall lehnt jede Streichung oder Anhebung der unteren Lohngruppen oder Sockelerhöhungen ab. Sie „verteuert gerade da die Arbeit, wo sie am ehesten durch Technisierung oder durch Verlagerung in Billiglöhnländer ersetzt werden könne.“ (Handelsblatt, 20.10.)



Nach fünf Wochen haben die Arbeiter der italienischen Fiat-Werke am 16.10. ihren Streik gegen Massenentlassungen und Kurzarbeit beendet. Die Metallergewerkschaft hat abgeschlossen, nachdem leitende Angestellte und Meister in Turin 40000 zu einer antigewerkschaftlichen Demonstration hatten mobilisieren können und ein Gericht Polizeieinsatz gegen die Streikposten verfügt hatte. Mit dem Abschluß hat das Automonopol einen großen Teil seines Rationalisierungsprogramms durchsetzen können. Zwar mußte es die geplanten 14469 Entlassungen endgültig zurücknehmen. Aber 23000 Lohnabhängige werden bis 30.6.81 in Zwangsurlaub geschickt. Danach sollen 9000 Arbeiter an andere Betriebe vermittelt werden. Wer zwei Jahre später noch keine Arbeit hat, wird wieder bei Fiat eingestellt. Während der ganzen Zeit wird Kurzarbeitergeld in Höhe von 90% des Lohns gezahlt.



Frankreich: Bergleute aus Marokko streiken

1130 marokkanische Kontraktarbeiter in den lothringischen Kohlengruben stehen seit dem 6.10. im Streik. Die Arbeiter fordern Anwendung des Bergmannsstatuts, das für alle anderen Bergleute, auch Ausländer, gilt. Das Statut sieht u.a. das Recht auf unbefristete Arbeitsverträge und Nachkommen der Familie vor. Seit 1975 heuern die Minenkapitalisten Marokkaner auf höchstens zwei Jahre an und lassen sie die anstrengendsten und gefährlichsten Arbeiten unter Tage verrichten. Obwohl die Kontraktarbeiter nur ca. 10% der Belegschaften ausmachen, ist jetzt die Produktion weitgehend lahmgelegt. Seit 1975 sind fünf marokkanische Bergleute tödlich verunglückt. 300 wurden nach Unfällen oder wegen Krankheit kurzerhand zurückgeschickt. Die Marokkaner müssen in Männerwohnheimen wohnen. Die sonst übliche Deputatkohle im Wert von 6000 FF (2580 DM) kriegen sie nicht.

Generalstreik in Bombay/Indien

Mit einer Serie von eintägigen Generalstreiks setzen die Gewerkschaften in und um Bombay ihren Kampf gegen die Lohnsenkung und gegen die von der Regierung erlassenen Notstandsverordnungen fort. Hunderttausende beteiligten sich am 15. Oktober an Streiks und Massendemonstrationen im Bundesstaat Maharashtra, dessen Hauptstadt Bombay ist. Die Polizei verhaftete mehr als 3000 Arbeiter und verletzte mindestens 40. Die Bewegung in Maharashtra hatte in großen Streiks im öffentlichen Dienst

für Lohnerhöhung und gegen die rasenden Preissteigerungen ihren Ausgang genommen. Im August streikten unter anderem 24000 Beschäftigte der staatlichen Versicherung und mehr als 50000 Beschäftigte der Stadtverwaltung Bombay. Die Regierung antwortete mit Notverordnungen, mit der ersten wurden alle Streiks in „lebenswichtigen“ Bereichen verboten, mit der zweiten gab die Regierung Gandhi sich bzw. den Staatsregierungen Ende September die Vollmacht zur willkürlichen und langfristigen Verhaftung und Internierung. An den Demonstrationen in Maharashtra beteiligten sich erneut Bauern und Fischer, die höhere Erzeugerpreise und niedrigere Dieselpreise und Steuern forderten.

Peru: Kupferarbeiter im Streik

Die 2100 Arbeiter des zweitgrößten peruanischen Kupferbergwerks in Toquepala streiken. Sie fordern Lohnerhöhung und Wiedereinstellung von 100 nach einem Streik vor drei Jahren entlassenen Kollegen. Toquepala gehört dem



US-Konzern „Southern Peru Copper Corp.“, der 75% der Kupferproduktion des Landes kontrolliert. Nach Chile ist Peru wichtigster Produzent des Subkontinents. Auch in zwei staatlichen Minen wird gestreikt.

Streiks gegen Rationalisierung und Akkordkürzungsprogramm

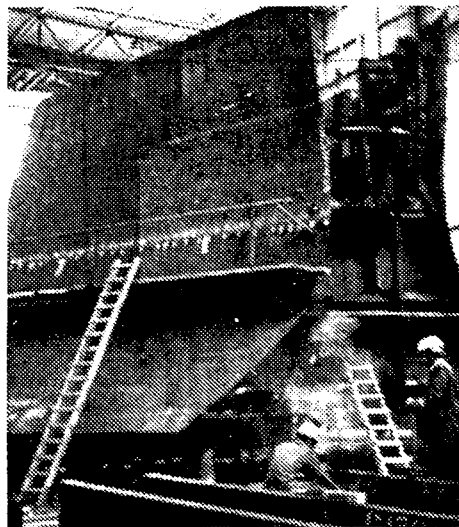
Kiel. Nachdem die Geschäftsleitung von HDW angekündigt hatte, die Umstrukturierung der Rohrschlosserei/Bordmontage, des Maschinenbaus/Bordmontage und der Rohrhalle durchzuführen, traten am 1.9.80 ca. 250 Arbeiter der betroffenen Abteilungen in einen 1/4stündigen Warnstreik. Die Zusammenlegung von drei Werkstätten im Molengebäude sowie in der Rohrhalle führt zu noch beengteren Arbeitsbedingungen. Zum weiteren besteht aufgrund der neuen Arbeitsplätze die Gefahr der Abgruppierung. In der Versammlung setzten die Kollegen der Geschäftsleitung eine 3-Tage-Frist, um diese Verlegung der Abteilungen zurückzunehmen und mit dem Betriebsrat sofort in Verhandlung zu treten. Die gleiche Frist wurde von den sich am Streik beteiligenden Tischlern gesetzt. Sie forderten eine sofortige Aufhebung des Höhergruppierungsstopps. Während die Geschäftsleitung versuchte, sich einer konkreten Stellungnahme zu enthalten, traten am 15.9. ca. 100 Schweißer, Schiffbauer und Rohrschlosser im Werk Süd in einen einständigen Streik. Seit dem Juni hatten die Kollegen aufgrund gekürzter Akkordzeiten erhebliche Lohneinbußen. In der Augustabrechnung stellten sie fest, daß sie 60 bis 70 Pfennig weniger pro Stunde hatten.

Ein weiterer Punkt ist die seit zehn Jahren andauernde Auseinandersetzung um die Be- und Entlüftungsanlage im U-Boot-Bau. In den ehemaligen Maschinenbauhallen werden die durch Schweiß- und Brennarbeiten entstehenden Gase nicht abgeführt.

Beide Streiks zwangen die Geschäftsleitung zu Zugeständnissen. Auf der Betriebsversammlung im September erklärte Geschäftsführer Neitzke, daß für die Entlüftungsanlage 1,1 Mio. DM bereitgestellt und der Bauauftrag schon vergeben wurde. Weiterhin mußte die Geschäftsleitung den Höhergruppierungsstopp aufheben, sieben Tischler wurden sofort höhergruppiert, zwei weitere etwas später. Die Stilllegung der Pudelhütte und der Rohr-Bordmontagewerkstatt wurden gestoppt. Die Arbeitsplätze werden neu vermessen. Zwar konnte die Geschäftsleitung zu diesen Zugeständnissen gezwungen werden, aber damit sind noch lange nicht die Pläne zur Durchsetzung des 7-Punkte-Programms vom Tisch. Dies Programm enthält u.a.: Kürzung der Akkorde;

Einschränkung der Rechte der nicht freigestellten Betriebsräte; Überprüfung der Fachvertreter, um die Akkordkürzungen durchzusetzen; Einführung des Programmlohns auf der ganzen Werft. Auf der Betriebsversammlung im April wurde der Betriebsrat durch Beschluß aufgefordert, das Programm abzulehnen.

Die Geschäftsleitung verfolgte dann die Taktik, das Programm von Abteilung zu Abteilung verschieden durchzusetzen: So wurde im April der Programmlohn in der Halle 3 um 10% ge-



senkt – ca. 250 DM weniger Lohn, im August in der Halle 6 (Zentralschlosserei) und Halle 7 (Fregattenbau) das Programm auf 95 bzw. 73% gesenkt. In der Halle 6 erreichten die Arbeiter eine Nachzahlung. In der Halle 7 erhielten sie nur die abgesicherten 80%.

Metallindustrie Manteltarif nach 6 Jahren vor Abschluß

Hannover. Zum 31.12.73 hatte die IG Metall in den Tarifbezirken Niedersachsen und Hessen die Manteltarifverträge für die Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie gekündigt. Bis heute haben es die Kapitalisten geschafft, einen neuen Abschluß in diesen Tarifbezirken zu verhindern. Zwar konnten in einigen Punkten wie Urlaubsbestimmungen, Sicherung für ältere Arbeiter und anderen Abschnitten dieser Verträge Einzelbestimmungen durchgesetzt werden, doch immer

noch sind wesentliche Teile offen. Die wichtigsten davon sind:

- Erhöhung der Zuschläge für Mehr-, Nacht- und Sonn- und Feiertagsarbeit;
- Zuschuß von den Kapitalisten im Krankheitsfall nach dem Auslaufen der Lohnfortzahlung;
- Wegfall einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung bei Krankheiten bis zu drei Tagen;
- Arbeitstakte sollen 1,5 Minuten nicht unterschreiten, garantierter Akkordlohn von 130% des Tarifgrundlohns; keine versteckten Vorgaben bei Zeitzählern;
- Verbesserung der Bestimmungen über Eingruppierungen in die Lohngruppen bei wechselnden Arbeiten;
- Mindesterholungszeit für Akkordarbeiter von 6 Minuten pro Stunde;
- gleiche Kündigungsfristen für Arbeiter und Angestellte.

Die Kapitalisten sind vor allem für eine Herauslösung des Lohnrahmens aus dem Manteltarif, gegen die Mindesttaktzeiten und gegen die höheren Zuschläge. In einem Brief an die IG Metall schreibt der Kapitalistenverband: „Die außerordentliche Kompliziertheit der Materie Entlohnungsbestimmungen erfordert einen entsprechenden Zeitaufwand, wenn die Probleme angemessen besprochen und etwaige Ergebnisse sorgfältig formuliert werden sollen.“

Diese Hinhaltetaktik, die die Kapitalisten nun seit sechs Jahren verfolgen, hat die IG Metall veranlaßt, eine schärfere Gangart zu fahren. Im Sommer dieses Jahres ist im Tarifbezirk Südbaden nach Warnstreiks von 27000 Metallarbeitern ein neuer Manteltarifvertrag mit ähnlichen Forderungen abgeschlossen worden. Dort werden jetzt z.B. für Spätarbeit zwischen 12.00 Uhr und 19.00 Uhr 20% und für Nacharbeit zwischen 19.00 Uhr und 06.00 Uhr 30% Zuschlag gezahlt. In Niedersachsen haben die Kapitalisten für die Nacharbeit zunächst 15% angeboten. Gültig ist ein Zuschlag von 12,5% ab 20.00 Uhr. Für Spätarbeit gibt es in Niedersachsen keine Regelung und haben die Kapitalisten auch nichts angeboten.

In vielen Betrieben haben die Belegschaften bessere Vereinbarungen erreicht, als sie tariflich festgelegt sind. So z.B. bei Gildemeister Hannover, wo jeder Arbeiter für eine Spätschichtstunde 3 DM Zulage erhält. Bei MAN Braunschweig/Salzgitter wird für jede Spätschichtwoche außertariflich 35 DM bzw. 40 DM bei mehr als vier Jahren Betriebszugehörigkeit gezahlt. Auch Mindestakkordabsicherungen sind mehrfach durchgesetzt, bei VW 134%, bei Opel 133%.

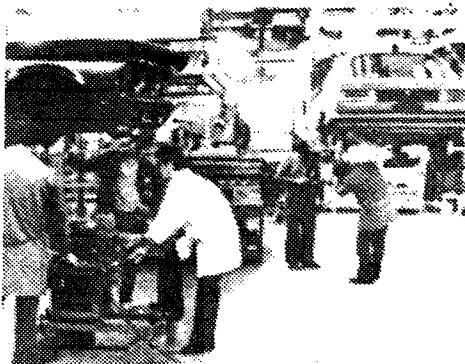
Nachdem in Niedersachsen Verhandlungen am 29. September erneut keinen Abschluß brachten, stellte die IG Metall in einem Flugblatt fest: „Anscheinend übersehen die Kapitalisten immer noch, daß die Geduldssprobe der Arbeitnehmer allmählich die Belastungsgrenze überschritten hat. Telegramme, Briefe und Entschließungen an die Bezirksleitung und die Verhandlungskommission machen deutlich, daß die Arbeitnehmer nun auf einen Abschluß drängen. Akzeptable Verhandlungsvorschläge gehören endlich auf den Tisch. In aller Deutlichkeit: Die Zeit ist reif für einen Abschluß. 6 Jahre Verhandlungen sind mehr als genug.“

Mehrere Verhandlungstermine bis Ende dieses Jahres, der nächste am 1. November, sind vereinbart worden. Falls die Kapitalisten die Forderungen der Gewerkschaft nicht akzeptieren, will die IG Metall Aktionen und Streiks vorbereiten.

Audi und BMW Kurzarbeit, Stückzahlerhöhung, Lohnsenkung

München. „Wir haben immer noch Zeit, während der Arbeit unsere Zeitung zu lesen. Wenn jeder nur zehn Prozent mehr bringe, ohne gleichzeitig zu sagen, er wolle auch mehr dafür haben, wäre man schon sehr weit.“ Mit so was traut sich jetzt Audi-Chef Habel in die „Bild“-Zeitung. Nachdem im September 12000 der 20000 Beschäftigten der Ingolstädter Audi-Werke auf Kurzarbeit gesetzt wurden, stehen im November in Ingolstadt und Neckarsulm erneut die Bänder für eine Woche still. Vor Jahresende 79 hatte Schmücker (VW) noch getönt, Kurzarbeit sei für sie kein Thema, auch bei Audi nicht. Acht Monate später hat Audi einen Zulassungsrückgang von 14% im Inland gegenüber Januar bis August 79. Der Marktanteil ist um 0,3% auf 9,1% zurückgegangen. Der Export auf den größten Auslandsmarkt, die USA, ist rückläufig (minus 3% in den ersten neun Monaten).

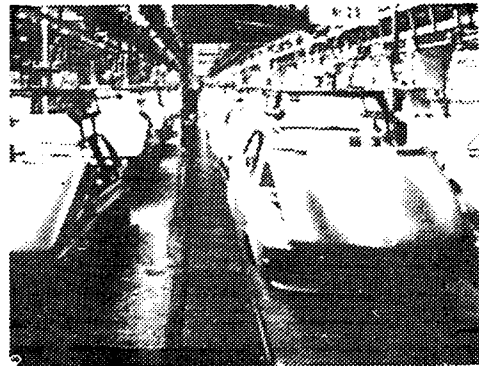
„Es gibt zwar weltweit Überkapazitäten, aber ebenso eine Unterversorgung mit BMW-Autos“. Mit diesen Worten preßte BMW-Vorsitzender v. Kuenheim den Arbeitern im Münchner Werk (21000 Beschäftigte) noch vier Samstagsschichten im ersten Halbjahr ab. Jetzt schließt BMW sämtliche Inlandswerke (knapp 37000 Beschäftigte) vom 19. Dezember bis 6. Januar. Vier Tage davon werden bezahlt, vier Tage muß Zwangsurlaub genommen werden. In Dingolfing mit 13000 Beschäftigten, wo die großen BMW-Modelle gefertigt werden, ist dann bis zum



Mit 300 „Industrierobotern“ will BMW weiter rationalisieren. Im Pilotwerk wird die Fertigung bis Zehntelsekunden „fließbandfreundlich“ geplant.

16. Januar Kurzarbeit. 11000 Wagen, das sind 7,5 vollständige Tagesproduktionen, hat BMW bis August weniger im Inland absetzen können. Der Anteil des Exports ist von 52% in 79 auf 57% gestiegen. Mit Rekordinvestitionen rüsten jetzt beide Konzerne für die schärfer werdende Schlacht um den Weltautomobilmarkt. Mehr als 800 Mio. DM will Audi in den nächsten beiden Jahren allein in Ingolstadt investieren – im wesentlichen zur Verschnellerung des Materialflusses. BMW will 4 Mrd. DM in den nächsten fünf Jahren investieren. Bei solchen Kapitalaufstockungen versuchen jetzt beide, die Ausbeutung immens zu verschärfen und die Lohnkosten zu drücken, damit der Profit im Verhältnis zum eingesetzten Kapital nicht sinkt.

Die Absatzschwierigkeiten nutzen Audi und BMW zum Personalabbau. Audi hat die Belegschaft bis jetzt um 600 bis 700 verringert. Bei BMW herrscht totaler Einstellungsstopp, bis



auf Facharbeiter im Münchner Werk. Bei einer Fluktuation von 10% werden bis Jahresende etwa 1400 Weggänge nicht ersetzt worden sein. Bei BMW-Dingolfing ist geplant, die Tagesproduktion ohne Neueinstellungen von jetzt 650 auf 800 nächstes Jahr und 1000 für 1982 zu steigern. Im Münchner Werk sind im Rohbau, Motorenbau und der Sattlerei Stückzahlerhöhungen bis zu 10% nach dem Betriebsurlaub durchgesetzt worden. Gleichzeitig konnten die BMW-Kapitalisten die Effektivloohnerhöhung der Akkordarbeiter in Gruppenakkord und Doppelschicht um 0,7% unter die Erhöhung des Tariflohns drücken, während noch letztes Jahr eine Erhöhung um 1,2% über dem Tarifabschluß erreicht wurde.

Zu Lohnsenkung und enormer Intensivierung wollen die Automobilkapitalisten die krisenhafte Entwicklung nutzen, um ihren Höchstprofit zu sichern – nicht die Arbeitsplätze.

Landarbeiter

Während der Ernte und der Saatzeit Wochenarbeitszeit von 67 Stunden

Der tarifliche Ecklohn in der Landwirtschaft, d.h. für Treckerfahrer und Maschinenführer, liegt zur Zeit bei brutto 8,94 DM, für Facharbeiter bei 9,57 DM. Die Arbeitszeit beträgt im Durchschnitt 42 Stunden, schwankt allerdings zwischen 40 Stunden im Winter und 49 Stunden im August.

Werden sowieso schon diese tarifvertraglichen Bestimmungen von kaum einem Betrieb eingehalten, so nutzen die Großbauern eine Passage des Tarifvertrages ganz besonders aus, um die Arbeitszeit grenzenlos auszudehnen. Unter § 5,1 Rahmentarifvertrag heißt es nämlich: „Mehr-, Nacht-, Sonn-



Ernte und Bestellung – das bedeutet für die Landarbeiter schwere körperliche Arbeit, lange Arbeitszeit und Essen auf der Maschine

und Feiertagsarbeit ist zu leisten, wenn dies betrieblich erforderlich ist.“

In den extrem auf Weizenanbau angelegten Betrieben Nordfrieslands wird dann so manches betrieblich erforderlich, besonders wenn das Wetter die Arbeiten erschwert und terminlich einengt. Die Ernte beginnt Anfang August, und bis zum 1. Oktober soll möglichst schon wieder alles gepflügt und neu eingesät sein. Auf einem Betrieb in der Nähe von Niebüll im nördlichen Nordfriesland (160 ha, davon 20 bis 30 Raps, der Rest Weizen, 1250 Mastschweineplätze) sind z.B. das Jahr über ein Landarbeiter und ein Meister beschäftigt. Am 1. Juni wurde ein Praktikant eingestellt, für die Monate August, September ein weiterer Praktikant und zwei Saisonkräfte; zwei weitere für jeweils 3 bis 4 Wochen. Die Saisonkräfte machten das Mähdrescherfahren und Schlepperarbeiten. Es sind alles junge Leute zwischen 20 und 30 Jahren, die aus verschiedenen Gründen in kurzer Zeit viel Geld verdienen wollen und deshalb Unmengen an Überstunden machen. Das mag für sie notwendig sein, erschwert es den Landarbeitern aber, während der Ernte akzeptable Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Von den Saisonkräften ist einer Student, der in den Semesterferien sein BAföG aufbessert; einer bewirtschaftet mit seinem Bruder zusammen einen Hof; da sie vor allem Grünland haben, nutzt er die Ernte, um zuzuverdienen; einer ist Lehrling bei einer Landhandelsfirma und einer arbeitet beim Bund, die beiden nutzen ihren Urlaub, um Geld zu verdienen.

Der Landarbeiter hat eine tägliche Arbeitszeit von 7 bis 18.00 Uhr abzüglich eine halbe Stunde fürs Frühstück, 1,5 Stunden Mittagsstunde und eine Viertelstunde für Nachmittagskaffee. Samstags arbeitet er bis Mittag und füttert abends die Schweine (ca. 30 Minuten), sonntags füttert er meistens auch die Schweine. Ein Wochenende im Monat hat er ganz frei. Er ist auf dem Hof in Kost und Logis und bekommt zusätzlich 600 DM im Monat ausgezahlt. Die beiden Praktikanten arbeiten wie der Landarbeiter, ab Samstagmittag haben sie aber frei. Sie bekommen zusätzlich zu Kost und Logis 250 DM ausbezahlt. Der Meister hat 5-Tage-Woche mit täglich 8,5 Stunden und verdient brutto 1920 DM, das sind netto 1350 DM. Während der Monate August/September sind sämtliche Abmachungen über die Arbeitszeit, ja sogar Tag und Nacht so gut wie außer Kraft gesetzt. Im August sind die Hauptarbeiten Mähdreschen, Korn abfahren, die abgedroschenen Felder fräsen und Gülle ausfahren. Da es zwischendurch immer wieder regnete, wurde solange gearbeitet, bis man

nicht mehr konnte oder bis eine Ablösung frei war. Dann konnte man ein paar Stunden schlafen und anschließend ging's weiter. Ein Mähdrescherfahrer hat z.B. am Anfang einmal 34 Stunden durchgedroschen, später schaffte er das aber auch nicht mehr. Zuletzt freuten sich alle, wenn es mal regnete, weil man sich da ausruhen konnte. Das sah dann z.B. so aus: Sonntag, 24. August Regen, also frei. Montag 16,5 Stunden, Dienstag 8,5 Stunden, Mittwoch 16,5 Stunden, Donnerstag 13 Stunden, Freitag 18 Stunden, Samstag 5 Stunden – zum Glück Samstag Mittag Regen, d.h. Sonntag ausschlafen. Während der Arbeitszeit gibt es keine geregelten Pausen. Die Mahlzeiten werden auf den Maschinen oder auf dem Feld eingenommen. Die Mähdrescher und ein Teil der Trecker sind mit Funk ausgerüstet, so daß der Chef vom Haus oder von seinem Auto aus immer genauen Überblick hat und den Einsatz von jeder Maschine selbst dirigieren kann.

Etwa Ende August war die Ernte fertig, im September wurde hauptsächlich gepflügt, das gepflügte Land bearbeitet und dann eingesät. Da jetzt im wesentlichen nur noch drei bis vier Trecker bedient werden mußten, wurde auf Schichtdienst umgestellt. Eine Schicht dauert 12 Stunden, jeweils von 8.00 bis 20.00 Uhr und von 20.00 bis 8.00 Uhr. Dafür fielen aber die freien Tage wegen Regen praktisch ganz weg, da diese Arbeiten auch noch auf relativ nassem Boden gemacht wurden.

Unter den Kollegen wurde öfter darüber gesprochen, ob diese Bedingungen während der Ernte aufgrund der natürlichen Bedingungen und der Betriebsstruktur so sein müssen oder ob es auch anders geht. Es muß nicht so sein. Die Monokultur im Weizenanbau, die 90% der Feldarbeit auf zwei Monate zusammendrängt, die Abhängigkeit vom Wetter dadurch erhöht und auch noch dem Boden schadet, das Zusammenpachten von Land in Entfernungen bis zu 20 km, das geregelte Arbeitszeiten und Mahlzeiten unmöglich macht, all das entspringt dem Profitinteresse der Großbauern und Agrarkapitalisten und wird auf dem Rücken der Landarbeiter ausgetragen. Aber selbst unter diesen Bedingungen sind Verbesserungen nicht unmöglich. Geregelte Pausen und besseren Lärm- und Staubschutz kann man oft durchsetzen, wenn man sich nur einig ist. Dadurch, daß mehr Arbeitskräfte eingestellt werden, kann eine regelmäßige und kürzere Arbeitszeit erreicht werden. Jede Verbesserung der tariflichen Bestimmungen hilft da schon ein gutes Stück weiter. Vor allem müssen sich die Landarbeiter aber auch für die Durchsetzung dieser Bestimmungen zusammentun.

Lehrerreferendare Neue Angriffe der Schulbehörde

Hamburg. Zum 1.9.81 soll in Hamburg das eineinhalbjährige Referendariat auf zwei Jahre ausgedehnt werden. Die Schulbehörde will die Ausdehnung kostenneutral einführen, so daß weniger Referendare eine Ausbildung machen können. Weiter ist die Einführung eines dritten Faches und die Einführung des Stufenlehrers geplant. Im Juli 80 hatten die Referendare durchgesetzt, daß eine Verordnung zur Verschärfung des Vorbereitungsdienstes von der Schulbehörde zurückgenommen werden mußte. Diesmal sollen die Änderungen die Ausbildung insgesamt betreffen, und deshalb will der Senat die Änderungen in der Lehreraufbahnordnung festlegen. Mit der Einführung des Stufenlehrers ist auch wieder der Vorschlag einer Arbeitsgruppe der Kultusministerkonferenz „Bildungssystem und Dienstrecht“ auf dem Tisch, das Eingangsamt für den höheren Dienst (Gymnasiallehrer, in Hamburg auch Volks- und Realschullehrer) von A 13 auf A 14 herunterzu-



Aktion Gläserne Schule im Oktober 1979 in Hamburg. Kantinen, Schreibmaschinen, Büromaterial sind in Schulen nicht vorgesehen.

stufen. Jetzt sollen Besoldungskürzungen erst einmal anders durchgeführt werden. Die Schulbehörde hat die neu eingestellten Referendare auf mögliche Kürzungen der Anwärterbezüge hingewiesen. Die Anwärterbezüge sollen um 15% gekürzt werden, wenn der Referendar z.B. die vorgeschriebene Laufbahnprüfung oder eine Zwischenprüfung nicht bestanden hat. Um 30% sollen sie gekürzt werden, wenn der Referendar wegen eines Täuschungsversuches oder eines Ordnungsverstoßes von der Laufbahnprüfung ausgeschlossen ist.

Der Referendarausschuß hat beschlossen, unter einem Protestbrief Unterschriften zu sammeln.

Bundesweit Warnstreiks der Beschäftigten beim Post- und Fernmeldewesen

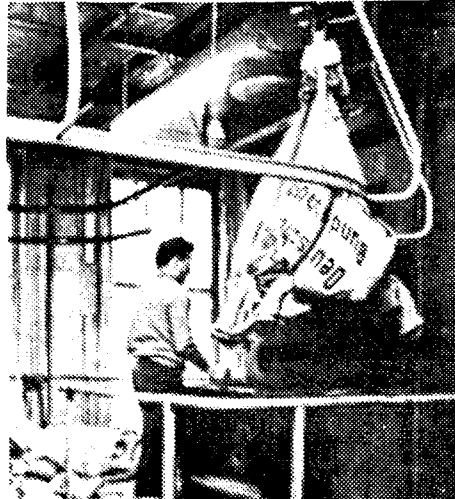
Am 23./24. Oktober waren weitere Verhandlungen zwischen der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) und dem Bundespostministerium (BPM) über den Tarifvertrag zur Schichtarbeit bei den Beschäftigten der Post.

Die Delegierten des Deutschen Postgewerkschaftstages, der am 12. Oktober in Berlin begonnen hatte, bekräftigten nochmal einstimmig den Forderungskatalog der DPG zur Schichtarbeit. Breit, der Vorsitzende der DPG, erklärte, daß nur auf Grundlage dieses Forderungskatalogs mit Gscheidle verhandelt werde, und wenn der Postminister kein verhandlungsfähiges Angebot vorlege, die Warnstreiks zu zentralen Aktionen zusammengefaßt werden. „Eine Friedenspflicht besteht nicht mehr, der Tarifvertrag ist gekündigt“, so Breit, „wenn Ende Oktober wieder kein ausreichendes Angebot auf dem Tisch liegt, dann muß sich die

beit in den Vordergrund zu stellen. Ergebnis dieser Bemühungen war ein Schreiben des DGB an den Bundesminister des Innern.“ (aus: Gewerkschaftliche Praxis, Nr. 2, DPG)

1975 hatte die DPG begonnen, eigene Untersuchungen zum Problem der Schichtarbeit durchzuführen. Das Bundespostministerium hatte gleiche Untersuchungen 1977 angefertigt – und kam zu dem Ergebnis, daß nur 31,8% der vollbeschäftigten Lohnabhängigen bei der Post in Schicht arbeiten. Die DPG errechnete eine Zahl von 43%, also über 200 000 Lohnabhängige. Der Schichtdienstgrad bei der Post verteilt sich wie folgt:

Paketumschlag 81,7%, Telegrammdienst 82,5%, Fernsprechauskunft 84,6%, Straßenpostdienst 87,8%, Postaustausch 94,1%, Beutelumschlag 98,6% und Bahnpostdienst 99,5%.



Die Warnstreiks der Postbeschäftigten im ganzen Bundesgebiet und in Westberlin werden fortgesetzt, wenn der Dienstherr kein Angebot entsprechend den Forderungen vorlegt. Bild links: 9. Bundespersonalrätekonferenz 1979. Bild rechts: Beutelumschlagsstelle mit 98,6% Schichtdienstanteil.

Verwaltung warm anziehen, der nächste Winter kommt bestimmt.“

Seit März 1979 führt die DPG mit dem Postministerium Verhandlungen. Anfang des Jahres wurden die Verhandlungen von seiten der DPG für gescheitert erklärt, weil das Ministerium die Anrechnung von 110% auf die Arbeitszeit von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr als einziges Angebot vorlegte. Das Finanzministerium sowie das Innenministerium müssen jeweils einem Tarifabschluß zwischen DPG und BPM zustimmen. „Parallel zu den Aktivitäten gegenüber dem BPM bemühte sich die DPG im Bereich des DGB, die Diskussion über die Probleme der Schichtar-

Ende 1979 wurden im Bundestag weitere Untersuchungen veröffentlicht. Demnach wurden vor Erreichen der Altersgrenze wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt: im einfachen Dienst 56,9%, im mittleren Dienst 53,4%, im gehobenen Dienst 32,7% und im höheren Dienst 2,7%. Sämtliche Vertreter der bürgerlichen Parteien einschließlich des Bundeskanzlers, die auf dem Gewerkschaftstag sprachen, anerkannten zwar die „Probleme“ der Schichtarbeit, zeigten sich aber keineswegs verhandlungsbereit. Gscheidle: „Die Forderung ist nicht finanzierbar.“ Der Postverwaltungsrat drohte mit Teilprivatisierung

und dem Beamtenrecht. Einig waren sich die Dienstherrn mit ihrer Befürchtung, die Aktionen und Forderungen könnten auf weitere Teile des öffentlichen Dienstes übergreifen. Forderungskataloge liegen auch entsprechend von der ÖTV und der Eisenbahnergewerkschaft vor. Die ÖTV hat bereits geäußert, die Arbeitszeit und Schichtarbeit mit in den Forderungskatalog zum Lohnkampf aufzunehmen.

Verschiedene DGB-Geschäftsstellen haben den Streikenden sofort ihre Solidarität und Unterstützung zugesichert. Der DGB-Vorsitzende in Heidelberg sagte: „Bei einem Erfolg der Postgewerkschaft besteht die Hoffnung, daß die Verbesserungen langfristig auch in den anderen Bereichen mit Schichtarbeit durchgesetzt werden können.“

Im folgenden Auszüge aus dem Forderungsprogramm der Deutschen Postgewerkschaft:

- Mehrfachanrechnung der Arbeitszeit.
- Anerkennung der Zeit von 20.00 h bis 6.00 h als Nachtarbeit.
- Vorbeugende arbeitsmedizinische Betreuung und Ausbau betrieblicher Sozialleistungen.

Andere Forderungen zur Schichtarbeit:

- Für Beschäftigte, die an Wochenenden, Feiertagen, während der Nacht sowie im Wechseldienst tätig sind, ist die Arbeitszeit anderthalbfach anzurechnen.
- Für die im Schichtdienst Beschäftigten ist Zusatzurlaub zu gewähren.
- Für die im Schichtdienst Beschäftigten sind Pausen und Arbeitsunterbrechungen auf die Arbeitszeit anzurechnen.
- Es ist eine Begrenzung der Arbeit im Schichtdienst durch Festlegung von Lebensaltersgrenzen bzw. Arbeitsjahren anzustreben, ebenso ist eine Begrenzung der eigentlichen Schichtzeit festzulegen.
- Einführung von Pausen und Anrechnung von Pausen auf die Arbeitszeit.

Am 22.10. hat Siegfried Merten in Bonn für die ÖTV erklärt, die ÖTV fordere für die rund 500 000 Schichtarbeiter in den verschiedenen öffentlichen Dienstbereichen eine Herabsetzung der Altersgrenze und zwölf Tage mehr Urlaub im Jahr. Die ÖTV verlange Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden, das Verbot ausschließlicher Nachtarbeit sowie eine Einkommenssicherung bei Leistungsminderung.

NPD-Parteitag

DGB Bayern organisiert große Demonstration

Augsburg. Am 22./23. November plant die NPD, ihren Bundesparteitag in der Kongreßhalle abzuhalten. Letztes Jahr bereits hatte die NPD überraschend ihren Landesparteitag dort abgehalten. Wegen der Überrumpelungstaktik der Bourgeoisie blieben der Gegenbewegung damals nur zweieinhalb Wochen Zeit. Außerdem machte der DGB den Fehler, nicht von vornherein konsequent auf eine Demonstration zur Kongreßhalle zu mobilisieren, sondern erst das Verwaltungsgerichtsverfahren abzuwarten. Das Verwaltungsgericht hob die Kündigung der Kongreßhalle durch die Stadt wieder auf. Nach diesem Urteil und diesem Tempoverlust drohte dem DGB ein Verbot seiner Gegendemonstration. Die SPD, die ebenfalls eine Demonstration vor der Kongreßhalle angemeldet hatte, kassierte vom Ordnungsamt sang- und klanglos ein Verbot mit der Begründung: „Letztlich ist ein wirkungsvoller polizeilicher Schutz des NPD-Landesparteitags nur möglich, wenn die Flächen vor der Kongreßhalle von Gegendemonstranten freigehalten werden ...“. Der DGB blies daraufhin in letzter Minute alles ab und führte eine spärlich besuchte Kranzniederlegung am Westfriedhof durch.

Heuer leitete der DGB-Kreisvorstand schon vor dem 1. Mai über die Vertrauensleute der Einzelgewerkschaften eine Unterschriftensammlung in den Betrieben gegen den NPD-Parteitag ein. Im April beschloß der SPD-Unterbezirksparteitag, die Unterschriftensammlung des DGB zu unterstützen. Der 1. Mai wurde von den Gewerkschaften genutzt, die Front gegen den Parteitag der NPD aufzubauen. Im Juni forderte die bayerische Bezirksdelegiertenkonferenz der IGM namens ihrer 351000 Mitglieder den DGB-Landesbezirk auf, den NPD-Bundesparteitag zu verhindern und dazu eine großangelegte Gegendemonstration zu organisieren. Im Juli gab Jakob Deffner vom DGB-Landesvorstand bekannt, daß für den Fall, daß es nicht zu einem Verbot komme, eine große Demonstration und Kundgebung am 22. November in Augsburg geplant sei. Die Sporthalle (nahe bei der Kongreßhalle) sei bereits angemietet, er rechne mit 10000 Teilnehmern aus ganz Bayern: „Möglich ist, daß sich Teile der Demonstrationsversammlung in Richtung NPD-Parteitag in Bewegung setzen, um dort ihren Unmut zum Ausdruck zu bringen.“ Im September befürchtet die „Augsburger



1. Mai 1980 in Augsburg. 2500 demonstrieren gegen den geplanten NPD-Bundesparteitag.

Allgemeine“ „Polit-Krawalle“ und läßt den stellvertretenden Leiter der Polizeidirektion Adolf Janosch zu Wort kommen: „Es ist noch ein bißchen zu früh, dazu etwas zu sagen. Wir beobachten die Szene natürlich ständig.“ Im übrigen könne man getrost davon ausgehen, „daß wir die Lage im November im Griff haben werden“, so der Polizeioberrat.

Inzwischen hat der DGB Bayern die ausdrückliche Unterstützung der Gewerkschaftstage von HBV und IG Druck und Papier für seine Aktionen gegen den NPD-Parteitag. Der Augsburger OB Breuer (SPD) sagte in einem Grußwort an den Gewerkschaftstag der IG Druck: „Meine Damen und Herren, die rechtlichen Möglichkeiten hat die Stadt ausgeschöpft. Jetzt gilt es, die politischen Maßnahmen zu ergreifen, und dazu sind alle recht herzlich eingeladen, denen es wirklich ernst ist im Kampf gegen den Rechtsradikalismus.“

Der DGB mobilisiert jetzt in ganz Bayern. Von München und Nürnberg werden Sonderzüge organisiert, von den kleineren Orten Busse. Am 17.10. sagte Deffner auf einer Pressekonferenz: Es sei nicht ausgeschlossen, daß die öffentliche Sicherheit durch die erwartete große Anzahl von Demonstranten und mögliche Provokationen seitens der NPD-Delegierten nicht mehr gewährleistet werden könne. Sollten die Sicherheitsorgane zu dieser Ansicht gelangen, könnte der Parteitag verboten werden. – Man weiß aber vom letzten Jahr, was die „Sicherheitsorgane“ alles unter „Sicherheit“ verstehen können.

In Augsburg beginnt jetzt ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm des DGB über die Geschichte des Faschismus und neofaschistische Aktivitäten. Nützlich wird es dabei sein zu

klären, warum sich die westdeutsche Finanzbourgeoisie die NPD warmhält. Das Programm der NPD spiegelt nicht nur den „Ungeist des Faschismus“ wider, sondern nennt offen die heutigen Ziele des westdeutschen Imperialismus: Eroberung der DDR und Polens, Hegemonie in Europa, um bei Kampf der Imperialisten um die Weltherrschaft eine möglichst starke Ausgangsposition zu haben.

Türkische Arbeiter

Aktionen der ATIF gegen Junta, Türkeihilfe

Seit dem 13.10.80 befinden sich in Köln, Stuttgart, Wiesbaden, Augsburg und Westberlin türkische Antifaschisten in einem Hungerstreik, zu dem ATIF und TÖK-YD (Zusammenschlüsse fortschrittlicher und revolu-



tionärer türkischer Arbeiter und Studenten im Ausland) aufgerufen haben. Er ist gerichtet gegen die türkische Militärjunta und die „Türkeihilfe“ des BRD-Imperialismus. Gefordert wird

vor allem auch die sofortige Freilassung inhaftierter türkischer Antifaschisten aus westdeutschen Gefängnissen. In mehreren bayerischen Gefängnissen und der JVA Wiesbaden beteiligten sich die Inhaftierten am Hungerstreik. Mit der Kriminalisierung der fortschrittlichen und revolutionären türkischen Kollegen wird das Verbot ihrer Organisationen vorbereitet. Die Parallelen zum Vorgehen des Staatsapparats im Vorfeld des Verbots von GUPS und GUPA und des geplanten Verbots der CISNU sind unverkennbar. Anlaß für die Inhaftierungen waren jeweils Auseinandersetzungen mit türkischen Faschisten, wie z.B. in Augsburg am 17.6.80. In Balingen waren im Januar elf Antifaschisten nach einer Provokation der „Grauen Wölfe“ verhaftet worden. Sie mußten inzwischen freigelassen werden. Derzeit läuft der Prozeß u.a. wegen Landfriedensbruch. In Wiesbaden wird seit Februar der Arbeiter Y. Duran wegen „Mordversuchs“ an einem Faschisten gefangen gehalten, obwohl zehn Zeugen bestätigt haben, daß er gar nicht am Tatort war. Gegen den ATIF-Vorsitzenden O. Uladag hat die Ausländerbehörde in Darmstadt ein Verbot jeglicher politischen Betätigung verhängt. Die türkischen Genossen haben ihre Forderungen in weiteren Aktionen erhoben. Am 18.10. fand in Rüsselsheim eine Demonstration statt, in Frankfurt eine Veranstaltung mit 250 türkischen und deutschen Kollegen und am 25.10. eine Demonstration in Augsburg.

Baden-Württemberg Landesregierung gegen Sinti-Forderungen

Stuttgart. Im Juli hatten die Sinti die Benutzung des Stuttgarter Wasens für einen kurzfristigen Aufenthalt erzwingen müssen. Der Verkehrsdirektor der Stadtverwaltung hatte mit einem Hetzartikel gegen die Sinti reagiert. Ebenfalls im Juli hat die FPD im Landtag eine Anfrage an die Regierung gerichtet, in die eine Reihe von Forderungen der Sinti Eingang gefunden hatten. Die Antwort der Landesregierung zwei Monate später – sinnigerweise vom obersten Polizeichef des Landes, dem Innenminister – sucht ihresgleichen an Ausflüchten, Verdrehungen und Verhöhnung der Forderungen der Sinti selber.

Von Landfahrerverboten auf kommunalen Campingplätzen, heißt es da zum Beispiel, sei der Regierung nichts bekannt. Dabei war in einem Erlaß der Landesregierung bis Ende Juni 1980 in einer Musterzeltplatzordnung den Sinti

der Zutritt verboten. Besondere schulische Maßnahmen, die die Lage der Sinti berücksichtigen, weist Herzog zurück, ebenso wie erleichterte Einbürgerung und Wiederaufnahme der Wiedergutmachungszahlungen an Sinti. Für eine Entscheidung über die Einrichtung kommunaler Zentren der Sinti zur Pflege der eigenen Kultur und Tradition reiche der Regierung das vorliegende Material nicht. Anträge der Sinti auf Landeszuschüsse für die Einrichtung eigener Beratungsstellen in Freiburg und Mannheim seien gestellt, aber nicht entschieden.



Protestaktion der Sinti gegen die Stuttgarter Stadtverwaltung für die Benutzung des Cannstatter Wasengeländes.

Bei der Ausrottungspolitik der Nazis gegenüber den Sinti differenziert Herzog sehr feinsinnig: 1933 bis 1938 „angeblich kriminalpolitische Erwägungen“, „erstmal 1938 ... klangen ausdrücklich auch rassische Erwägungen an“, 1940 „Umsiedlung“, erst 1943 „Maßnahmen eindeutig rassischen Charakters“. Das ist nicht nur glatt gelogen („Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ 1933, „Blutschutzgesetz“ 1935, Ausweisung bzw. Zwangsseßhaftmachung 1936, „Asozialenaktion“ 1937), es ist eine freche Verhöhnung der Sinti, von denen neun Zehntel im KZ Auschwitz umgebracht worden sind.

Ebensowenig wie schon sein bayerischer Kollege Tandler im März beim Hungerstreik der Sinti im ehemaligen KZ Dachau will sich Herzog von der Behördenwillkür gegen die Sinti distanzieren, nicht einmal von allen Unterdrückungsmaßnahmen der Nazis. Der Spielraum für weitere polizeiliche Unterdrückung und Behördenschikane und damit Spaltung der Volksmassen soll offengehalten werden. – Bleibt noch zu vermelden, daß die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen den Stuttgarter Verkehrsdirektor aufgrund der Anzeige der Sinti wegen Volksverhetzung und Beleidigung vor einigen Tagen eingestellt hat.

Niedersachsen Land beschleunigt Energieprogramm

Hannover. „Notwendige Entscheidungen nicht vertagen!“ so die Überschrift eines kürzlich von Ministerpräsident Albrecht verfaßten Aufsatzes zur Energiepolitik. Scharf hat Albrecht in den letzten Wochen die Bundesregierung angegriffen, sie habe versagt, da immer noch 51% des Energiebedarfs in der Bundesrepublik durch Öl gedeckt werden. Nach der Planung der Bundesregierung von 1974 sollte heute die Kapazität der Kernkraftwerke 20000 Megawatt betragen. Tatsächlich sind es nach Aussage der CDU 9000.

Ausgelöst durch eine Große Anfrage der CDU hat am 24.9. im niedersächsischen Landtag eine Debatte zur Energiepolitik stattgefunden. Erfreut stellt die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ fest, daß CDU und SPD so weit nicht voneinander entfernt sind. Die SPD will das Schwergewicht auf die Kohle legen. Soweit ist die CDU nicht dagegen. Schon seit Monaten tönt Wirtschaftsministerin Breuel, die Bundesregierung müsse die Importkontingente für die Kohle anheben. Was sie inzwischen gemacht hat. Aber zu wenig, meint Albrecht. Schließlich ist Importkohle billiger und bietet für Niedersachsen als Küstenland Standortvorteile. Kohleverflüssigung und -vergasung ist der eine Schwerpunkt. Der andere: die wiederholte und lautstarke Aufforderung an die Elektrizitätsversorgungsunternehmen, sich um die Genehmigung von Kernkraftwerken zu bewerben. Denn ein oder zwei neue müssen auf jeden Fall noch sein und schnell, denn schließlich hat sich die Bauzeit in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Neun Standorte für Großkraftwerke hat die Landesregierung in ihrer Antwort als „raumordnerische Angebotsplanung“ veröffentlicht. Der Industrie verspricht Albrecht Strompreissenkungen durch Kernenergie, während er sich über die Energieeinsparung der Haushalte nicht soviel Gedanken macht. Das sei Sache des Marktes. Steigende Preise würden den Konsum drosseln.

Vor kurzem noch dagegen, meinte die SPD in der Landtagsdebatte, einer kleinen Wiederaufbereitungsanlage und einem Kraftwerk Lingen würde sie schon zustimmen. – Für Lingen ist das Verfahren nach dem Energiewirtschaftsgesetz bereits abgeschlossen. Jetzt steht das atomrechtliche Anhörungsverfahren an. Seit 1975 ist kein Kernkraftwerk mehr beantragt worden. Lingen wäre das erste.

„Aber Unfähige gehören nicht an die Universität“ Land Baden-Württemberg gegen „Anspruchsdenken“



Die baden-württembergische Landesregierung hat die Zahl der Studienanfänger an den Pädagogischen Hochschulen dieses Semester um 500 auf 2500 weiter gesenkt. Zwei Pädagogische Hochschulen sollen 1984 geschlossen werden. Demonstration von 2000 PH-Studenten am 21.6.1980 in Stuttgart für den Erhalt aller Lehramtsstudienplätze, gegen die PH-Schließungen.



Erste Semesterwoche, Freitag 16.30 Uhr. Fast alle Arbeitsplätze sind noch belegt. Manche Bibliotheken an der Universität Heidelberg sind bis 21 oder 23 Uhr in der Nacht und das ganze Wochenende geöffnet.



„Notunterkunft“ in Freiburg: 7-Tage-Matratzenlager für 14 DM

Rund eine Million Studenten gibt es seit diesem Wintersemester an den Hochschulen der BRD und Westberlins, knapp 150000 davon in Baden-Württemberg. Die Bedingungen, unter denen ein Jugendlicher heute ein Studium beginnt, haben durchaus dramatische Züge. Zehntausende haben nicht einmal ein Quartier, die „Förderung“ der Studenten nach BAFÖG hat einen neuerlichen Tiefstand erreicht. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat sich hingegen vor Semesterbeginn mit den „Hochschulen der 90er Jahre“ befaßt.

Was von den Hochschulleitungen mit viel Geräusch als Linderung sozialer Not angepriesen wird, ist am ehesten mit dem Verfahren zur Unterbringung einer schlachtreifen Viehherde vergleichbar. Nachdem seit 1975 in Baden-Württemberg keine neuen Studentenwohnungen aus Staatsmitteln geschaffen worden sind, hat die Landesregierung ein 30 Mio. DM-Programm für den Wohnheimbau angekündigt. Dessen Durchführung hängt freilich noch davon ab, ob die Bundesregierung auch entsprechende Mittel bereitstellt. Die angekündigte Versorgungsquote von 15% wird auch dadurch nicht erreicht, die noch 1972 versprochenen 30% sind längst revidiert. Die Erhöhung des Härtezuschlags beim Wohngeldzuschuß nach dem BAFÖG ist kaum der Rede wert gegenüber der Steigerung der Mietpreise für Studenten bei Unterbringung in eigener Wohnung von 21% von 1976 bis 1979. Hingegen ist es für den baden-württembergischen Hochschulminister klar, daß Studenten nicht Reproduktionsbedingungen verlangen dürfen, die nur in der Nähe des gesellschaftlichen Durchschnitts liegen, sofern sie nicht vermögend sind: „Engler rief die Studenten auf, ihre Ansprüche der Realität anzupassen. Nicht jeder zweite Student könne eine eigene Wohnung haben, nicht jeder dritte Student könne in einer Wohngemeinschaft leben. In diesen Wünschen käme ein Anspruchsdenken zum Ausdruck, das mit den finanziellen Mitteln des Staates nicht mehr in Einklang zu bringen sei.“ (Staatsanzeiger) Englers Staatssekretär erklärte darüberhinaus, „das Land wird Hausbesetzungen durch Studenten nicht länger hinnehmen“. (Mannheimer Morgen)

Auch die vollständige Unterdrückung der Vertretungsrechte der Studenten soll beibehalten werden.

„Auch künftig sollen die Studenten nur in dem für sie eingerichteten Senatsausschuß mitwirken, der unter Aufsicht des Senats von diesem übertragene Aufgaben wahrnimmt“, gab Engler zu Semesterbeginn bekannt. Im Sommersemester hatte er ausgelotet, ob mit seinem Versprechen einer „Erweiterung des Handlungsspielraums der Studenten“ im Rücken bei den Hochschulwahlen die politische Basis der Reaktionen gefestigt werden könnte. Nachdem die RCDS-Studentengruppen aber die Wahl verloren haben, geht das Hochschulministerium daran, rigoros die Versuche, über die Senatsasten Forderungen zu erheben, zu unterdrücken. In Freiburg wird die Post des Senatsausschusses durch den Rektor zensiert, an verschiedenen Hochschulen wurden Veröffentlichungen untersagt.

Öffnung der Hochschulen, Chancengleichheit, Reform des Bildungswesens waren die politischen Losungen, unter denen die Finanzbourgeoisie Milliardensummen als Steuergelder den Lohnabhängigen abgepreßt hat. Da diese Gelder nun u.a. in den Hochschulapparat investiert sind und zumal die planmäßige Überfüllung des Akademikerarbeitsmarktes offenkundig geworden ist, beginnt die Reaktion den Spieß umzudrehen: „Unfähige gehören nicht an die Universität“, kommentierte die Frankfurter Allgemeine Zeitung zu Semesterbeginn. Unter der Losung, „der Forschung an den Universitäten wieder den ihr gebührenden Platz einräumen und ihre Leistungsfähigkeit stärken“, werden die Gelder gezielt zugunsten der Kapitalisten umgeschichtet durch „Förderung der Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft (Technologietransfer) ... und der Spitzenforschung ...“

(Engler) sowie des Kapitalexports: „Die Ausbildung von Wissenschaftlern und Praktikern, die für die Entwicklungshilfe geeignet sind, wird mit Nachdruck gefördert, ebenso die Ausbildung von Exportfachleuten.“ (Regierungserklärung von Ministerpräsident Späth)

Gleichzeitig wird ein höherer Anteil der Ausbildung an Fachhochschulen, die billiger sind, verlegt oder an Berufsakademien, wo Abiturienten im „dualen System“, d.h. in einem direkten Ausbildungsverhältnis bei einem Kapitalisten ausgebildet werden. Zwei Pädagogische Hochschulen in Lörrach und in Eßlingen sollen geschlossen werden, ein Teil der freiwerdenden Kapazitäten wird für Fachhochschulen und Berufsakademien zur Verfügung gestellt. Für deren Absolventen ist der Arbeitsmarkt teils noch nicht so überfüllt, teils sind die Gehälter dort traditionell niedriger.

Insofern es gelungen ist, die Bildungsreform durchzuführen und Arbeitskräfte in großem Umfang an die Hochschulen zu ziehen, ohne ihnen wesentliche Rechte oder Bezahlung zuzugestehen, geht die Reaktion nun dazu über, ihre Bildungsziele klarer herauszustellen. „Die Universitäten haben auch weiterhin Führungskräfte herauszubilden“, betont Engler, und man brauche nun ein neues Verständnis von Eliten, „wo sachliche Kompetenz, Verantwortungsbereitschaft, Entscheidungsfreude und Fähigkeit zur Menschenführung zentrale Begriffe sind“. Wer hingegen „nur“ eine Fachkraft werden will, hat an Universitäten nichts verloren oder sich doch zumindest alles bieten zu lassen. „Vielfach beobachteten die Hochschullehrer bei den Studienanfängern einen Mangel an



Das Rektorat der Universität Freiburg hat im Oktober einen Brief des AStA unter Hinweis auf das Verbot des politischen Mandats geöffnet.

Konzentrationsfähigkeit und fehlende Schulung des Gedächtnisses. Der Minister empfahl den Schülern der gymnasialen Oberstufe, bei der Entscheidung über die Aufnahme eines Studiums sich ernstlich zu prüfen und darüber beraten zu lassen, „ob sie den strengen Anforderungen wissenschaftlichen Arbeitens gewachsen“ seien, so Minister Engler zum Schuljahresende. Mit dem „Angebot“ alternativer Ausbildungsmöglichkeiten im Rücken sind die Professoren darauf vorbereitet, die Prüfungsordnungen, die in den letzten Jahren geschaffen sind, so anzuwenden, daß bei dem, der diese Prüfung selbst nicht vornimmt, sie eben vorgenommen wird.

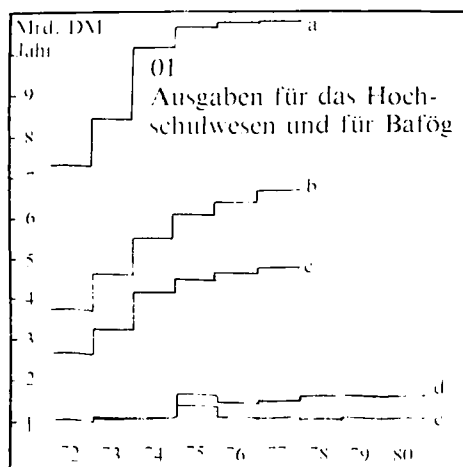
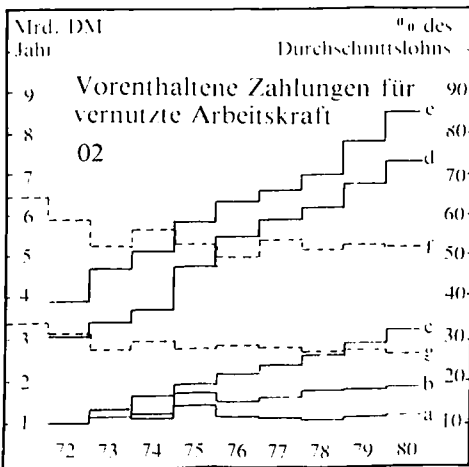
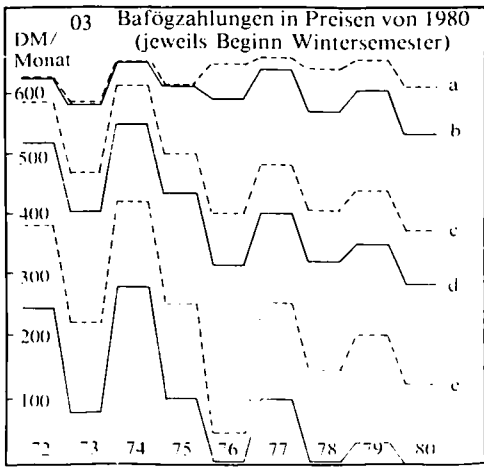


Schaubild 01: Ausgaben für Lehre und Forschung an Hochschulen (a), darunter Personalausgaben (b) und Ausgaben für Professoren (Raster c); Ausbildungsförderungszuschuß (e) und Darlehen (Raster d). Schaubild 02: Linker Maßstab: Gesamtausgaben für Ausbildungsförderungszuschuß



(a) und Darlehen (Raster b), Untergrenze bei Anbindung der Freibeträge an Durchschnittslohn (c), für Lebensunterhalt aller Studenten nach „Bedarf“ (d) und nach den Ausgaben (e). Rechter Maßstab: Elternfreibetrag (f) und Bafög-Höchstsat (g) in % des Durchschnittslohns. Schaubild 03: Ein



Student sowie ein Kind unter 15, ein Elternteil arbeitet zu 100% (a), zu 110% (b), beide Elternteile arbeiten zu 100% und 80% (e), zu 120% und 80% (f); nur ein Kind, ein Elternteil arbeitet zu 110% (c) und 120% (d) jeweils vom Durchschnittslohn.

Änderungen BAFöG in den Jahren 1979/80

Durch das 6. BAFöG-Änderungsgesetz wurde die meisten Freibeträge sowie der Höchstsatz geringfügig angehoben:

Betrag	9/79	10/79	10/80
(1)	580	620	620
(2)	1130	1220	1270
(3)	70	80	80
(4)	280	300	310
(5)	370	390	400
(6)	760	830	870
(7)	240	240	250
(8)	7400	8300	8800

(1) Höchstsatz; (2) Elternfreibetrag; (3) Freibetrag für Kind, das BAFöG bezieht; (4) für Kind unter 15; (5) für Kind über 15; (6) Elternfreibetrag für Ledige; (7) Freibetrag vom Einkommen des Studenten; (8) Versicherungspauschale.

Die Altersgrenze für BAFöG-Zahlungen wurde von 35 auf 30 Jahre gesenkt, außer bei zweitem Bildungsweg.

Die Aufrechnung von BAFöG-Leistungen eines laufenden Monats gegen Ansprüche auf Rückzahlung von zu Unrecht geleisteten Zahlungen ist neuerdings zu 100% möglich. Früher war dies nur bis zu 20% des Höchstsatzes möglich.

Die Möglichkeit, Leistungsnachweise für die Weiterförderung zu verlangen (Formblatt 9), wurde ausgeweitet. Früher nur während der ersten vier Semester möglich. Jetzt während des gesamten Studiums.

Neue Verwaltungsvorschrift: „Über die Förderungshöchstdauer hinaus wird Ausbildungsförderung nicht geleistet, wenn nach Aktenlage feststeht, daß der Auszubildende die Ausbildung nicht innerhalb der verlängerten Förderzeit berufsqualifizierend abschließen kann.“

Die Zuschüsse für Mieten nach der Härtefallverordnung wurden seit dem 1.10.80 erhöht. Von jeder Miete über 160 DM werden 75% des 160 DM übersteigenden Betrages bezahlt, maximal aber 60 DM

BAFöG-Streichungen zunächst abgewendet

Holzminden. Bereits nach dem 2. Studiensemester strich das Studentenwerk Braunschweig im September 47 Studenten der Fachhochschule Hildesheim/Holzminden das Geld. Der § 48 BAFöG wurde unter dem Hinweis angewandt, daß in der Prüfungsordnung der Zeitpunkt der Vordiplomprüfung am Ende des 2. Semesters sei, und wer sie da nicht bestehe, habe keinen weiteren An-

spruch auf Förderung. Bisher wurde der § 48 erst mit Ende des 4. Semesters angewandt. Auf Proteste der betroffenen Studenten wurde die Prüfungsordnung geändert, so daß jetzt weitergezahlt wird. Laut Erlass soll nunmehr generell die bestandene Prüfung als Leistungsnachweis gelten, so das Studentenwerk auf Anfrage.

Tarifvertrag im Praxissemester

Nachdem die Praxissemester (PS) in Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg eingeführt worden sind, sollen sie jetzt auch bis 1982/83 in Niedersachsen für Fachhochschulen (FH) eingeführt werden. PS bedeuten (in der Regel 2 im Studium), daß die Studenten ein halbes Jahr im Betrieb ausgebildet werden sollen. Die Kapitalistenverbände begrüßen die Einführung solcher PS, in denen die Studenten ohne arbeitsvertragliche Rechte und ohne Vergütungsanspruch im Betrieb arbeiten müssen. Weder Bundes- bzw. Landesregierungen noch die Studienreformkommission sehen solche Regelungen vor.

Der DGB-Landesbezirk und die FH-ASten Niedersachsens haben im Frühjahr bereits Mindestforderungen aufgestellt. Dort heißt es: „... es muß der Nachweis über eine genügende Zahl qualifizierter und in zumutbarer Nähe zum Hochschulort sich befindender Praktikantenstellen geführt werden ... Der rechtliche Status der Praktikanten als Arbeitnehmer mit allen Vertragsrechten muß geklärt sein. Dabei sind auch über tarifvertragliche Regelungen ausreichende Entlohnungsbedingungen zu schaffen ... Die Einhaltung dieser Ausbildungsrichtlinien unterliegt auch der Kontrolle der betrieblichen Vertretungsorgane ...“ Auf einem bundesweiten Treffen der ASten von Gesamt- und Fachhochschulen am 18./19.10. in Frankfurt wurde ein Positionspapier in Anlehnung an die Forderungen des DGB verabschiedet.

Streichung der „Absenzregelung“!

Die Schüler der Kollegstufe an Bayerns Gymnasien führen den Kampf gegen die vom Kultusministerium erlassene „Absenzregelung“. Die Verordnung sieht vor, daß Schüler, die „in einem 2stündigen Grundkurs an 6 ... in einem

Stichwort

Ausbildung



Vierzehn Tage mußte die Verwaltung der Technischen Universität Braunschweig über die Räumung eines Zeichensaaes verhandeln und erhebliche Zugeständnisse machen. Der Versuch, den Saal durch eine Umzugsfirma räumen zu lassen, mißlang.

3stündigen Grundkurs an 9 ... in einem 4stündigen Grundkurs an 12 oder mehr Unterrichtsstunden nicht teilgenommen“ haben, keine „Anerkennung einer Grundkurs-Halbjahresleistung“ erhalten. Es besteht jedoch „die Möglichkeit“, sich einer Prüfung zu unterziehen. „Die Prüfung entscheidet über Anerkennung oder Nichtanerkennung. Grund für die Verordnung seien „Beschwerden über die Häufigkeit des Fernbleibens vom Grundkursunterricht“, seit die Schüler über 18 Jahre ihre Entschuldigungen selbst schreiben können. „Diese pädagogische Maßnahme ist keine Strafe, sondern eine Hilfe für den Schüler ...“ (Bulletin der Staatsregierung 16/80). Die Schüler gingen rasch gegen diese Maßnahme zur Bevormundung und Aussortierung der Schüler über. In Augsburg demonstrierten 500 Schüler 3 Tage nach Schulbeginn. Demonstrationen und Streiks in den meisten größeren Städten

folgten; Protesterklärungen gingen an den Landtag. Das Kultusministerium reagierte mit Schulstrafen oder deren Androhung. Für die Forderung nach vollständiger Streichung der Verordnung wird am 25.1. eine zentrale Demonstration in München stattfinden.

Keine kürzere Arbeitszeit bei 5-Tage-Woche

Die Ankündigung der 5-Tage-Woche für allgemeinbildende Schulen wird Remmers nicht nutzen, um die Arbeitszeit der Lehrer herabzusetzen. Er wird sich daher einer immer breiter werdenden Arbeitskampffront der Lehrer gegenübersehen, wie entsprechende Anträge von Landesverbänden und Hauptvorstand der GEW an ihren Gewerkschaftstag (Mainz, 30.10. bis 4.11.) zeigen. Sie sprechen sich aus für „einen weiteren bundeseinheitlichen Aktionstag im Frühjahr 1981“ (z.B. LV Hessen)



Rund 600 Schüler beteiligten sich in Augsburg am Schulstreik gegen die Absenzregelung.

Flottenaufmarsch der Supermächte am Golf PLO-Vorschlag für friedliche Lösung



Der Krieg wirft den Aufbau der nationalen Wirtschaft in beiden Ländern um Jahre zurück. Hier die brennende Ölraffinerie von Abadan/Iran.

Es mag anfangs so geschienen haben, als hätten die beiden Supermächte mit dem Krieg zwischen Iran und Irak rein gar nichts zu tun. Um diesen Eindruck hervorzuheben, beteuerten Moskau und Washington lauthals und mit drohendem Unterton gegen den jeweiligen Rivalen ihre „absolute Neutralität“. Die imperialistische Presse gab mit gespielter Verwunderung, warum sich die beiden Nachbarländer einen Krieg „um so kleine Ziele“ nicht besser „gespart“ hätten, Flankenschutz.

Inzwischen blättert der neutrale Lack erheblich, und die Supermächte geben auch öffentlich zu erkennen, daß sie sich von der Schürung des Konflikts ein einträgliches politisches Geschäft versprechen. So ließ US-Außenminister Muskie auf die Feststellung, die USA seien „absolut unparteiisch“, das „Angebot“ an den Iran folgen: „Diese Haltung könnte sich aber bei

einer Freilassung der seit fast einem Jahr in Iran als Geiseln festgehaltenen 52 Amerikaner ändern.“ Im gleichen Atemzug lehnte er den von Iran geforderten Abzug der nach Saudi-Arabien verlegten amerikanischen AWACS-Luftüberwachungsflugzeuge ab.

Die Sowjetunion hat mit Syrien, dessen Führung sich vor einiger Zeit mit der irakischen Regierung überworfen hat, einen „Freundschaftsvertrag“ abgeschlossen, nicht ohne scheinheilig die „Initiative“ für den Pakt dem syrischen Präsidenten in die Schuhe zu schieben. Gleichzeitig wird berichtet – und von den Sozialimperialisten dementiert –, daß über den jordanischen Hafen Akaba sowjetische Waffen an den Irak geliefert würden. Der iranische Ministerpräsident Rajai sah sich veranlaßt mitzuteilen, beide Supermächte hätten „über verschiedene Kanäle“ mit Iran Kontakt gesucht, um

es von seiner blockfreien Politik abzubringen. Die revisionistische Tudeh-Partei im Iran, deren unverbrüchliche Treue zur Sowjetunion über jeden Zweifel erhaben ist, ruft zur „Einheit aller Patrioten ohne Ausnahme“ gegen den Irak auf, um einen Anteil an der Staatsmacht zu ergattern.

Die diplomatischen Winkelzüge der Supermächte wirken deshalb so verwirrend, weil *beide* Einfluß über den Iran, das bei weitem volkreichste Land zwischen Ägypten und Pakistan, gewinnen wollen, und beide das aber nur können, wenn die islamische Republik durch den Krieg mit Irak erheblich geschwächt oder gar gestürzt wird. Zugleich soll der Konflikt dazu herhalten, die Dritte Welt kreuz und quer zu spalten.

Zu diesem Zweck hat US-Schatzminister Miller am 9.10. behauptet, Nordkorea unterstütze den Iran mit Waffen- und Munitionslieferungen. Tags darauf „verlautete in Washington weiter“, iranische Transportflugzeuge hätten auf dem Weg China überflogen und seien in Pakistan zwischen- gelandet. Obwohl Nordkorea die Falschmeldung noch am 10.10. dementierte, hat Miller ein Ziel erreicht: Am 12.10. brach Irak die diplomatischen Beziehungen zu Nordkorea ebenso wie zu Syrien und Libyen ab.

Vor allem aber nutzen beide Supermächte den Krieg, um ihre militärische Präsenz in der Region auf nie gekannte Höhen zu schrauben. „Mindestens“ 60 westliche Kriegsschiffe, darunter drei Flugzeugträger, kreuzen vor der Straße von Hormuz. Etwa die Hälfte davon gehören zur US-Flotte selbst, den Rest haben die Verbündeten, vor allem Frankreich, beigesteuert. Die Sozialimperialisten unterhalten gegenwärtig 29 Schiffe im Arabischen Meer. Nicht einmal die vereinigten Marinen aller Golfstaaten zusammengekommen könnten es auch nur entfernt mit einem dieser Flottenverbände aufnehmen. Allein auf den drei westlichen Flugzeugträgern sind soviel Flugzeuge, wie z.B. die saudische Luftwaffe insgesamt hat.

Carter hat in einer Wahlrede bekanntgegeben, Ausrüstung für 12000 „Elitesoldaten“ und Munition für 500 Flugzeuge seien bereits in der Golfregion gelagert. Der Einsatzplan für die Intervention ist fertig, ist aus „Washingtoner Regierungskreisen“ zu erfahren. Die Sozialimperialisten haben für eine Einmischung den Vorzug der größeren räumlichen Nähe. Vor einem



Irakische Artilleriestellung am nördlichen Frontabschnitt.

Jahr haben sie probeweise innerhalb von 36 Stunden zwei komplette Brigaden von Südrubland nach Äthiopien und der DVR Jemen verlegt.

In den letzten beiden Jahren sind die direkten Brückenköpfe imperialistischer Einmischung am Golf geschwächt worden. Bahrain hat 1977 seinen Stützpunktvertrag mit den USA, die dort das Hauptquartier ihrer Nahostflotte unterhielten, gekündigt. Irak hatte 1972 einen Freundschaftsvertrag mit den Sozialimperialisten geschlossen, sowjetische Kriegsschiffe liefen häufig irakische Häfen an. Auf die sowjetische Intervention gegen die eritreische Revolution hat Irak unter anderem mit Waffenkäufen in Frankreich und Italien reagiert, während die irakische Armee vorher fast vollständig von sowjetischen Lieferungen abhing. Im Mai 1979 hat der jetzige Präsident Saddam Hussein erklärt: „Wir müssen die Waffen ergreifen gegen jeden Ausländer ..., der die arabische Souveränität verletzt. In diesem Zusammenhang differenzieren wir nicht zwischen ... USA und UdSSR.“ Mit der Revolution im Iran ist auch die Hauptstütze der US-Hegemonie im Mittleren Osten zerbrochen. Der CENTO-Pakt, dem außer Iran die USA, England, Pakistan und die Türkei angehörten, löste sich nach dem Austritt Irans und Pakistans auf.

Bis heute ist es den Supermächten gelungen, eine Einigung der Golfstaaten über ein gemeinsames Sicherheitssystem zu hintertreiben. Der letzte Versuch dazu scheiterte 1976 daran, daß das Schahregime einen Golfpakt nur unter seiner Vormacht und „nach dem Vorbild der NATO“ wollte. Die erhebliche Rüstung, zu der die Länder am Golf angesichts der fortgesetzten Bedrohung ihrer Souveränität durch die Supermächte gezwungen sind, habe diese genutzt, um über – höchst profitliche – Waffengeschäfte weitere Abhängigkeiten zu schaffen und Spaltung zu schüren. Von 1967 bis 1976 haben die acht Golfstaaten für 12,3 Mrd. \$ Waffen aus dem Ausland bezogen, für 4,5 Mrd. aus den USA und für 2,4 Mrd. aus der UdSSR. 1977 haben die USA Waffen für 5,8 Mrd. \$ an Iran und für 1,8 Mrd. \$ an Saudi-Arabien verkauft.

Jetzt reiben sich die Imperialisten die Hände, daß die von ihnen geschürten komplizierten Widersprüche zu einem Krieg geführt haben, der nur den Supermächten nützen kann. Im Auftrag der Blockfreien hat die PLO einen Vorschlag zur Beilegung des Konflikts gemacht: Waffenstillstand; Rückzug der irakischen Truppen; Zustimmung des Iran zu Verhandlungen über die strittigen Fragen; Überwachung des Truppenrückzugs durch blockfreie und islamische Staaten.

Rumänien

Tagung der Großen Nationalversammlung

Am 16.10. eröffnete die Große Nationalversammlung Rumäniens die II. Tagung ihrer achten Legislaturperiode. Das Gesetzgebende Gremium Rumäniens wird neben dem Jahreswirtschaftsplan und dem Haushaltsplan unter anderem Gesetze zu folgenden Fragen verabschieden: über die Entwicklung der Kleinindustrie; über die Neuorganisation und Funktionsweise der Volksräte, über die Pflicht der Leitungskader, die wertvollen Güter ihres persönlichen Eigentums offenzulegen, über den Bau von Wohnungen aus dem Staatsfonds und den Bau von Ferienhäusern in persönlichem Besitz, über die Verwaltung des Wohnungsfonds und die Regelung der Beziehung zwischen Eigentümern und Mietern. Auf Initiative der Kommunistischen Partei und der Regierung Rumäniens waren die entsprechenden Gesetzentwürfe seit einigen Wochen in der Öffentlichkeit und in den Volksräten beraten worden. Die rumänischen Zeitungen hatten der Diskussion unter ihren Lesern für Zuschriften und kritische Kommentare Raum gegeben. Regierung und Partei beabsichtigen mit diesen Gesetzesentwürfen, die Spanne zwischen niedrigsten und höchsten Einkommen auf ein Verhältnis von 1 zu 5,5 zu verringern, die Befugnisse der beratenden Volksräte gegenüber Kommunal-, Landesverwaltung und Regierung zu erhöhen, die Informationsrechte der Gewerkschaften sowie der verschiedenen Massenorganisationen zu verbessern und Privilegien und Vorrechte von Staats- und Parteifunktionären zu beschränken.

Außenhandel VR China Importieren, was China selbständiger macht

Im ersten Halbjahr 1980 exportierte die VR China Waren im Werte von 12,93 Mrd. Yuan (ca. 8,75 Mrd. \$) und importierte Waren für 12,73 Mrd. Yuan. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1979 stiegen die Exporte um 35,5%, die Importe um 7,8%. 1979 hatte die VR China für 21,2 Mrd. Yuan exportiert und für 24,1 Mrd. Yuan importiert. Mit seinem Außenhandelsvolumen liegt China an vorderer Stelle unter den Entwicklungsländern, z.B. noch vor Indien, das 1979 für 6,44 Mrd. \$ exportierte und für 8,15 Mrd. \$ importierte.

Die ausgeglichene Handelsbilanz des

ersten Halbjahrs 80 geht auf die Anstrengungen zurück, die Landwirtschaft und die Leichtindustrie zu fördern, deren Produkte den Hauptteil der Exporte ausmachen, statt der einseitigen Förderung der Schwerindustrie die Beziehungen zwischen den Wirtschaftszweigen ausgewogener zu gestalten und in der Industrie den Schwerpunkt auf die Ausschöpfung und Verbesserung des vorhandenen Potentials zu legen statt auf den Import kompletter hochmoderner Fabriken. Den größten Zuwachs im Export mit 30,8% mehr als im ersten Halbjahr 1979 verzeichnete der chinesische Maschinenbau, dessen Produkte vor allem in Länder der Dritten Welt gehen. Dank der Erhöhung der eigenen Produktion sanken die Importe von Walzstahl, Spezialstählen und NE-Metallen fast um die Hälfte, während die Importe von Investitionsgütern und moderner Technologie wie auch von fehlenden Rohstoffen der Leichtindustrie (z.B. Kunstfasern) weiter stiegen.

Im Handel mit einzelnen imperialistischen Ländern, von denen die VR China Maschinen und Anlagen importiert, besteht ein erhebliches Handelsdefizit. Dessen Ausgleich wird der VR China durch die diskriminierenden Schranken der US- und der EG-Imperialisten gegen Importe aus der Dritten Welt (besonders Textil- und Agrarprodukte) noch erschwert. So wird das Volumen der US-Exporte in die VR China auf 1,8 Mrd. \$ 1980 geschätzt, die US-Importe aus China werden dagegen nur ca. 800 Mio. \$ betragen.

Die in den letzten Jahren von der VR China ausgehandelten ausländischen Kredite und Exportgarantien für die Finanzierung ihrer Importe von Investitionsgütern belaufen sich nach Angaben der Bank von China (The Banker 1/80) auf etwas über 20 Mrd. \$. Dazu gehören ein 350 Mio. \$-Kredit von Banken der arabischen Opec-Länder, ein französischer 7 Mrd. \$-Kredit, langfristige japanische Kredite über 4 Mrd. \$ und kurzfristige über 6 Mrd. \$, Kredite britischer Banken über 675 Mio. \$ auf fünf Jahre, kanadische und italienische Kredite sowie jetzt ein UN-Kredit. Für diese Mittel, zum großen Teil bei der Bank von China als Einlagen deponiert, müssen verhältnismäßig niedrige Zinsen von 0,25% bis 0,5% über der Libor-Rate gezahlt werden (Libor-Rate ist der Satz, zu dem sich die Banken am Eurodollarmarkt untereinander beleihen). Von diesen Krediten hat die VR China erst einen Teil in Anspruch genommen; die Auslandsschulden Ende 1980 werden mit 3,4 Mrd. \$ angesetzt (ohne die fällige Rückzahlung von 2,17 Mrd. \$ für Auslandskredite; siehe Beijing-Rundschau 39/80). Etwa 20 Mrd. \$ ausländisches Kapital stecken in Kompensationsge-

schäften und Gemeinschaftsunternehmen (joint ventures).

Als Richtlinie für die Aufnahme von ausländischem Kapital gilt: „Die Devisenquelle entspringt letzten Endes aus dem Warenexport. Von daher können wir mehr ausländisches Kapital nutzen, nur wenn wir mehr zu exportieren haben ... Das jährlich bezahlte Volumen an Kapital und Zinsen sollte im allgemeinen 20% des Deviseneinkommens aus dem Export desselben Jahres nicht übertreffen und auf keinen Fall über 25% betragen.“ (Beijing-Rundschau 34/80) In der Renmin Ribao vom 11.8.80 wird festgestellt, daß nur solche Technologien und Anlagen eingeführt werden sollen, die Waren mit guten Exportchancen bei internationaler Konkurrenzfähigkeit herstellen können, die China selbständiger machen durch Herstellung von bisher importierten Gütern, die einen schnellen Kapitalumschlag haben und viele Arbeitsplätze schaffen, da China über ein großes Arbeitskräftepotential verfügt. Ferner soll die Modernisierung des vorhandenen Produktionsapparates und der Kauf von Technologien Vorrang vor dem Import von ganzen Fabriken haben. Das bedeutet eine Abkehr von Projekten wie den Stahlwerken Wuhan und Baoshan (bei Shanghai), die für viele Milliarden aus Japan und der BRD importiert wurden, hochautomatisiert sind, wenige Arbeitskräfte, aber dafür hochqualifiziertes Personal erfordern und deren Infrastruktur (Energieversorgung, Häfen, Eisenbahn) nicht gewährleistet ist.

Demokratisches Kampuchea Generalversammlung bestätigt den UNO-Sitz

Am 13.10. hat die UNO-Generalversammlung mit 72 zu 35 Stimmen bei 32 Enthaltungen auf Vorschlag der Mandatsprüfungskommission den Sitz des Demokratischen Kampuchea bestätigt. Die Abstimmung ist in erster Linie Ergebnis des bewaffneten Kampfes des Demokratischen Kampuchea. Ministerpräsident Khieu Samphan erklärte, daß es den Truppen gelungen ist, nicht nur in den letzten beiden Trockenperioden den 250000 Mann starken Besatzern standzuhalten, sondern ihnen gegenwärtig in Thmar Puok und im Melai-Gebirge schwere Verluste zuzufügen. Die vietnamesischen Besatzer müssen inzwischen die gesamte Verwaltung in den von ihnen kontrollierten Gebieten mit vietnamesischem Personal belegen. Gesetze und Erlasse werden im Kampuchea-Büro in Vietnam fabriziert. (Beijing-Rundschau v. 23.9.)

Weiterhin ist die Abstimmung ein

Erfolg für die ASEAN-Staaten (Thailand, Singapur, Malaysia, Indonesien, Philippinen), die von Anfang an für die Verteidigung des UNO-Sitzes eingetreten sind. Ein wesentlicher Teil der sowjetisch-vietnamesischen Politik des letzten halben Jahres ist vorerst gescheitert. Er besteht darin, das Demokratische Kampuchea von äußeren Reserven abzuschneiden, Thailand in die Position eines kriegsführenden Staates zu manövrieren, die Front der ASEAN-Staaten zu spalten, um dann die Aggression auf Thailand auszudehnen. Am 23. Juni waren vietnamesische Truppenverbände in thailändisches Gebiet einmarschiert. An der Grenze zu Thailand haben die vietnamesischen Besatzer 8 bis 10 Divisionen

mit Flugzeugunterstützung unter sowjetischen Beratern stationiert. Ebenfalls im Juni offerierten sie einen 4-Punkte-Vorschlag, der von den ASEAN-Staaten abgelehnt wird: Bildung einer entmilitarisierten Zone zwischen Kampuchea und Thailand, Verlegung der Flüchtlingslager, Entwaffnung von Kämpfern in den Lagern und deren Internierung, internationale Hilfe nur über Phnom Penh, Verhandlungen zwischen der Heng-Samrin Clique und Thailand. Die imperialistischen Staaten, u.a. die BRD, erklären, ihr Abstimmungsverhalten für den UNO-Sitz sei nur „technisch“ (US-Regierung) und gegen die Sowjetunion, es enthalte keinerlei Anerkennung des Demokratischen Kampuchea.

Brasilien

Machtvoller Streik der Arbeiter der Zuckerplantagen in Pernambuco

„In der Region von Nacaredamada versuchte der Verwalter der Zuckermühle ‚Diamonds‘, den Gewerkschaftsvertreter Manuel Barga zu erschießen. In einem anderen Landkreis stürmten fünf bewaffnete Zuckermühlenbesitzer, angeführt durch den Bürgermeister, der Besitzer der größten Zuckerplantage der Gegend ist, und unterstützt von zwei Polizisten, das lokale Büro der Gewerkschaft und versuchten, die Vertreter der Gewerkschaft zu erschießen. Die Gewerkschafter konnten entkommen.“ (Aus Berichten der Gewerkschaften). Dutzende solcher Überfälle auf Gewerkschaftsvertreter und -büros, bewaffnete Überfälle auf Streikposten, Versuche der Grundbesitzer, die Arbeiter mit vorgehaltenem Gewehr zur Arbeit zu zwingen: Trotz dieses wilden Terrors gelang es Ende September den Be-

sitzern der Zuckerplantagen und -mühlen in dem nordostbrasilianischen Bundesstaat Pernambuco nicht, einen der größten Streiks von Landarbeitern in der Geschichte des Landes zu zerschlagen.

Pernambuco ist seit Jahrzehnten das Hauptanbaugebiet für Zuckerrohr in Brasilien. Mit einer Ernte von 7,5 Mio. Tonnen (1978) ist Brasilien heute zweitgrößter Zuckerproduzent der Welt und Hauptlieferant der Imperialisten. Zwar sind die meisten Plantagen in Händen brasilianischer Großgrundbesitzer. Aber hinter ihnen stehen die imperialistischen Rohstoffmonopole, die den Grundbesitzern die Preise diktieren und den Zucker über Häfen wie Recife zu Spottpreisen aus dem Land abschleppen lassen.

Am 25. September waren mehrere zehntausend Zuckerarbeiter in den am



stärksten gewerkschaftlich organisierten Bezirken Pernambucos, in Sao Lourenco und Pau Dalhio, in den Streik getreten. Binnen weniger Tage breitete sich der Streik auf den ganzen Bundesstaat aus, über 240000 Landarbeiter legten die Arbeit nieder.

Ihre Forderungen: Erhöhung der Mindestlöhne auf knapp 7000 Cruzeiros im Monat, d.h. ca. 230 Cruzeiros pro Tag. Bisher verdienen die meisten Arbeiter auf den Plantagen ganze 108 Cruzeiros täglich, nur wenige kommen auf 180 Cruzeiros. Das reicht selbst bei ständiger Arbeit nicht, um die Familie zu ernähren. Zum Vergleich: in der Gegend von Belo Horizonte, über 1000 km südlich von Pernambuco, kostete im Oktober letzten Jahres ein Kilo Schweinefleisch 92 Cruzeiros, ein Kilo Bohnen 27 Cruzeiros, ein Kilo Reis 16 Cruzeiros. Und seitdem sind die Lebensmittelpreise um über 100% gestiegen.

Auch die anderen Forderungen der Arbeiter werfen ein grelles Licht auf ihre brutale Ausbeutung. So fordern sie, daß aller Lohn bar ausbezahlt wird und nicht wie bisher oft in Form von Gutscheinen für die Läden der Großgrundbesitzer. Außerdem sollen endlich alle Arbeiter die gesetzlich vorgeschriebenen zwei Hektar Land erhalten, auf denen sie zwischen den Erntezeiten – die meisten Arbeiter sind Saisonarbeiter, Tagelöhner – Lebensmittel für ihre Familien anbauen können. Zukünftig sollen die Plantagenbesitzer und nicht mehr die Arbeiter die Arbeitswerkzeuge stellen. Dann: die meisten Grundbesitzer haben die „Tageserntefläche“, an deren Aberntung der Tageslohn eines Arbeiters gebunden ist, so bemessen, daß er darauf zwei, oft drei Tage arbeiten muß. Die Arbeiter fordern die sofortige Verringerung der Ernteflächen. Außerdem sollen die Grundbesitzer endlich die gesetzlich vorgeschriebenen Schulen für die Kinder der Landarbeiter errichten.

Vor einem Jahr waren schon einmal zehntausende Landarbeiter in 24 Landkreisen Pernambucos für dieselben Forderungen in den Streik getreten. Damals hatten die Großgrundbesitzer anfangs die Erfüllung der Forderungen zugesagt, dann aber den Streik binnen weniger Tage mit brutalem Terror und dem Einsatz von Wanderarbeitern als Streikbrecher niederschlagen können. Keine der Forderungen der Arbeiter war in der Folgezeit erfüllt worden.

Diesmal gelang den Großgrundbesitzern die Niederschlagung des Streiks nicht. Mit Unterstützung von aus Sao Paulo herbeigeilten Vertretern der Metallarbeitergewerkschaften, der Oppositionsparteien und Teilen der katholischen Kirche stellten die Gewerkschaften Verbindungen zwischen den in 42 Landkreisen streikenden Arbeit-

tern her, organisierten die Verpflegung der Familien und stellten, wo möglich, Streikposten auf. Selbst die Wanderarbeiter, ruinierte Bauern wie die meisten Plantagenarbeiter auch, die aber das ganze Jahr hindurch von einer Plantage zur nächsten wandern müssen und ständig hungern, unterstützten den Streik.

Das Ergebnis: die Kapitalisten sagten am 1.10. die Erfüllung aller Forderungen zu. Lediglich die Erhöhung der Mindestlöhne konnten sie von den geforderten durchschnittlich 62% auf 38,4% drücken.

Vor ziemlich genau 17 Jahren, im Spätherbst 1963, hatten die Landarbeiter von Pernambuco das letzte Mal eine große Streikbewegung organisieren können, die von den Verbänden der kleinen Bauern und den städtischen Arbeitern unterstützt wurde. Im März 1964 begannen sie die Vorbereitung eines landesweiten Generalstreiks. Ihre Forderungen: Besserung der Lage der Arbeiter, politische Freiheiten, Rückgabe des von den Großgrundbesitzern geraubten Landes und Landreform. Da putschte Ende März 1964 das Militär. Die Grundbesitzer und Kapitalisten, an ihrer Spitze die Vertreter des imperialistischen Kapitals im Land, zerschlugen in einer Terrorwelle die Verbände der Bauern und die Gewerkschaften der Arbeiter.

Zwar blieben viele Gewerkschaften „legal“. Aber tatsächlich setzten die Kapitalisten und Grundbesitzer die alten Gewerkschaftsvertreter ab, erschossen sie oder folterten sie zu Tode und setzten dann ihre eigenen Leute als „Gewerkschaftsvertreter“ ein. Erst in den letzten Jahren, vor allem seit 1979, gelang es den Arbeitern Schritt für Schritt, diese „Gewerkschafter“ durch ihre eigenen Vertreter zu ersetzen. Zwar sind noch immer in großen Teilen des Landes die Landarbeiter nicht organisiert. Die Zuckerarbeiter von Pernambuco jedoch sind zu $\frac{2}{3}$ wieder organisiert.

Frankreich Massenentlassungen der Textilindustrie

Die Wirtschaftszeitung „Les Echos“ faßt den Vorgang medizinisch: Nach der „sanften Abspeckung“ komme jetzt der „chirurgische Eingriff“ bei Boussac-Saint-Frères. 1834 Entlassungen hat der drittgrößte Konzern der Textil- und Bekleidungsbranche, der zur Gruppe Agache Willot gehört, Ende September angekündigt. Im Norden und Osten Frankreichs werden sieben Fabriken mit insgesamt etwa 1000 Beschäftigten dichtgemacht. In 17 weiteren Fabriken des Konzerns werden die

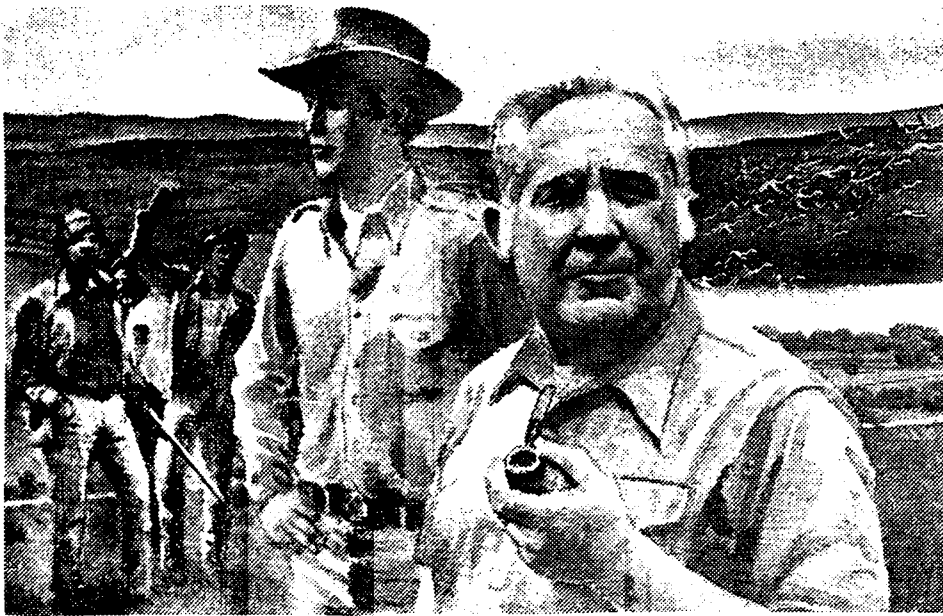
Belegschaften verkleinert, so in der Veloursherstellung bei Cosserat in Amiens um 120 und in der Konfektion bei Ted Lapidus in Flines-les-Raches um 160 Beschäftigte.

Auch Bidermann, der mit 10000 Beschäftigten zu den Branchenriesen zählt, plant an 1500 Entlassungen. Und Dutzende kleiner Betriebe sind dieses Jahr bereits geschlossen worden. In Roubaix, Textilzentrum nahe der belgischen Grenze, sank z.B. die Zahl der Beschäftigten allein im Juli um 600, im Oktober erneut um 200. In den Vogesen sind 3000 Lohnabhängige, d.h. jeder Vierte der Branche, seit Monaten in Kurzarbeit.

Die Krankheit, die die Kapitalisten mit Massenentlassungen, Konzentra-



tion und verschärfter Ausbeutung bekämpfen, heißt schrumpfender Profit. Z.B. seien in der Wollindustrie im Norden die Profite von 16,4% des Neuwerts 1971/73 auf 6,8% 1976/78 gefallen, klagt der Kapitalistenverband und fordert Schutz vor ausländischer Konkurrenz. Der Industrieminister diagnostiziert ein „Problem der Wettbewerbsfähigkeit“, das mit Kontingentierung und Zöllen nicht zu lösen sei. Die Industrie müsse durchkapitalisiert werden. 590000 Beschäftigte in 7000 Betrieben zählt die Statistik 1978, ein Viertel davon arbeitet in den zehn größten Betrieben. Die Kleinbetriebe sollen nun endgültig vernichtet werden. Verglichen mit der europäischen Konkurrenz haben die französischen Kapitalisten seit 1973 absolut und relativ am wenigsten investiert. 1978 waren es bei Textil 810 ERE pro Beschäftigten, in Italien 1303 und in der BRD 1373 ERE. Das soll jetzt anders werden. Für Rationalisierungsinvestitionen gibt die Regierung „Beihilfen“ aus Lohngeldern. Die Lohnabhängigen in dieser Niedriglohnbranche (51% verdienen unter 3000 Franc, 1300 DM) führen einen schwierigen Abwehrkampf. Aus vielen Betrieben werden Kurzstreiks und Demonstrationen gemeldet, aber noch sind die Kämpfe äußerst zersplittert.



Michener: Viel Verständnis für Blut- und Boden-Romantik der Kolonialisten – Illustration aus dem englischen „Reader's Digest“.

Südafrika-Roman

Geschichtsfälschungen über Buren, Engländer, Unterdrückung Azanias

Der 73jährige Michener, während des 2. Weltkriegs Chefhistoriker der US-Marine für den Kriegsschauplatz Pazifik und später Erfolgsautor mit Millionenaufgaben, hat zwei Jahre lang die Kolonialgeschichte Südafrikas studiert und darauf einen 1000-Seiten-Roman geschrieben. Die Besiedlung durch die Buren im 17. Jahrhundert, der Krieg zwischen den britischen Imperialisten und den holländisch/west-deutschen Siedlern, die jetzige Apartheid und der Kampf des Volkes von Azania, das alles gießt Michener in die Form der Geschichte einer Burenfamilie,

der Familie van Doorn. Ergänzt wird das van Doorn-Drama durch die ebenso „typischen“ Familiengeschichten der Nxumalos, einer anhänglichen schwarzen Landarbeiterfamilie, und der englischen Saltwood-Sippe.

Mit der größten Freiheit macht Michener die Generationen dieser Familien immer genau zu den Charakteren, die er für seine verschiedenen, in drei Jahrhunderten spielenden Geschichten braucht. Die Unglaubwürdigkeit dieser Art Kontinuität und einzelner Charaktere versucht Michener durch den Einsatz von historischem und pseudo-dokumentarischem Material wettzumachen. Der Leser erfährt Halbwahrheiten über einzelne Ereignisse wie das Massaker von Sharpeville, die Apartheid, Paßgesetze, Polizeifolter und Verbannung.

Schuld an alledem, so Michener, sind die Buren. Oder besser, ihre jahrhundertalte tragische Verstrickung in „Heimatliebe“, Haß gegen die Engländer, Furcht vor den Schwarzen, eifernde Religiosität. Michener hat viel Verständnis für die Buren. Und Verständnis für die Schwarzen, auch wenn sie den Guerillakampf aufnehmen. Und Verständnis für die Engländer. Man muß alle Seiten verstehen, so wie es ist, kann es nicht bleiben, ein Kompromiß ist nötig. Und damit hat Michener die wahren Unterdrücker, die Profiteure und Betreiber der Kolonisierung, die Kapitalisten in Europa und Nordamerika, aus dem Schußfeld. Eine einzige Geschichtslüge.

Science Fiction

Feinde wie Teufel und Menschen wie Götter

Ausgehend von der Fiktion, der Kommunismus habe überall auf der Erde gesiegt, entwickelt der Autor der sowjetischen Schwarte, wie die Menschen ein intergalaktisches Bündnis aufbauen, um eine vernünftige Arbeitsteilung unter den Sternenvölkern herzustellen. Damit die Mission gelingt, muß Fehlverhalten in den eigenen Reihen, müssen überholte imperialistische Methoden durch klügere ersetzt werden. Nicht erlaubt ist, unterentwickelte Völker als Engelsvisagen, Schlangenantlitze oder Abnormitäten zu bezeichnen. Vielmehr sind sie alle Freunde, denen die uneigennützte Hilfe der Menschen zugutekommt. Auf dem Pluto ist bereits ein Industriekombinat geschaffen und ein Raumhafen gewonnen. Engel gibt es. Sie sind leicht komisch, da rückständig, aber lern- und arbeitswillig. Die friedlichen Absichten werden von den „Verderbern“ gestört, die aus dem Weltraum auftauchen. Damit jeder etwas gegen sie haben kann, werden sie mit Zügen ausgestattet, die verschiedene Leute jeweils abscheulich finden können. Sie sind wie die deutschen Faschisten, treiben unmenschliche Experimente, besitzen daneben eine anarchistische Ader, alles vermischt mit klassischen teuflischen Eigenschaften nach dem Prinzip von Goethes Mephisto, daß alles, was lebt, wert ist, daß es zugrundegeht. So ist der Krieg also aufgezwungen, die Zerstörer müssen vernichtend geschlagen werden. Dann können die gewaltigen Produktivkräfte, die sie trotz allem entwickelt haben, dem Bündnis einverleibt werden.

Sergej Snegow: Menschen wie Götter. Wilhelm Heyne Verlag, München 1978, 5,80 DM.

Agentenkrimi

Tiger Mann soll den Krieg verhindern

„Weißt du noch, Tiger? Damals, als du noch jung und schnell und stark warst, voller Kraft und Saft? Die Kraft ist weg, aber der Saft reicht vielleicht noch aus, um jemanden darin zu ertränken ...“

Diese Sorte Safttiger spielt in Mickey Spillanes Roman „Unter drei Augen“ den ungewöhnlichen Menschen. Sein Instinkt verleiht ihm „einen Röntgenblick in die innersten Gehirnwindungen des Gegners.“ Er nennt sich einen „Killer“ und „skrupellos“. Er ist Superagent der Gruppe Martin Grady,



„Die Kaffern mit Respekt behandeln“
Sklavenmarkt 1700

„hinter der Millionen stehen, die fast alles kaufen können, was die Sonne bescheint.“ In diesem Roman geht es um das Öl, das Martin Grady in „Selachim, einem kleinen Fürstentum in Saudi-Arabien“ besitzen und ausplündern will. Die Supermacht UdSSR mit ihrem Agenten Nummer Eins Malcolm Turos will das gleiche. Die Operation Skyline dient dem Zweck, die UdSSR und ihren Agenten auszuschalten. Tiger Mann soll Skyline übernehmen. In der Sprache von Interpol heißt es, es solle ein Atomkrieg verhindert werden. Doch das ist Tiger Mann „piepegal“. Er jagt Malcolm Turos, um seinem Freund, der in Selachim festsitzt, zu helfen. Das klingt ehrbar und soll veruschen, daß er doch nur eine Marionette von Martin Grady ist. Den Fürsten Teish El Abin, der als Unterdrücker seines Volkes charakterisiert wird, bezeichnet er als „Oberstinker“, der nur ein Ziel hat: „So viel wie möglich aus uns herauszuholen.“

Mickey Spillane: Unter drei Augen, Ullstein Buch Nr. 1089, Frankfurt 1966, 3,80 DM.

Afghanistan

„Aus mittelalterlichen Zuständen raus helfen“

Daß Afghanistan „einer der größten Hexenkessel der Welt“ sei, hat James A. Michener schon 1963 in seinem Roman „Karawanen der Nacht“, der 1980 bei Droemer eine Auflage von 110000 erreicht, gefunden. Der Autor will den „heftigen Widerstreit zwischen Amerika und Rußland um die Gunst der afghanischen Bevölkerung“ schildern, verpackt in eine Abenteuer-story über die Suche nach einer vermißten Amerikanerin, mit Liebesnächten in Nomadenlagern, Wüstenhitze und Säbelrasseln. Breit werden die afghanischen Gebräuche mit ihrem „Zauber und ihrer Verworfenheit“ (Klappentext) geschildert. Der „Verworfenheit“ der Mullahs, der religiösen Führer der „wilden Bergstämme“, die ihre Willkürherrschaft blutrünstig ausüben, schiebt Michener die Verantwortung für das Ringen der Supermächte um die Herrschaft über Afghanistan in die Schuhe. Die Amerikaner seien da, „um dem Land hier aus seinen mittelalterlichen Zuständen herauszuhelfen“. Gelingt das nicht, „dann wird Rußland an unserer Stelle dafür sorgen.“ Seine Vorhersage scheint eingetroffen. Die SU hält Afghanistan besetzt und bedient sich derselben blöden Rechtfertigung wie einst die US-Imperialisten. Es sind aber gerade die Bergstämme, die zusammen mit den Bewohnern der Städte den Kampf gegen die Besatzer führen und zweimal die Briten geschlagen haben.

Fleisch

Antibiotika, Östrogen, Beta-Blocker – was ist das nächste?

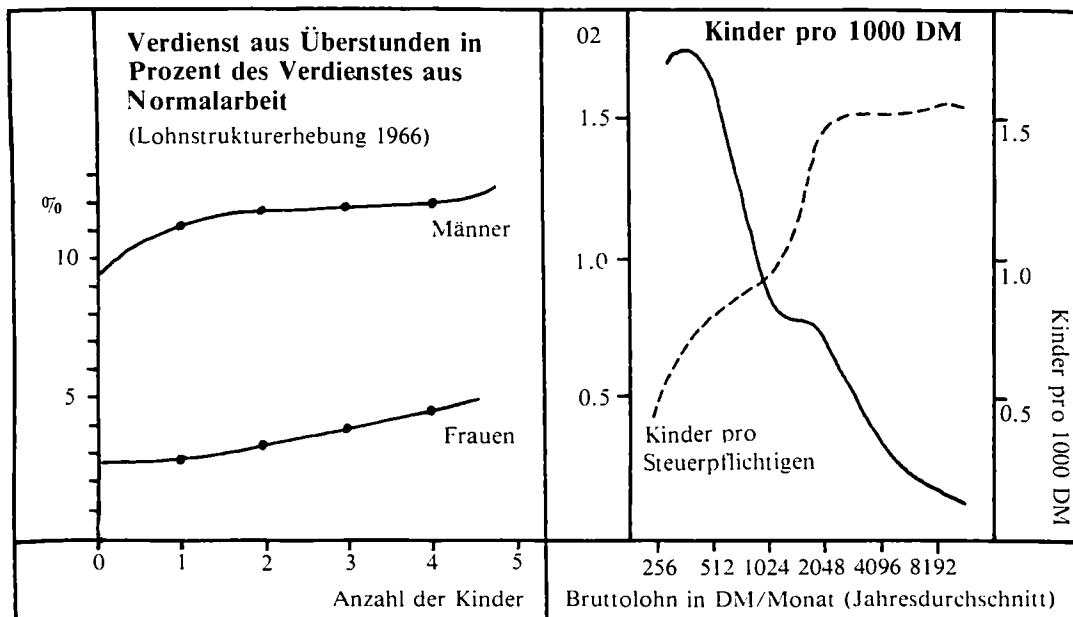
Östrogen im Kalbfleisch, Beta-Blocker im Schweinefleisch – die bürgerliche Presse berichtet darüber, als ob noch nie dagewesene Praktiken der Tiermast endlich aufgedeckt worden wären. Wir wollen gleich noch einen weiteren Skandal „enthüllen“: Antibiotika im Futtermittel. Es ist sicher gut, wenn die Massen über die Fälschung der Lebensmittel erfahren, bloß neu ist das alles – außer den Beta-Blockern – nicht. Schon vor Jahren wurde über Östrogen im Hühnerfleisch berichtet, und auch damals empörten sich die bürgerlichen Politiker ganz gewaltig über kriminelle Methoden bei der Tiermast und versprachen Abhilfe. Die EG-Kommission hat vor kurzem beschlossen, daß die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte nicht erhöht werden. Die Bundesregierung verlangt eine Reform des EG-Agrarmarkts. Der Druck auf die Erzeugerpreise wird steigen. Daß die jahrelange üble Praxis der Verwendung von Arzneimitteln in der Tiermast gerade *jetzt* „enthüllt“ wird, paßt in die „politische Landschaft“, um Stimmung gegen die Forderungen der Bauern zu machen.

Wozu werden diese Arzneimittel in der Tiermast verwendet, wie wirken sie, und was sind die Auswirkungen auf den Menschen? Antibiotika werden dem Kraftfutter für die Mast schon von den Herstellern beigemischt. Sie sollen die Futteraufnahme verbessern. Nach dem Futtermittelgesetz sind für diesen Zweck bestimmte Antibiotika reserviert, die in der Humanmedizin nicht verwendet werden. Es sind Wartezeiten zwischen der letzten Antibiotikagabe und dem Schlachten vorgeschrieben. In den Schlachthöfen wird das Fleisch stichprobenartig auf Antibiotikarückstände untersucht. In der Medizin werden Antibiotika gegen bakterielle Infektionskrankheiten verwendet. Antibiotika müssen schlagartig in großer Menge gegeben werden, damit alle Bakterien abgetötet werden. Bei dauernder Aufnahme eines Antibiotikums in geringer Menge kann ein Teil der Bakterien überleben und sogar unempfindlich (resistent) gegen dieses Antibiotikum werden. Breiten sich diese Bakterien dann allgemein aus, ist das Antibiotikum nutzlos geworden.

Östrogen ist ein weibliches Sexualhormon. Es hat Auswirkungen auf die Ausprägung der weiblichen Geschlechtsmerkmale, wie Brustwachstum, hohe Stimme, und auf den Menstruationszyklus. In der Kälbermast soll es die Gewichtszunahme beschleunigen.

Hauptsächlich erhöht es den Wassergehalt des Fleisches. Das Fleisch ist minderwertig. Verwendet werden synthetisch hergestellte Östrogene, z.B. Diäthylstilböstrol (DÄS). DÄS wurde früher für die Antibabypille verwendet, wurde aber vor einigen Jahren zurückgezogen, weil der Verdacht besteht, daß es krebserzeugend ist. In der Kälbermast hat die Pharmaindustrie eine profitable „Marktlücke“ für ihr nicht mehr absetzbares Produkt entdeckt. Östrogenrückstände im Fleisch können ziemlich gefährlich sein, weil sie den Hormonhaushalt des Menschen durcheinanderbringen können. Das gilt besonders für Kinder und Jugendliche in der Pubertät, wenn der Hormonhaushalt sich in Umstellung befindet und deshalb empfindlich ist. Bei Männern kann Östrogen Brustwachstum, Stimmveränderung und Impotenz bewirken.

Beta-Blocker werden Mastschweinen vor dem Transport zum Schlachthof gespritzt, um die Ausfälle durch Kreislaufkollaps (immerhin 1 bis 2% der Tiere) bei diesem zumindestens für die Schweine sehr aufregenden Geschäft zu vermindern. Die hochgezuchteten Schweine sind sehr empfindlich, und wenn sie aus ihren Einzelboxen zu Dutzenden anderen Schweinen auf den Lastwagen kommen, stürzen Welten auf sie ein. Früher bekamen die Schweine Beruhigungsmittel (Tranquilizer), seit einem halben Jahr werden Beta-Blocker benutzt. Als Wartezeit zwischen Spritzen und Schlachten sind drei Tage vorgeschrieben. Das wird sicher nicht eingehalten, weil kein Schlachthof Hunderte von Schweinen für Tage aufnehmen kann. Beim Menschen werden Beta-Blocker gegen Bluthochdruck, besonders gegen Bluthochdruck bei jungen Menschen und sogar Kindern infolge von Nacht- und Schichtarbeit und Schultreß, eingesetzt. Beta-Blocker wirken auf das Zentralnervensystem, das Herz und auf die Gefäße im Muskel und in der Haut. Sie blockieren dort die Beta-Adrenorezeptoren. Diese Rezeptoren reagieren positiv auf Adrenalin, das bei erhöhter Leistungsanforderung und bei Aufregung ins Blut ausgeschüttet wird, und erhöhen dann die Leistung des Herzens und erweitern die Gefäße in den Muskeln zwecks besserer Durchblutung. Beta-Blocker sind sehr gefährlich für Asthmakranke. Sie erhöhen die Möglichkeit eines Herzinfarkts bei Herzinfarktgefährdeten Menschen.



Kindergeld, entstehende

Der Gewerkschaftstag der IG Metall hat, freilich tief versteckt im Entschließungsdickicht, eine Forderung verabschiedet, die große praktische Bedeutung entwickeln kann. In dem Forderungskatalog, in den die Entschließung 8. zur Steuer und Finanzpolitik mündet, verlangt die IG Metall unter anderem: „- Beseitigung des Wirrwarrs bei den kinderbezogenen Regelungen (Kindergeld, Kinderbetreuungskosten, Kindergrundfreibetrag, Kinderadditive). Stattdessen ist ein einheitliches Kindergeld einzuführen, das sich an den tatsächlich entstehenden Mindestkosten für Kinder orientiert.“ Vor ziemlich genau einem Jahr, mit dem Heft Nr. 23 der Zeitung „Metall“, brachte der Vorsitzende der IG Metall Eugen Loderer noch Ansichten in Umlauf, die zur Entstehung des Wirrwarrs nicht wenig beigetragen haben. Damals schrieb Eugen Loderer:

„Es kommt jetzt vor allem darauf an, schnell Klarheit zu schaffen. Die Bundesregierung fordern wir daher auf, ihr Steuerentlastungspaket unverzüglich auf den Tisch zu legen. Wir wollen wissen, woran wir sind.“

Es geht allein darum, die Arbeitnehmer spürbar zu entlasten. Für diesen Zweck ist ein zweistelliger Milliardenbetrag vorzusehen. Dieser ist einmal zu konzentrieren auf die steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern. Uns geht es dabei vor allem darum, daß eine Lösung gefunden werden muß, die zu einer absoluten Gleichbehandlung eines jeden Kindes führt. Zum anderen

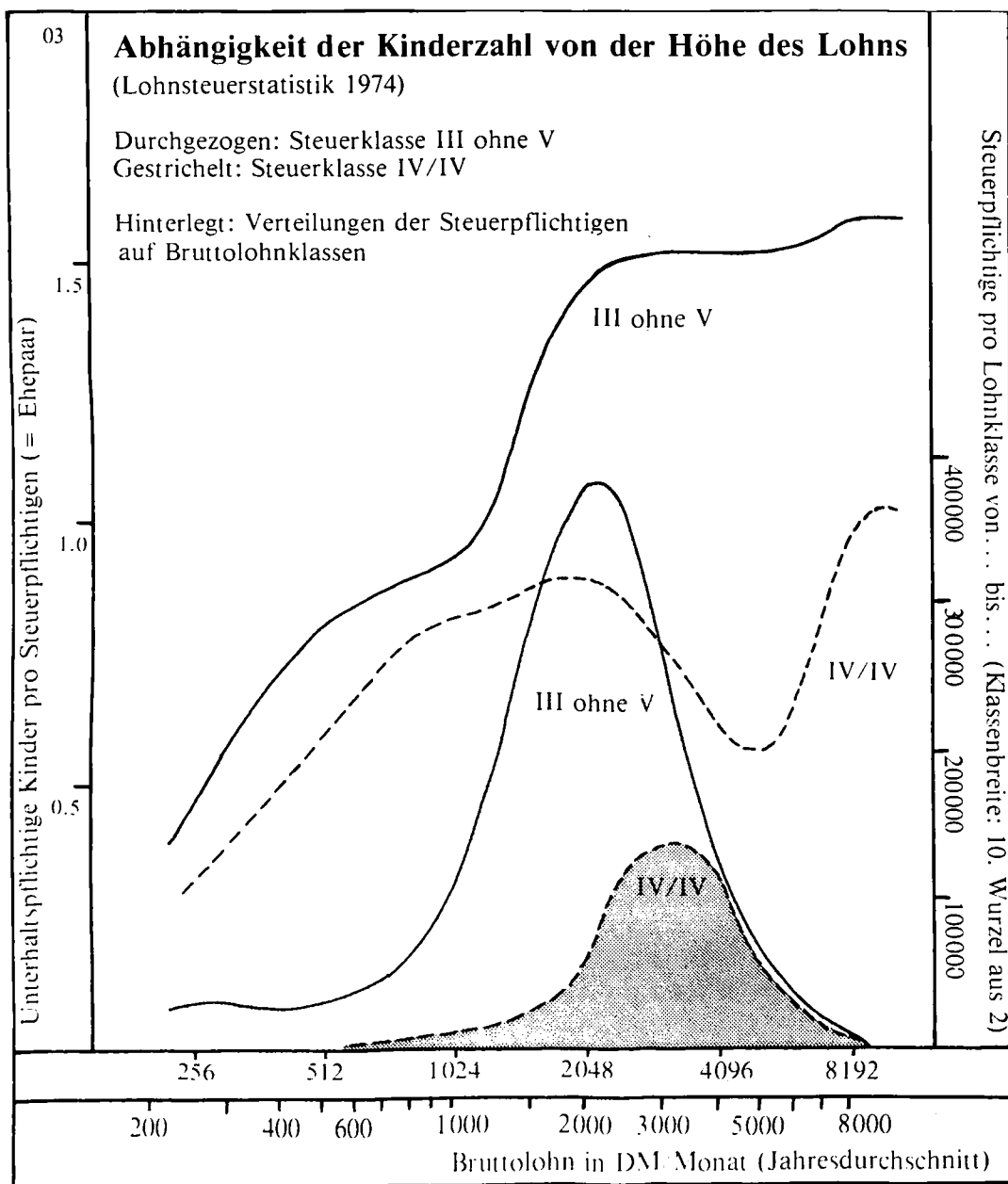


Schaubild 01 zeigt: Je größer die Zahl der Kinder, desto mehr Überstunden müssen in der Tendenz gemacht werden. Schaubild 02 und 03 zeigen die Abhängigkeit der Kinderzahl von der Höhe des Lohns (beruhend auf der Lohnsteuerstatistik von 1974). In Schaubild 02 (Steuerklasse III ohne V) erkennt man: Mit sinkendem Lohn steigen die Kosten für die Kinder äußerst stark an.

- Von 1965 bis 1975 ist die Zahl der Geburten fortwährend gesunken. 1965 gab es 1 Million Geburten, 1975 bloß noch die Hälfte.

- Seit 1975 stagniert die Zahl der Geburten. Es fehlen jährlich etwa 30% der Geburten, die für eine gleichbleibende Bevölkerungszahl erforderlich wären.

- Die Einschränkung der Kinderzahlen wird durch materielle Gründe erzwungen. Umfragen im Auftrag des Familienministeriums ergaben als wichtigste Gründe: Das Familieneinkommen ist zu gering, Wohnungen für Familien mit

is sich an den tatsächlich Mindestkosten orientiert

müssen jene Freibeträge fühlbar angehoben werden, die ausschließlich Arbeitnehmern zugutekommen.“

Welcher Unterschied besteht zwischen der Forderung nach „steuerlicher Entlastung von Familien mit Kindern“ und der jetzigen Forderung nach einem „einheitlichen Kindergeld, das sich an den tatsächlich entstehenden Mindestkosten für Kinder orientiert“?

Eugen Loderer hatte voriges Jahr übersehen, daß zwar steuerrechtlich die Möglichkeit einer Reform besteht, die zu einer „absoluten Gleichbehandlung eines jeden Kindes führt“, daß aber gleichzeitig Bruttolöhne bestehen, die so niedrig sind, daß per Steuerreform ein Geldbetrag, ausreichend, um die tatsächlich entstehenden Mindestkosten für Kinder zu decken, gar nicht freigesetzt werden kann. Das Kindergeld müßte, wenn es die tatsächlich entstehenden Mindestkosten für ein Kind decken soll, in ganz erheblichen Abschnitten der Lohnskala höher liegen als der Lohnsteuerabzug.

Außerdem wissen die Kapitalisten schon, wieso sie, gerade weil sie Löhne zahlen, die zum Unterhalt der Familie nicht ausreichen, im großen und ganzen Wert auf „verheiratete“ Mitarbeiter legen. Der hohe Finanzbedarf zwingt nämlich die Familienväter bzw. Mütter in erhöhtem Maße zu Überstunden. Die Statistik weist dies aus, und wenn auch neuere Werte augenblicklich nicht vorliegen, wird sich daran seit 1966 nicht viel geändert haben. Die schöne Konstruktion, durch die den

Eltern die sowieso knappe Zeit für die Kindererziehung entzogen wird, weil das Geld insofern überaus knapp ist, würde durch „steuerliche Entlastung“ keineswegs beeinträchtigt.

Eine Aufgabe, in den nächsten Monaten zu lösen, wird sein, die „tatsächlich entstehenden Mindestkosten für Kinder“ tatsächlich auszurechnen und tatsächlich als Kindergeld-Forderung zu begründen.

Besondere Aufmerksamkeit verdient allerdings auch eine Passage, die Schlußpassage der Entschließung, weil noch ein Haufen Ärgernisse daraus entstehen wird. Die IG Metall fordert einen „Rahmen für Steuerforderungen“, aufzustellen vom DGB. So weit, so gut. Aber wozu?

„Aus einem solchen Rahmen sollten sodann jene konkreten Steuerforderungen ableitbar sein, die kurzfristig in die jeweiligen politischen Diskussionen zur Steuerentlastung eingebracht werden können.“ – Dies ist genau die falsche Taktik im Kampf gegen die Steuerausplünderung.

Es wäre wirklich an der Zeit, durch Anbindung der Steuerformel an den Durchschnittslohn Verhältnisse zu schaffen, in denen nicht die gesetzlichen Regelungen durch die Inflation andauernd ihren wirtschaftlichen Inhalt ändern. Tatsächlich war in den ganzen letzten Jahren die andauernde Mehrbelastung der Löhne durch Lohnsteuern auf dem Wege der ununterbrochenen Steuerreformen und „Entlastungen“ durchgesetzt worden.

eingeschränkt werden. Gleichzeitig vergrößert sich im Durchschnitt der Familien der zeitliche Abstand zwischen den Geburten.

– Die Zahl der Frauen, die trotz Heirat und Geburt von Kindern die Erwerbstätigkeit fortsetzen, hat zugenommen. Dies gilt insbesondere für Familien mit niedrigem Einkommen. Je mehr Kinder, je niedriger das Einkommen des Mannes, desto größer der Anteil erwerbstätiger Frauen.

– Gleichzeitig sinkt die Zahl der Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit wegen der Geburt eines Kindes aufgeben; und die

Aus: Finanz- und Steuerpolitik – 13. o. Gewerkschaftstag der IG Metall

– An den für Ende 80/Anfang 81 vorgesehenen Steuerentlastungen für Arbeitnehmer dürfen keine Abstriche wegen neu auftretender Verpflichtungen (z.B. internationale Belastungen) vorgenommen werden;

– Konzentration künftiger weiterer Veränderungen des Einkommenssteuertarifs auf Tarifbestandteile, die Arbeitnehmer entlasten (Verlängerung der Proportionalzone, Verringerung der Steuersätze ausschließlich in der unteren Progressionszone, Anhebung des Arbeitnehmerfreibetrags). Frei- und Pauschbeträge müssen regelmäßig überprüft und der Einkommensentwicklung angepaßt werden.

– Anhebung des Weihnachtsfreibetrags auf 1000 DM und Einführung eines Urlaubsfreibetrags;

– Steuerfreiheit für Streikunterstützung, da diese keinen Lohnersatz darstellt;

– Beseitigung des Wirrwarrs bei den kinderbezogenen Regelungen (Kindergeld, Kinderbetreuungskosten, Kindergrundfreibetrag, Kinderadditive). Statt dessen ist ein einheitliches Kindergeld einzuführen, das sich an den tatsächlich entstehenden Mindestkosten für Kinder orientiert.

– Einführung einer Entfernungspauschale für alle Arbeitnehmer;

– Förderung sowie rechtliche und wirtschaftliche Absicherung von Investitionen des Mieters, unter anderem auch zur Einsparung von Energie;

– Erhöhung der steuerfreien Zuschüsse zum Kantinenessen;

– Wegfall, zumindest erhebliche Verlängerung der 3-Monats-Frist bei der Versteuerung von Montage-Auslösungen.

– Bei einer Erhöhung der Sparförderung auf 936 DM darf vor allem der Anlagekatalog nicht in Richtung betrieblicher Beteiligungsmodele ausgebaut werden.

Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag lehnt jede Erhöhung der Mehrwertsteuer ab, da indirekte Steuern unsoziale Steuern sind. Er widersetzt sich der Verlagerung des Steuervolumens von den direkten hin zu den indirekten Steuern.

Der Gewerkschaftstag fordert die Politiker eindringlich auf, größere Anstrengungen zur Vereinfachung des Steuerrechts zu unternehmen. Zwar sind in den vergangenen Jahren erste Schritte in diese Richtung unternommen worden, diese stellen jedoch nur einen kleinen Anfang dar. Die Kompliziertheit des heutigen Steuerrechts benachteiligt insbesondere Arbeitnehmer.

Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag fordert den DGB-Bundesvorstand auf, baldmöglichst einen Rahmen für Steuerforderungen in den 80er Jahren zu schaffen. Dieser Rahmen sollte mittelfristig angelegt sein und prinzipielle Vorstellungen darüber enthalten, in welche Richtung das Steuerrecht fortentwickelt werden soll. Aus einem solchen Rahmen sollten sodann jene konkreten Steuerforderungen ableitbar sein, die kurzfristig in die jeweiligen politischen Diskussionen zur Steuerentlastung eingebracht werden können.

Kindern sind zu teuer, Kindergartenplätze fehlen, die Lohnarbeit der Frau läßt keine Zeit für Kinder.

– Weitere Umfragen ergeben: Bei Familien mit niedrigem Einkommen muß fast immer die Zahl der geplanten Kinder nach der Geburt des ersten Kindes eingeschränkt werden.

– Der Rückgang der Geburten ist um so größer, je höher die Ordnungsnummer der Kinder. Von 1966 bis 1975 mußte die Zahl

der ersten Kinder um 34%
der zweiten Kinder um 41%
der dritten Kinder um 57%
der vierten Kinder um 62%

Dauer, für die aus diesem Grund die Erwerbstätigkeit unterbrochen wird, sinkt ebenfalls.

– Von den 1974 rd. 9,8 Millionen erwerbstätigen Frauen waren fast ein Drittel Mütter mit Kindern unter 15 Jahren. Von den insgesamt 7,6 Millionen Müttern mit Kindern dieses Alters waren 40% erwerbstätig. Von den Müttern mit Kindern unter drei Jahren sind ein Drittel erwerbstätig.

– Der Zwang dazu geht von den ökonomischen Verhältnissen aus: Während 1974 von den verheirateten Müttern mit Kindern unter 15 Jahren

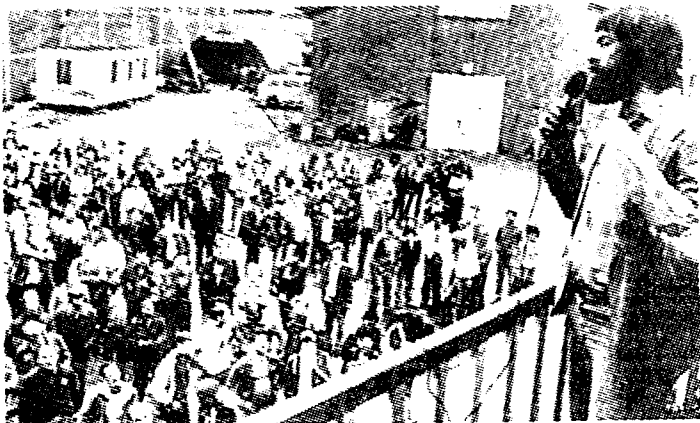
38,6% erwerbstätig waren, betrug der Anteil bei den geschiedenen Müttern 70,2%, bei den ledigen Müttern 79,7%.

– Gleichzeitig wirkt also ein doppelter Zusammenhang: Ist das Einkommen niedrig, so verlangen die Geburt und Aufzucht von Kindern die zusätzliche Erwerbstätigkeit der Frau; andererseits verunmöglicht die Erwerbstätigkeit der Frau unter den heutigen Verhältnissen die Geburt und Aufzucht von Kindern. Der Anteil kinderloser Ehen ist doppelt so groß, wenn nicht nur der Mann, sondern auch die Frau erwerbstätig ist.

Im nächsten Heft

Westeuropa

EG-Harmonisierung auf Hochtouren



Keine westeuropäische Regierung ohne Haushaltsgesundungsprogramm. Zur Beschleunigung der Schröpfung der arbeitenden Klassen mittels Steuer und Versicherungsbeiträgen oder wegen Mißerfolgen dabei wechseln die Finanzbourgeoisien häufiger Regierungen aus. In Heft Nr. 3 berichten wir über die großen Kämpfe, die die Arbeiterbewegung in den EG-Ländern um den Lohnstandard führen muß und wie entscheidend ihr Kampf gegen die Krisenprogramme dabei ist.

BRD-Regierungsbildung

Vorbereitung der Wachablösung?

Die SPD versucht, den DGB-Gewerkschaften Schmidts Regierungspläne als Ganzes beizubiegen, obgleich in jedem Einzelpunkt starke Beschluspositionen der Gewerkschaften dagegenstehen. Die Zaubersformel: Beschäftigungspolitische Notwendigkeit! –

Falls die SPD derart eine Befriedung der Arbeiterbewe-

gung nicht gelingt, steht die Drohung der Ablösung bereits jetzt offen da. Ob aber dies als Drohung heute noch genauso auf die Arbeiterbewegung Eindruck macht wie zu Zeiten Brandts, ist umstritten. In allzuvielen Fragen hat Schmidt kaum noch einen Unterschied zur Politik der CDU/CSU vorzuweisen, ganz zu schweigen von Gegensätzen.



Seeleute

Internationale Gewerkschaftseinheit gegen die Reeder

Über eine halbe Million Seeleute werden von den imperialistischen Reedereien auf mehr als 30000 Schiffen ausgebeutet. 1977 beförderten die Seeleute Waren mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,4 Mrd. t. Mit rigorosem Raubbau an der Arbeitskraft der

Seeleute, vor allem durch den zunehmenden Einsatz von Seeleuten aus der Dritten Welt zu Elendstarifen, versuchen die Reeder, ihre Profite in die Höhe zu schrauben. Berichte über die Kämpfe der Seeleute, die Arbeit der Gewerkschaften wie ÖTV und ITF.

Azania

Westdeutsche Monopole voll im Südafrika-Geschäft



Azanische Arbeiter bei AEG Südafrika. VW, Hoechst, Bayer, Krupp – alle großen Monopole haben Niederlassungen. BRD-Banken steigern ihren Anteil an der Kreditvergabe, vor allem zu Lasten der USA. Auch England, Frankreich und Japan versuchen, mehr vom wachsenden Profit zu bekommen. Im nächsten Heft untersuchen wir das Gezerre der imperialistischen Mächte um die Ausbeutung und Beherrschung Azanias.